

Politische Berichte



2. September 1988
Jg. 9 Nr. 18

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Bundeswehr in alle Welt

**CDU/FDP und
SPD-Politiker für
westdeutsche
UN-Soldaten**

Seite 10

SPD-Programmdebatte

**Die SPD propagiert
den Umbau des
Sozialstaats**

Seite 19

Ausländerbeirat Elmshorn

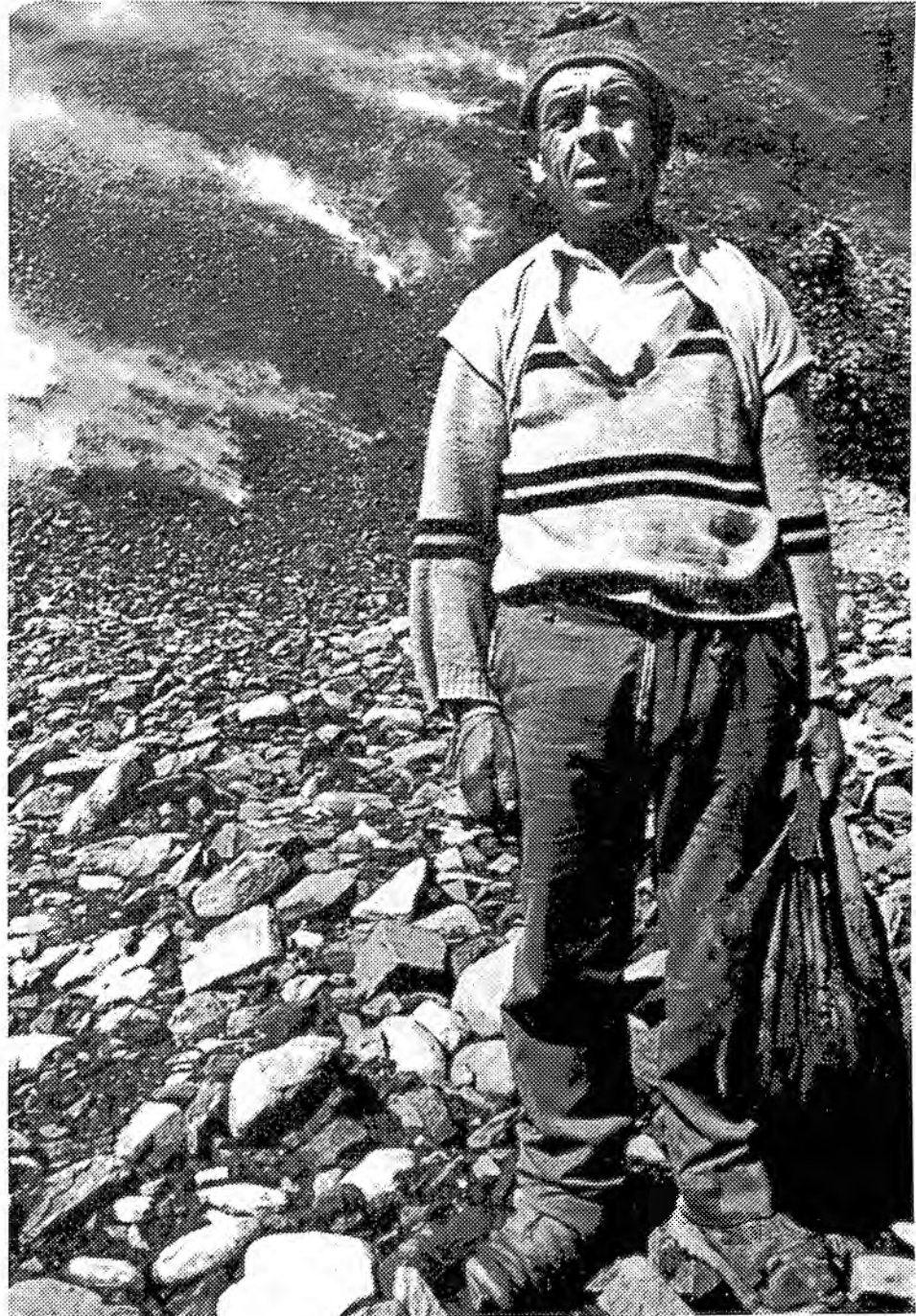
**Bündnis für
Ausländerinteressen
erreicht
Zugeständnisse**

Seite 26

40 Jahre Grundgesetz

**Deutschland-
politische
Legenden-
bildung**

Seite 31



Ein arbeitsloser Bergarbeiter in Chile auf der Suche nach kohlehaltigem Gestein

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/21 16 58

Inhalt 18/88

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	4
„Aussiedler“: Wie Kohl „deutsche Aussiedler“ gewinnt ..	5
Öffentl. Dienst: Neue Lehrer in NRW nur Angestellte	7
Stahlboom: Erfolge der Konzerne	7
Polizei: Auf „Unterklassen“ künftig schießen	8
IGM zu Teilzeit: Tarifliche Mindestbedingungen	8
Aus dem IGM-Positionspapier	9
Westdeutsche UNO-Soldaten: CDU, FDP, SPD dafür	10
Parteien und Presse: Zustimmung zu Scholz	11

Auslandsberichterstattung

Chile: Wirtschaftspolitik der Diktatur	12
Großbritannien: Seeleute bestreiken P&O	13
Italien: Afrikan. Arbeiter stellen Forderungen	14
Österreich: Wien läßt räumen für Spekulanten	14
Kanada: Parlamentsdebatte um Recht auf Abtreibung	15
VR China: Preisreform bringt sinkendes Lebensniveau	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien**Veröffentlichungen:**

Wichtige Untersuchung über Struktur der Druckindustrie ..	18
Grenzen industrieller Sonntagsarbeit	18
DKP-Autoren zu Parteaufbau	18
Schleyer für Privatisierung der Sendeanstalten	19
SPD: Propaganda für Umbau des Sozialstaats	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
Hamburg: Stadtteile werden „Ambiente“ getrimmt	22
Neues Asylgesetz geplant: 4,5 qm Wohnraum	22
Antifa-Konferenz: Wahlen 1989 und Reichspogromnacht ..	23
DVU-Liste D: „Erst Deutschland, dann Europa“	23
„Integration“: Schulentwicklung durch STEP?	24
Flüchtlingsrat: Gegen Lagerneubau	25
IWF-Weltbank-Tagung: Stand der Vorbereitungen	25
Ausländerbeirat: Bündnis erreicht Zugeständnisse	26
Dokumente zum Ausländerbeirat	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Thälmann-Mordprozeß: Plädoyer des Nebenklägers	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge**Die Ideologie der neuen Rechten**

Konservative bis faschistische Politik	30
M. Koelschitzky: Die Stimme ihrer Herren	30
M. Feit: „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik	30
M. v. Hellfeld: Modell der Vergangenheit	31
Rechtsdruck: Presse der neuen Rechten	31
40 Jahre GG: Deutschlandpolitische Legenden	31

Spezialberichte

Nahrungsmittelhandel: Folgen der Konzernbildung	34
3000 Geschäfte im Jahr schließen	36
REWE-Leibbrand: „Jeden zweiten Tag ein neuer Markt“ ..	37
Auswirkungen der Konzentration auf die Lohnabhängigen ..	37
Fruchtimporte in die BRD: Zeitdruck, Hektik, Saisonarbeit ..	38
Adler verkauft und produziert jetzt in der VR China	38
BRD-Kaffeekonzerne führend im Weltkaffeegehalt	39

Protestdemonstration gegen den Militärputsch in der Türkei

Am 12. September 1980 putschte das türkische Militär unter dem Flankenschutz von NATO-Truppen, darunter auch Bundeswehr-Truppen, die zur selben Zeit Manöver in der Türkei durchführten. Aus Protest gegen die andauernde Unterdrückung der werktätigen Klassen in der Türkei und in Kurdistan und gegen die Unterstützung der türkischen Junta durch die BRD führen kurdische und türkische Organisation Aktionen durch. Komkar ruft zu Aktionen vor den türkischen Konsulaten auf, andere Gruppen erörtern noch, ob sie sich an der Demonstration, zu der Feyka-Kurdistan aufruft, beteiligen, oder ob noch weitere Demonstrationen stattfinden. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf von Feyka-Kurdistan. — (uld)

Aufruf

- Protest gegen die faschistische Junta in ihrem 9. Jahrestag!
- Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan und seiner Avantgarde!
- Entwicklung der Solidarität mit der Arbeiterklasse und den revolutionär-demokratischen Kräften in der Türkei!
- Protest gegen die Unterdrückung, Verfolgung und Verhaftung von kurdischen Patrioten in der BRD, die auf die enge Zusammenarbeit beider Staaten zurückzuführen sind!
- Der Besuch des Chefs des faschistischen Regimes, Kenan Evren, in der BRD muß gestoppt werden!

Beteiligen wir uns an der Protestdemonstration

Am 12. September 1980 haben die faschistischen Generäle im Auftrag des Pentagon die politische Macht in der Türkei an sich gerissen, um die wirtschaftliche und politische Krise der türkischen herrschenden Klassen zu überwinden, die ins Schwanken geratenen Interessen des Imperialismus im Mittleren Osten zu bewahren und vor allem den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan und die revolutionär-demokratische Bewegung zu ersticken.

Die nun in ihr neuntes Jahr eingetretene faschistische Junta hat für die Völker in Kurdistan und in der Türkei nichts anderes bedeutet als Ausbeutung, Hunger, Unterdrückung, Folter und Massaker. Die Praktiken der faschistischen Macht finden ihresgleichen in den bekannten faschistischen Regimes, wie dem Hitler-Faschismus, dem rassistischen Regime in Südafrika, dem Pinochet-Regime u.a. wieder. Während einerseits die Arbeitslosigkeit und die Inflation ständig steigen, wird auf der anderen Seite auch das kleinste demokratische Recht auf die Organisation blutig niedergeschlagen; man versucht, die fortschrittliche und sozialistische Presse zum Schweigen zu bringen, sogar die Umsetzung einiger Scheinrechte versucht man zu verhindern. Das kurdische Volk steht der Vernichtungsgefahr gegenüber. Auch wenn die faschistische Regierung durch Maßnahmen wie Wahlen, die Aufhebung des Kriegsrechts versucht, den Anschein zu erwecken, sie sei zur „Demokratie zurückgekehrt“, und ihre wahres Gesicht zu wahren, ist sie nicht in der Lage, den konstitutionalisierten Faschismus zu verschleiern. Tausende von Revolutionären, Patrioten und Kommunisten werden in den Kerkern in der Türkei und in Kurdistan einer grausamen Vernichtungspolitik ausgesetzt. Die Kriegsgefangenen haben gegenüber dieser Politik einen heldenhaften und in der Geschichte selten anzutreffenden Widerstand geleistet und damit den Völkern in der Türkei und in Kurdistan den richtigen Weg der Befreiung und des würdevollen Lebens gezeigt.

Demokraten und Fortschrittliche!

Wie man auch aus den Erfahrungen der Völker in der Welt gelernt hat, geht der einzige Weg zur Befreiung von einem kolonial-faschistischen Regime, das den Völkern der Welt und Kurdistan das Recht auf ein menschenwürdiges Leben aberkennt, nur durch den Widerstand. Die Schaffung der Unabhängigkeit, der Freiheit, eines menschenwürdigen Lebens ohne Ausbeutung macht die Zerstörung aller Stützen dieses faschi-

stischen Regimes unumgänglich.

Der seit vier Jahren ununterbrochen andauernde bewaffnete Widerstand des kurdischen Volkes gibt uns die Botschaft von einer unabhängigen und freien Zukunft für das kurdische Volk. Immer mehr beeindruckt dieser Befreiungskampf auch die Völker der Türkei und des Mittleren Ostens über die Grenzen hinweg. Der türkische Staat hingegen, der sich in einer tiefen ausweglosen Lage befindet, folgt dem Beispiel des irakischen Saddam-Regimes, setzt gegen das kurdische Volk und seine Freiheitskämpfer chemische Waffen ein und legt somit seinen grausamen und kolonialistischen Charakter dar.

Auch der Kampf der Arbeiterklasse der Türkei und anderer Schichten gegen die faschistischen Maßnahmen des Regimes gewinnt an Dimension. Durch Streiks und andere Protestformen lehnt sich die Arbeiterklasse der Türkei gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und faschistische Unterdrückung auf. Die Studenten stellen sich gegen die ihnen durch die YÖK (Hochschulinstitution) aufgezwungenen anti-demokratischen Maßnahmen.

Der bewaffnete Widerstandskampf in Kurdistan und die Volksopposition des Volkes in der Türkei bedeuten für die Interessen der Türkischen Republik und die imperialistischen Staaten eine immer größer werdende Gefahr. Deshalb werden die Hilfeleistungen auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene an das faschistische Regime verstärkt, und in enger Zusammenarbeit zwischen beiden — bundesdeutschen und türkischen — Geheimdienstorganisationen wird die Unterdrückung von kurdischen und türkischen fortschrittlichen Kräften in der BRD intensiviert. Die Inhaftierung von 13 kurdischen Patrioten ist ein deutliches Beispiel hierfür.

Deshalb rufen wir alle Fortschrittlichen dazu auf, sich am 9. Jahrestag der Machtergreifung der Militärs in der Türkei an der Protestdemonstration und Kundgebung zu beteiligen und so das faschistische Regime zu verurteilen, die Solidarität mit den Völkern der Türkei und Kurdistan zu erheben und gegen die Angriffe des bundesdeutschen Staates gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistan zu protestieren.

— Es lebe die Kampfeinheit des türkischen und kurdischen Volkes!

— Es lebe der proletarische Internationalismus!

— Nieder mit der faschistischen türkischen Junta!

Demonstration am 10. September 1988

9 Uhr, Marktplatz, Karlsruhe

Feyka-Kurdistan (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der BRD)

OLG Düsseldorf läßt Ursula Penselin frei

Nach neun Monaten Untersuchungshaft ist Ursula Penselin frei. Der Vorsitzende Richter des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, Arend, traf die Entscheidung nach einem erneuten Haftprüfungstermin. Bei dem Haftprüfungstermin wurden die Behauptungen der Bundesanwaltschaft widerlegt. Ursula Penselin mußte ihre Unschuld beweisen und machte dem Richter klar, daß sie sich in der besagten Zeit Ende 1987 mit der Erstellung einer Zeitschrift befaßte und nicht mit der Vorbereitung eines Anschlages. Der Bundesanwalt hatte noch im Juni auf seiner Halbjahrespressekonferenz Ingrid Strobl — die immer noch inhaftiert ist — und Ursula Penselin vorgeworfen, gegen den § 129a verstoßen zu haben und als Mitglieder der Revolutionären Zellen/Rote Zora „an Brandanschlägen auf Filialen der Bekleidungswerke Adler“ in der ganzen BRD am 15.8.1987 mitgewirkt zu haben. Bereits Anfang Februar hatte der Rechtsanwalt die Vorwürfe als haltlos angegriffen und die Freilassung gefordert. Die von der Bundesanwaltschaft als „konspirativ“ bezeichneten Treffen in Telgte, Hamburg und Osnabrück waren normale Redaktionstreffen einer kritischen Zeitschrift. Die Bundesanwaltschaft trägt alle

möglichen Fakten zusammen und konstruiert daraus Anklagen und Haftbefehle. Beunruhigend ist, daß Rebmann immer mehr Fälle an sich reißt und ähnlich verfährt wie bei Ursula Penselin. Forderungen wie „Jetzt auch Ingrid Strobl freilassen“ treffen das Problem nicht. Auch wenn die Chancen größer sind, daß sie frei kommt, bleibt die Frage, was ist mit den Haftbefehlen gegen Adrienne Gerhäuser, Juliane Balke und Corinna Kawaters? Und was ist mit den vielen anderen wahllosen Verhaftungen des Bundesanwaltes, der z.B. 13 Kurden ohne ausreichende Beweise inhaftiert hält? Die Verfolgungsmaßnahmen der Bundesanwaltschaft sollten in Zukunft mehr Beachtung, Öffentlichkeit und Dokumentation finden. — (jöd)

Ramsteinunglück wird sich wiederholen

Verteidigungsminister Scholz hat nach dem Unglück von Ramstein Flugtage „vorerst ausgesetzt“ und militärische Kunstflüge vor Zuschauern verboten. Die Fachleute des Ministeriums rechnen anscheinend mit weiteren Flugunfällen. Sie werden annehmen, daß ein ernster Übungshintergrund die Rechtfertigung leichter macht. Die regelmäßigen Manövertoten steckt die BRD Presse ja auch weg, als hätten sie nie gelebt. Das Ramsteinunglück muß nur in den Zusammenhang von Sensationslust und Leichtsinn gerückt werden, dann wendet man Schaden von der Bundeswehr und dem Verteidigungsgedanken und der Finanzierung für den Jäger 90. Das Ramsteinunglück ist wahrscheinlich aber eher eine unvermeidliche Begleiterscheinung der Waffenentwicklung. Die Jagdwaffe repräsentiert angeblich den Höchststand der Technik, was sicher zunimmt, ist aber das Ausmaß der Unfälle. Nichts artistisches liegt in der Bedienung solcher Geräte, denn Artisten zeigen ja mit einfachen Mitteln die Möglichkeiten kontrollierten Handelns. Ein moderner Pilot hingegen funktioniert wie ein Bauteil. Mit ihm wird geflogen. Die Planer und Befehlsggeber halten sich auf sicherem Boden, weg vom Fluggeschehen. — (maf)

Der Vorsitzende des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), Johnson Ph. Mlambo, kommt mit einer Delegation des PAC in die Bundesrepublik. Er kommt früher als erwartet, deshalb müssen wir uns sputen. Er spricht auf Veranstaltungen in Hamburg (9.9.), Westberlin (10.9.), Hannover (12.9.), Karlsruhe (13.9.) und Freiburg (14.9.). Hoffentlich werden die Veranstaltungen zu einem Erfolg.

Apartheid muß vollständig ausgerottet werden! Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf!

Spendet zur Unterstützung der Azanischen Volksbefreiungsarmee (APLA). Konto: Christiane Schneider, Kto-Nr.: 1318-470448, Stichwort: Azania. Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

Aktuell in Bonn

Herbstmanöver

Am 26.8. beginnt „Reforger 88“ mit der Landung von 17000 US-Soldaten. Zusammen mit weiteren 86000 US-Soldaten, 5000 kanadischen und 16000 westdeutschen Soldaten folgt vom 6.9. bis 26.9. im Raum Aschaffenburg-Nürnberg-Augsburg-Ulm-Stuttgart das Manöver „Certain Challenge“. Vom 2.9. bis 14.9. üben im Raum Siegen-Limbach-Aschaffenburg-Karlsruhe 27000 Mann Bundeswehr sowie je 1500 US- und französische Truppen gemeinsame Angriffe. Gleichzeitig finden vom 3.9. bis 23.9. (29000 Mann im Raum Soest-Göttingen-Bad Hersfeld-Giessen-Siegen-Hagen), vom 12. bis 24.9. (44500 Mann im südlichen Niedersachsen) weitere Manöver statt. Vom 1.11. bis 27.11. soll im Raum Salzgitter-Göttingen-Beckum ein Manöver mit 26000 Mann folgen. Frech erklärt das Verteidigungsministerium über das Ziel der Kriegssübungen: „Konventionelle Verteidigungsfähigkeit bleibt Voraussetzung für Erfolge einer Politik des Dialogs, der Entspannung und Abrüstung.“

Töpfer: Brokdorf an!

Bundesumweltminister Töpfer hat die SPD-Landesregierung von Schleswig-Holstein angewiesen, das Kernkraftwerk Brokdorf wieder anfahren zu lassen. Gleichzeitig kündigte er an, auch beim Schnellen Brüter in Kalkar die NRW-Landesregierung per Bundesweisung zur Inbetriebnahme zu zwingen. Zuvor hatte die PreussenElektra AG als Betreiber von Brokdorf der Landesregierung Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe angedroht.

JU: „Europa ohne Grenzen“

Die Junge Union will die Außenpolitik der Bundesregierung durch eigene Propagandakampagnen gegen die Staaten des Warschauer Paktes unter der Losung „Europa ohne Grenzen“ unterstützen. Dies werde der Schwerpunkt auf dem „Deutschlandtag“ der JU Ende November sein, kündigte JU-Vorsitzender Böhr an. Der Aufbau eines „europäischen Jugendwerks“ und ein „sehr schneller“ EG-Beitritt Österreichs seien ebenso nötig wie die „stärkere Einbindung osteuropäischer Staaten in die Europa-Diskussionen“, erläuterte er. (Die Welt, 5.8.)

Transrapid-Linie privat?

Die Thyssen AG hat die Bundesregierung aufgefordert, „für Transrapid eine Strecke freizugeben“. Der Konzern will eine Verbindung Düsseldorf-München privat finanzieren und betreiben. Geplant sei eine Verbindung zwischen den Flughäfen Düsseldorf-Köln/Bonn-Frankfurt-Stuttgart-München. Von Dortmund nach München könne man so in zwei Stunden kommen. Die SPD- und CDU-Landtagsfraktionen in NRW unterstützen den Plan.

Strafvollzug schärfer

Westberlin hat im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Strafvollzugs eingebracht. „Zur Erleichterung des Vollzugszieles sollen die Einsicht des Gefangenen in die Folgen der Tat, insbesondere für das Tatopfer, geweckt und geeignete Formen des Ausgleichs angestrebt werden.“ (so ein geplanter neuer Absatz im Strafvollzugsgesetz). Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen protestiert: die Neufassung bezwecke, „daß der Vollzug über den Freiheitsentzug hinaus für den

Gefangenen besonders belastend ausgestaltet werden muß.“ Außerdem sollen die Möglichkeiten für Hafturlaub eingeschränkt, die für Durchsuchungen des Gefangenen ausgedehnt werden, gerichtliche Gegenwehr der Gefangenen durch die Forderung eines „Gerichtskosten-vorschusses“ verhindert werden. (Bundesratsdrucksache 270/88)

Zimmermann: Mehr V-Leute

„Überwiegend im Ausländermilieu“ hat Innenminister Zimmermann ein Zunahme der „organisierten Kriminalität“ ausgemacht. In einem Interview mit der „Welt“ am 25.8. nach einem Hearing der CDU/CSU kündigte Zimmermann den verstärkten Einsatz von V-Leuten sowie „gesetzliche Präzisierungen“ im Strafprozeßrecht und Polizeirecht an, die er gemeinsam mit Justizminister Engelhard ausarbeite. Das wird auf eine weitere Ausdehnung von Polizeivollmachten, speziell für V-Leute, hinauslaufen. Beim BKA ist eine neue Datei „Organisierte Kriminalität — APOK“ eingerichtet worden.

Schuldenerlaß zur Einmischung

Die Bundesregierung hat ihr auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto angekündigtes Konzept „Schuldentausch gegen Umweltschutz“ weiter präzisiert. „Der Schutz der tropischen Regenwälder“ habe „globale Bedeutung“, erklärte Regierungssprecher Ost. Staaten mit Regenwald müßten durch Schuldennachlaß veranlaßt werden, „auf erhebliche kurzfristige wirtschaftliche Vorteile (z.B. aus Holzexport, Besiedelung, gewinnträchtige Monokulturen)“ zu verzichten. Das Konzept bedeute, daß die Schuldnerstaaten „kontrollierbare Vereinbarungen über den Schutz ihrer natürlichen Ressourcen mit den Gläubigerstaaten zu treffen“ hätten.

Was kommt demnächst?

Am 2.9. treffen die Vertreter von CDU, CSU und FDP zur Schlußberatung über die Grundsätze der geplanten Rentenreform zusammen. Am 5.9. beginnt der Bundestag wieder mit seinen Sitzungen. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Haushalts 1989. Auch im September kommt zum ersten Mal der albanische Außenminister nach Bonn. Am 19.9. berät die CDU/CSU-Fraktion in Klausur über die Gesundheitsreform und die Finanzpolitik. Am 26.9. berät die CDU/CSU-Fraktion auf einer Sondersitzung über die Rentenreform. Am 7. Oktober ist FDP-Parteitag in Wiesbaden. Am 24.10. reist Kohl nach Moskau. Vom 2. bis 4.12. führen die Grünen ihren nächsten Parteitag durch. Thema u.a.: Beschluß über das Wahlprogramm zu den EG-Wahlen im nächsten Jahr. Im Dezember soll Blüm seinen Gesetzentwurf zur Rentenreform im Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen.



Kohl und NRW-Ministerpräsident Rau sprachen dem Bayer-Konzern zu seinem 125-Jahres-Jubiläum Glückwünsche aus. Kohl, schon lange der Chemie verbunden, wendete die in den Nürnberger Prozessen festgestellten Verbrechen der IG Farben im Faschismus auf seine Weise: Unternehmerisches Handeln dürfe sich nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Rau bestärkte den Konzern, politisch tätig zu sein: Er sei froh, daß Bayer die Verantwortung in der Industriegesellschaft erkannt habe. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren führte Protestaktionen durch.

„Aussiedlerboom“

D-Mark macht D-Mensch oder wie Kohl „deutsche Aussiedler“ gewinnt

Ca. 200000 „deutsche Aussiedler“ aus den Staaten Osteuropas erwartet das Bundeskabinett in diesem Jahr. Das wäre die höchste Zahl von „deutschen Aussiedlern“ aus Staaten Osteuropas seit 1950. Was noch vor drei Jahren bei Helmut Kohls Auftritt vor den Schlesiern in Hannover von manchen als aussichtsloses Unterfangen beurteilt wurde — Rückkehr zum offenen Revanchismus, aggressive Einmischung in die Staaten Osteuropas, erneute Mobilisierung der seit Ende der 60er Jahre eher in den Hintergrund gedrängten Vertriebenenverbände und Entfaltung der Zusammenarbeit zwischen Staatsorganen und Vertriebenen auf allen Ebenen — entwickelt das Kabinett Kohl sprunghaft.

„Aussiedlerwelle“ als reaktionäre „Problemlösung“

Dabei verbinden die Reaktionäre zunehmend aggressive Töne gegenüber den Staaten Osteuropas mit einer innenpolitischen Propaganda, die die Aussiedler als angebliche Hilfe für allerlei staatstragende Problemlösungen darstellt. Der notleidenden Bauwirtschaft wie den arbeitslosen Lehrern, auf Beitragszahler hoffenden Rentnern ebenso wie Kapitalisten: „Aussiedler nützen allen!“ Den Vertriebenenverbänden eröffnet sich ein Feld für vielfältigste Auftritte von der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung am Ort bis zu bundesweiten Propagandaaktionen. Schon nächste Woche will Kohl ein „Sonderprogramm Aussiedler“ bekanntgeben. Das Bundesbauministerium unter Minister Schneider (CSU) kündigt Bundesmittel für den Bau von 30000 neuen Wohnungen an, als hätte es nie ein „Ende des sozialen Wohnungsbaus“ gegeben. Die Landesregierung von NRW beschließt zusätzlich ein „Sofortprogramm“ für den Bau von 5000 neuen Mietwohnungen für „deutsche Aussiedler“.

Welche Erwartungen die Kapitalisten mit den neuen Beutedeutschen verbinden, beschrieb der Bundesverband der Vertriebenen in seinem Organ „Deutscher Ostdienst“ so: „Und in der Tat gibt es Arbeit in Hülle und Fülle, nur nicht immer zu den Bedingungen überzogener Gewerkschaftsstandards. So ist auch die Zumutbarkeitsklausel in unserem Arbeitsrecht in der Tat eine Zumutung an alle die, die ohne Rücksicht auf Status und Stand ihren Lebensunterhalt verdienen. Es ist erfreulich, daß mit den Aussiedlern ein frischer Wind auf dem Arbeitsmarkt einzieht.“ (DOD Nr. 33 v.

18.8.88, S. 2) Schon vorher hatte der BDV darauf hingewiesen, „daß die zu uns stoßenden Aussiedler in der überwältigenden Mehrheit jünger als 45 Jahre und in der Regel kinderreich sind.“ (DOD Nr. 30, 28.7.88, S. 2)

Politisch zeichnet sich mit dem Fortdauern der „Aussiedlerwelle“ eine Stärkung von revanchistischen Organisationen ab. Prompt macht sich der SPD-Vorstand daran, an üble Traditionen der Verbindung von SPD und Vertriebenenverbänden anzuknüpfen. Hans-Jochen Vogel besuchte im Juli das Vertriebenenlager in Friedland und forderte den Bau zusätzlicher Durchgangslager. Kurz danach meldete der „Deutsche Ostdienst“ Pläne der Bundesregierung, auch die Gewerkschaften in dieses revanchistische Komplott einzubinden: „... will der Bundeskanzler nach der Sommerpause eine ‚Gesprächsrunde‘ einberufen, in der die Bundesländer, die kommunalen Spitzenorganisationen, caritative Organisationen, die Kirchen, die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften sowie die Gewerkschaften konkrete Schritte zur Verbesserung der Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler erörtern sollen.“ (DOD Nr. 30, 28.7.88, S. 2)

Woher kommen die angeblichen „Deutschen“?

Auf den ersten Blick scheint der Aussiedlerboom die reaktionären Behauptungen in der BRD über angeblich Millionen „Deutsche“ in Osteuropa, die unter fremder Bedrückung schmachten und der helfenden Hand der Bundesregierung bedürfen, zu bestätigen. Tatsächlich ist der Anstieg der Aussiedlerzahlen besorgniserregend, zeigt er doch, daß die von dieser Bundesregierung nach ihrem Amtsantritt schlagartig stark erhöhten Mittel für „Vertriebenenförderung“ und großdeutsche Propaganda nach Osten nicht ohne Wirkung bleiben. Sind aber damit die Erklärungen beispielsweise der polnischen Regierung, auf ihrem Territorium gäbe es keine „Deutschen“ mehr, widerlegt? Mitnichten!

„Deutsche“ im völkerrechtlichen oder sprachlichen Sinne sind diese Aussiedler nämlich fast durchweg nicht. Selbst der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Dr. Herbert Hupka, muß einräumen, daß über 70% der angeblichen „Deutschen“ östlich von Oder und Neiße kaum oder kein Wort Deutsch sprechen. Wie geht das? Die Bundesregierung

selbst beschreibt das so:

„Aussiedler sind nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, die vor dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, bzw. in Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Albanien oder China gehabt und diese Länder nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen verlassen haben oder verlassen.“ (Pressemappe des Bundespresseamtes vom Juli 1988, S. 5). Sieht man von der Unverfrorenheit, mit der das Bundespresseamt hier sowohl die Absicht der Annexion reichsdeutscher Gebiete von 1937 in Polen und der Sowjetunion wie zur Zerstückelung des danach verbleibenden Rest-Polens („Danzig“) und der Sowjetunion („Estland“, „Lettland“ und „Litauen“) anmeldet, einmal ab, so fragt sich: wie wird man „deutscher Volkszugehöriger“ und was ist das? Immerhin hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt: „Die in Art. 116 GG genannten Volkszugehörigen bilden einen Teil des deutschen Staatsvolkes.“ (ebenda, S. 7)

Auch dazu die Auskunft der Bundesregierung: „Das Bundesvertriebenengesetz enthält eine Legal-Definition des Begriffs der deutschen Volkszugehörigkeit. Danach ist deutscher Volkszugehöriger, ‚wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale, wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur, bestätigt wird‘ (§ 6 BVFG). Ist diese Voraussetzung erfüllt, liegt die Eigenschaft als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit vor, gewinnt der Begriff des Deutschen, der nicht deutscher Staatsangehöriger ist, Bedeutung. Ein Deutscher, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, hat nämlich nach § 6 Abs. 1 des ersten StaRegG einen grundsätzlichen Anspruch auf Einbürgerung. Der Erlangung des Status nach Abs. 1 steht die Inhabung einer fremden Staatsangehörigkeit *nicht* entgegen.“ Mit anderen Worten: Um „deutscher Volkszugehöriger“ zu sein und dementsprechende Ansprüche bei der Einreise in die BRD anzumelden, braucht man weder blutsverwandtschaftliche Verbindungen mit irgendeinem der sowieso schon zahlreichen reichsdeutschen Staatsbürger nach Art. 116 GG noch deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen. Es genügt das



Hannover, 1985, auf dem Schlesiertreffen: Drei Jahre vor dem „Aussiedlerboom“. Der Revanchismus der BRD ist rasch vorangekommen.

im Herkunftland erfolgte heftige „Bekennnis“ zum „Deutschtum und ein Merkmal wie z.B. „Erziehung“ oder „Kultur“ (begeistert von Wagner, liest viel Nietzsche u.ä.). Die Konstruktion erlaubt eine äußerst elastische Verwaltungspraxis der staatlichen Stellen bei der Anerkennung als „Volkszugehöriger“, die Gefahr, daß irgendwann keine „deutschen Volkszugehörigen“ mehr in Osteuropa sind, soll so gegen Null gedrückt werden. Zumal alle in Osteuropa verbliebenen Verwandten der nun eintreffenden Aussiedler bei deren Einbürgerung selber Deutsche im Sinne des Art. 137 GG werden, ob sie wollen oder nicht.

Die D-Mark lockt

Gegenwärtig gewinnt die Bundesregierung solche „Bekennnisdeutschen“ vor allem mit D-Mark. Dem Bekenntnisdeutschen, so er in der BRD einreist, winkt nämlich allerhand.

Wieder das Bundespresseamt: „Aussiedler haben daher — anders als Ausländer — die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten sowie den Zugang zu allen öffentlichen Ämtern wie die übrigen Deutschen. Das gleiche gilt für die Grundrechte, soweit diese nur Deutschen zustehen: Also die Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte der Art. 8 (Versammlungsfreiheit); Art. 9 (Vereinigungsfreiheit); Art. 11 (Freizügigkeit); Art. 12 (Berufsfreiheit); Art. 16 Abs. 2 (Auslieferungsverbot); Art. 20 Abs. 4 (Widerstandsrecht). Dies gilt auch für das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag (Art. 38 GG) sowie zu den Landtagen, aber auch zu den kommunalen Vertretungskörperschaften. Ausländer haben *kein* Wahlrecht.“ (a.a.O., S. 4)

Das ist schon mal was. Wer was ausgefressen hat, braucht keine Auslieferung zu fürchten, kann wählen, gewählt werden, sogar Beamter werden. Aber neben dieser Aufmunterung zu Straftaten

aller Art in Osteuropa, sofern nur die Ausreise vor der Entdeckung gelingt, winkt die Bundesregierung vor allem mit Geld. Angeblich „deutsche Aussiedler“ haben Anspruch auf:

- eine einmalige „Überbrückungshilfe“ von 200 DM pro Kopf, die sofort bei Ankunft gezahlt wird;
- die „Erstattung von Rückführungskosten“, also angeblicher oder wirklicher Fahrtkosten, Gebühren bei der Ausreise, Güterbeförderungskosten. Die in der bürgerlichen Presse umlaufenden Geschichten über „Kopfprämien“ von 10000 DM und mehr, die „deutsche Aussiedler“ angeblich bei der Ausreise zahlen müßten, dürften in der hier gebotenen Möglichkeit für Aussiedler, sich bei der Ankunft ein kleines „Startkapital“ zu verschaffen, ihre Quelle haben;
- Wohnraumversorgung: Aussiedler werden „mit Vorrang“ in neu errichteten bzw. freien Sozialwohnungen untergebracht, sie erhalten beim Wohngeld „einen besonderen Freibetrag“ (a.a.O., S. 8);

- Einrichtungsdarlehen: „Für den erstmaligen Bezug einer angemessenen Wohnung können Einrichtungsdarlehen für Alleinstehende bis zu 3000 DM, für kinderlose Ehepaare bis zu 5000 DM und für jede weitere Person bis zu 1000 DM . . . gewährt werden (a.a.O., S. 9). Laufzeit dieser Darlehen, die ein wichtiges Druckmittel sind, um die Aussiedler in den Betrieben sofort bei Arbeitsantritt in die Überstunden zu zwingen: 10 Jahre. Verzinsung: 3,5%. Die Bundesregierung garantiert mit bis zu 100 Mio. DM gegenüber den Banken, falls die Darlehen nicht zurückgezahlt werden können;
- Sprachförderung: Aussiedler haben Anspruch auf bis zu zehn Monate „Sprachförderung“, damit sie die zur Äußerung ihres „Deutschtums“ erforderliche Sprache lernen; während dieser Sprachkurse, die seit 1.1.1988 ausge-

rechnet von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden (der für 1988 vorgesehene Etat von 320 Mio. DM dafür ist bereits verbraucht, eine Erhöhung auf das Doppelte geplant) bekommen diese „Deutschen“ Unterhaltsgeld in Höhe von 63% des Nettoeinkommens westdeutscher Lohnabhängiger in den entsprechenden Berufen. Darüberhinaus werden die Kosten für Lernmittel, Fahrtkosten, die Kosten für Kranken- und Unfallversicherung und wo nötig auch für die Unterbringung und Verpflegung von der BfA gezahlt.

*

Die antifaschistischen Kräfte in der BRD sollten die politischen Folgen einer anhaltenden „Aussiedlerwelle“ nicht unterschätzen. Die Bundesregierung bekommt willkommene Informanten für eine Verschärfung ihres Drucks und ihrer Wühlarbeit gegen die Staaten Osteuropas. Die neuen „Aussiedler“ werden das politische Spektrum der Rechten in der BRD stärken. Geht die Erwartung der Reaktionäre auf, künftig jährlich ca. 150000 solcher angeblich „deutschen“ Aussiedler anlocken zu können, so wären das nach sechs, sieben Jahren mindestens eine halbe Million neuer Wähler, die weitgehend das Lager der Rechten stärken dürften. Die antirevanchistischen Kräfte werden sowohl in den Gewerkschaften wie in anderen Organisationen unter zunehmenden Druck kommen. Eine systematische Kritik an dem revanchistischen Artikel 116 GG („deutsche Staatsbürger“ und „deutsche Volkszugehörige“) ist dringend nötig, ebenso politische Initiativen zur ersatzlosen Aufhebung der zahlreichen Vertriebenengesetze.

Quellenhinweis: Pressemappe des Bundespresseamtes zur „Aussiedlerwelle“, Bonn, Juli 1988; Deutscher Ostdienst, hrsg. vom Bundesverband der Vertriebenen, Ausgaben Juli und August 1988 — (rül)

Öffentliches Dienstrecht

NRW: Neue Lehrer nur Angestellte

Seit Mitte August geistern Schlagzeilen wie „Lehrer sollen keine Beamten sein“ oder „Schwier rüttelt an Beamtenstatus für Lehrer“ durch die Presse. Auslöser waren Äußerungen des NRW-Kultusministers Hans Schwier auf der Schuljahrespressekonzferenz am 16.8.88 in Düsseldorf:

„Insgesamt sind an den nordrhein-westfälischen Schulen derzeit 160000 Lehrerinnen und Lehrer tätig, sie besetzen rd. 136000 Stellen. 2243 von ihnen sind Ausländer. Ich halte das für eine Bereicherung unseres Bildungssystems ... Ich bin sicher, daß sich der Anteil der ausländischen Lehrerinnen und Lehrer aufgrund des sich abzeichnenden europaweiten Arbeitsmarktes in den kommenden Jahren noch erhöhen wird ... Ich werde mich auf jeden Fall weiter dafür einsetzen, diese Entwicklung zu beschleunigen. Dazu sind noch einige Barrieren zu überwinden. So stehen wir zur Zeit vor der unbefriedigenden Situation, daß für gleiche Arbeit unterschiedliche Gehälter gezahlt werden. Da nach unserem Beamtenrecht nur Deutsche Beamte werden dürfen, müssen wir ausländische Lehrerinnen und Lehrer als Angestellte beschäftigen. Sie werden dabei in der Regel schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen — bei gleicher Arbeit. Das ist kaum hinzunehmen. Ich frage mich in diesem Zusammenhang vielmehr, ob nicht generell die Statusfrage des Lehrers überdacht werden muß. Dabei kann — schon aus rechtlichen Gründen — die Position der derzeit als Lebenszeitbeamte beim Land Nordrhein-Westfalen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer nicht zur Disposition stehen. Ich werde prüfen lassen, ob in Zukunft Neueinstellungen nur noch im Rahmen von Angestelltenverträgen, deren Dotierung selbstverständlich mit der derzeitigen Beamtenbesoldung *vergleichbar* sein muß, vorgenommen werden können. Es geht ja letztlich um das Prinzip „gleiches Gehalt für gleiche Arbeit“.“ (1)

CDU und Beamtenverbände reagierten entrüstet, denn lebenslängliche besondere Entrenchung, Staatstreuepflicht und Pension sollen erhalten bleiben. Der GEW-Vorsitzende Wunder begrüßte die Schwierschen Denkansätze, warnte aber davor, über diesen Weg den „Billiglehrer“ einzuführen. Tatsächlich werden in den anderen EG-Staaten, in denen Lehrer im Angestelltenverhältnis mit, z.T. eingeschränktem, Streikrecht arbeiten, bis zu 40% niedrigere Löhne bei vergleichbarer Tätigkeit bezahlt.

Eine neue gewerkschaftliche Initiative für ein demokratisches öffentliches Dienstrecht könnte sich auf die jüngere völkerrechtliche Kritik tragender Prinzi-

pien der BRD-Beamtentums stützen. So stellte die Internationale Arbeitsorganisation in ihrem Bericht zur Berufsverbotspraxis in der BRD fest, daß die Treuepflicht und ihre Handhabung gegen das Diskriminierungsverbot in Beschäftigung und Beruf verstoßen und die Eignung von ÖD-Beschäftigten funktional, nach ihrer fachlichen Tätigkeit und nicht der politischen Meinung zu bestimmen sei. Der Europäische Gerichtshof entschied im Falle der britischen Staatsangehörigen Lawrie-Blum, welcher die Zulassung zum Referendariat in Ba-Wü wegen Nicht-Deutsch-Sein versagt worden war, daß dies unzulässig sei, weil der Lehrerberuf keinen hoheitlichen, sondern Dienstleistungscharakter besitze.

Quellenhinweis: (1) Hans Schwier, Manuskript vom 16.08.88, S. 12ff. — (zem)

Stahlboom

Erfolge der Konzerne

Die angeblich so notleidende Stahlindustrie kann derzeit einen „Boom“ verzeichnen wie seit langem nicht mehr. In der ersten Hälfte des Jahres wurden von den westdeutschen Stahlkonzernen mehr als 20 Mio. t Rohstahl produziert, 9,6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die knapp 40 Mio. Jahrestonnen, mit denen die Kapitalisten rechnen, wären das beste Produktionsergebnis seit 1985, als die Stahlkonzerne mit 40,5 Mio. t ebenfalls eine Produktionsspitze erreichten.

Der Unterschied zu 1985: Vor drei Jahren beuteten die westdeutschen Stahlkonzerne noch 214000 Beschäftigte aus, zur Zeit noch rund 180000. Die Pro-Kopf-Produktion stieg von 189,25 t Rohstahl auf über 219 t. Solche Zahlen können nur durch Steigerung der Mehrarbeit, vor allem aber drastische Steigerung der Intensität der Arbeit erreicht werden. Während Thyssen in Duisburg-Beeckerwerth im Juli die höchste Monatsproduktion vermeldet, die auf einer Warmbreitbandstraße in der EG je erreicht wurde, berichten Betriebsräte von zunehmender Schinderei und Antreiberei.

Viele Betriebsräte fordern den Stopp der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen und die Aufstockung der Belegschaften. Thyssen Stahl-Chef Kriwet, gleichzeitig Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, ließ keinen Zweifel daran, daß dies auf keinen Fall geplant ist. Da der Boom „irgendwann in nicht zu ferner Zukunft“ enden werde, komme höchstens eine Verzögerung des bis Ende 1989 bereits geplanten Abbaus von weiteren 20000 Beschäftigten in Frage.

Auch bei diesen Planzahlen geht es vor allem um weitere Rationalisierung und nicht einfach um Anpassung der Produk-

tions-Kapazitäten an langfristig sinkende Stahlnachfrage. Bei den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann, die im Zusammenhang mit der Stilllegung des Krupp-Werkes Rheinhausen 1989 gegründet werden sollen, will der Mannesmann-Vorstand erstmals das an japanischen, Zahlen orientierte Ziel der westdeutschen Stahlkapitalisten erreichen: Über 4 Mio. Jahrestonnen sollen von 4300 Beschäftigten produziert werden, annähernd eine Mio. t pro tausend Beschäftigte.

Die Aktienkurse von Thyssen stiegen seit Anfang des Jahres um über 40%, die von Hoesch und Mannesmann um über 60%. Neben den Rationalisierungserfolgen wird die Festlegung der Tarifverträge auf drei Jahre, die den Stahlkapitalisten Anfang des Jahres glückte, ein Stück dazu beigetragen haben. Demgegenüber hat der Betriebsrat von Mannesmann-Huckingen jetzt eine Sonderzahlung von 250 DM gefordert. Bei Arbed-Saarstahl fordert die IG Metall die längst überfällige Rückzahlung des 1983 und 1984 gestundeten Weihnachtsgeldes. Die Situation für solche Forderungen ist günstig, auch wenn sie nichts an den gedrückten Tarifföhnen ändern.

Angebracht sein dürfte es auch, die von verschiedenen Vertrauenskörpern der IG Metall erhobene Forderung nach einem tariflichen Rationalisierungsschutzabkommen erneut zu erörtern. Dabei könnte es gerade auch um Forderungen gegen die weitere Intensivierung der Arbeit gehen.

Quellenhinweis: „WAZ“ 10.8. und 27.8.88, ; „Stahl-Informationen“ 10/88 — (wof)

NRW-Polizei

Auf „Unterklasse“ künftig schießen

In der Debatte um das Vorgehen des nordrhein-westfälischen und des bremischen Innenministeriums und der Polizeien scheint eines von vornherein festzustehen: Die Tatsache, daß zwei Geiseln und ein Polizist im Verlauf der von der Polizei veranstalteten Menschenjagd umkamen, ist auf alle Fälle zu verurteilen. Das Leben der drei Geiseln jedoch soll keinen Pfifferling wert sein. Der 31jährige Rösner hat bereits 13 Jahre in bundesdeutschen Gefängnissen verbracht, das erste Mal ist er mit 14 Jahren für drei Jahre inhaftiert worden. Seine Freundin und sein Komplize scheinen ähnliche Erlebnisse mit der Brutalität der bundesdeutschen Gesellschaft hinter sich zu haben. Ihre Forderungen an die Polizei waren zu Beginn: 300000 DM, den Tresorschlüssel der Bank und ein Fluchtauto ohne Polizeiverfolgung. Die Polizei erfüllte die Geld- und Autoforderungen und begann die Verfolgung, obgleich sie nach Aussagen des nordrhein-westfälischen Einsatzleiters Schmitz mit einer baldigen Freilassung der Geiseln rechne-

te. Landesinnenminister Schnoor und die Polizei brutalisierten die Aktion bis zum Äußersten. Mit ihrer Verfolgungsjagd setzten sie die Bankräuber unter Druck.

Die Gesamtktion ist jetzt Anlaß für eine Debatte, die darauf abzielt, die moralischen und gesetzlichen Hürden für eine schießende Polizeitruppe abzubauen und „Untermenschen“ zum Abschuß freizugeben.

NRW-Innenminister Schnoor versicherte, „die Polizei hat von vornherein die Ermächtigung gehabt, nach eigenem Ermessen zu handeln und dabei auch die Täter, wenn es nicht anders geht, auszuschalten. Immer mit dem Ziel, die Geiseln zu retten.“ (1) Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende und Bundesminister Blüm forderte demagogisch: „Die Rettung des Lebens von Geiseln ist Notwehr. Deshalb muß als allerletzte Möglichkeit — ich betone allerletzte Möglichkeit — der rettende Befreiungsschuß möglich sein.“ (1) Der

bayerische Innenminister Lang und sein berückter Staatssekretär Gauweiler inszenierten ein öffentliches Hinrichtungsspektakel, um zu beweisen, daß die Affäre in Bayern höchstens einen Tag gedauert und garantiert mit dem Tod der Geiseln geendet hätte. Grundsätze der bürgerlichen Zivilisation werden dabei rabiat beseitigt. Daß vor einer endgültigen Verurteilung die Schuld eines Angeklagten nicht feststeht, ist ein solcher Grundsatz. Noch ist unklar, ob die Klagen, die die Familien der getöteten Geiseln gegen die Einsatzleitung der Polizei eingereicht haben, darauf abzielen, dies gerichtlich bestätigen zu lassen. Die Anwälte erklärten, die Rechtsstaatlichkeit sei nicht gewahrt worden, fügten aber hinzu, es habe frühere Möglichkeiten gegeben, die Geiseln zu befreien bzw. durch Polizisten auszutauschen.

Dabei werden in den Veröffentlichungen über die Verfolgungsjagd der Polizei

zwei Tatsachen als gegeben hingenommen, die für die Ausweitung der Polizeiwilkkür und die Brutalisierung ihres Vorgehens wichtig sind: Erstens sind die Sondereinsatzkommandos — auch in NRW — anscheinend mit Munition ausgestattet, die sofort nach dem Körpereintritt explodiert, den aus dem Vietnam-Krieg bekannten Dum-Dum-Geschossen ähnlich. Solche waren nach Berichten des Kölner „Express“ in Köln gerade nicht zur Hand, aber grundsätzlich verfügbar. Zweitens war der GSG-9-Einsatz als Polizei bereits vorgesehen. Drittens ist die Polizeizusammenarbeit in der EG weit gediehen. Jedenfalls konnte die NRW-Polizei ohne Probleme in die Niederlande verfolgen und dort ein weiteres, von ihr präpariertes Fluchtauto installieren.

Quellenhinweis: (1) Interview mit Schnoor und Blüm in: Die Welt v. 22.8.88; Express und Kölner Stadt-Anzeiger v. 24.8.88 — (uld)

IGM-Positionspapier zur Teilzeitarbeit

Tarifliche Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit nimmt in den letzten Jahren enorm zu. Von Unions-Politikern wie von den Kapitalisten wird diese Art der Beschäftigung gefördert, erlaubt sie doch einerseits der Frau, trotz Berufstätigkeit ihren häuslichen und Mutter-„Pflichten“ nachzukommen — ihre Doppelbelastung zu mindern, wie die baden-württembergische Landesregierung propagiert — was dem Staat Kosten im sozialen- und Erziehungsbereich spart, andererseits kann eine Halbtagsbeschäftigte zu höherer Arbeitsleistung getrieben werden als eine Vollzeitkraft, was schließlich die Leistungsnorm für alle Beschäftigten anhebt. In einer im Auftrag des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums erstellten Studie wird

zugestanden: „Teilzeitkräfte können bei insgesamt kürzerer Arbeitszeit höhere Leistungen pro Zeiteinheit erbringen als Ganztagskräfte. Die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft von Teilzeitkräften wird besonders bei monotonen Tätigkeiten nicht so leicht gestört.“ So waren 1986 von 20,7 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ca. 2 Mio. in Teilzeit. Rechnet man die sog. geringfügig Beschäftigten hinzu, erhöht sich diese Zahl auf über 3 Millionen; das heißt, fast jede/r 7. Beschäftigte arbeitete in Teilzeit. Teilzeitarbeit ist vor allem ein Problem der Frauen. Die Frauenerwerbsquote stieg 1987 auf 54 %, davon war jede dritte Frau teilzeitbeschäftigt. Mehr als ein Drittel des Zuwachses an

Beschäftigten ist auf eine Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen.

Noch vor etlichen Jahren hatte die Frauenkonferenz der IG Metall beschlossen, Teilzeitarbeit gehört verboten. Ansonsten blieb Teilzeitarbeit eher unberücksichtigt, da Ziel gewerkschaftlicher Politik das Normalarbeitsverhältnis war. Inzwischen erkannte die IGM den Regelungsbedarf und sieht die Teilzeitarbeit als „ein wichtiges strategische Einfallstor für das Flexibilisierungskonzept der Arbeitgeber“. Sie garantiert keine eigenständige materielle Existenzsicherung, wird genutzt zum Abbau sozialer Schutzrechte und zementiert die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. „Gewerkschaftliche Politik zielt daher nach wie vor darauf, Teilzeitarbeit möglichst einzugrenzen, vor allem eine Verringerung des Beschäftigungsvolumens durch Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze zu verhindern. Unser zentrales Ziel ist die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung auf der Grundlage von Normalarbeitsverhältnissen und Normalarbeitszeit für alle“, so die IGM in ihrem Positionspapier gemäß der tarifpolitischen Entschlieung des 15. o. Gewerkschaftstages 1986. Diese Strategie soll ergänzt werden durch eine tarifvertragliche Mindestsicherung für Teilzeitbeschäftigte; und schließlich verlangt die IG Metall vom Gesetzgeber, alle Beschäftigungsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.

Die tarifpolitischen Ziele (Kasten) reichen in etlichen Punkten weit über die bisherigen Regelungen hinaus. Nur in den Tarifgebieten Hamburg und Schleswig-Holstein darf bisher Teilzeitarbeit möglichst erst nach Beratung mit dem Betriebsrat eingeführt werden, in anderen Tarifgebieten gilt nicht einmal dies. Künftig soll deren Einrichtung mitbestimmungspflichtig sein. Grundsätzlich darf dabei keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze erfolgen, was zur



Aus dem IGM-Positionspapier

1. Die Errichtung von Teilzeitarbeitsplätzen und die Regelung der Arbeitsverhältnisse für Teilzeitbeschäftigte im Rahmen der geltenden Tarifbestimmungen darf nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen. Darüber sind Betriebsvereinbarungen abzuschließen.
2. Teilzeitarbeitsplätze dürfen nur zusätzlich eingerichtet werden. Eine Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze darf grundsätzlich nicht erfolgen.
3. Ausnahmsweise kann auf Wunsch betroffener Beschäftigter und mit Zustimmung des Betriebsrates ein Vollzeitarbeitsplatz in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden. Diese Teilzeitarbeitsplätze sind mit Teilzeitbeschäftigten unabhängig voneinander (kein Job-Sharing) zu besetzen. Dabei darf keine Verringerung des Beschäftigungsvolumens erfolgen. Nach Ausscheiden des/der betroffenen Beschäftigten sind diese Arbeitsplätze wieder als Vollzeitarbeitsplätze einzurichten.
4. Die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen darf nur in Form voll sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 20 Stunden erfolgen.
5. Die Dauer der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit ist mit den Teilzeitbeschäftigten im Arbeitsvertrag zu vereinbaren.
6. Jede/r Teilzeitbeschäftigte hat das Recht, auf einen Vollzeitarbeitsplatz zu wechseln. Entsprechende Stellenausschreibungen sind in erster Linie im Kreis der Teilzeitbeschäftigten anzubieten.
7. Teilzeitarbeit ist nur in der Form von einer entweder täglich kürzeren Arbeitszeit oder einer auf weniger als 5 Werktagen der Woche zwischen Montag und Freitag festgelegten Arbeitszeit möglich. Dabei darf an einem Arbeitstag, für den Arbeitszeit vereinbart wurde, nicht weniger als 4 Stunden gearbeitet werden.
8. Arbeit auf Abruf ist unzulässig. Lage und Verteilung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten ist festzulegen und mit dem Betriebsrat zu vereinbaren.
9. Zustimmungs- und zuschlagspflichtige Mehrarbeit ist für Teilzeitbeschäftigte die Überschreitung der mit ihnen vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit (je nach den regionalen tariflichen Gegebenheiten — entweder pro Tag oder pro Woche). Mehrarbeit ist bei Teilzeitbeschäftigten bis höchstens 10 Stunden im Monat zulässig und ab der ersten Stunde durch Freizeit auszugleichen. Die Zuschläge können in Geld oder Freizeit ausgeglichen werden.
10. Alle übrigen tarifvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen, also zum Beispiel über Eingruppierung, Leistungsentlohnung, Urlaub, Sonderzahlungen, Weiterbildung und Umschulung, Betriebliche Altersversorgung, Zusatzleistungen und Zulagen gelten für Teilzeitbeschäftigte wie für Vollzeitbeschäftigte.



Zeit gang und gäbe ist. Ausnahmen sind auf Wunsch von Beschäftigten möglich. Allerdings, solange es keine ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, wird der Betriebsrat ständig mit solchen Wünschen konfrontiert werden. Darüber ist sich die IGM im klaren. Sie will deshalb prüfen, „ob durch das Angebot des Elternurlaubs ... zu vernünftigen Bedingungen eine Alternative zur Teilzeitarbeit geschaffen werden kann.“ Der Arbeitsintensivierung versucht die IGM offenbar mit der Bestimmung entgegenzuwirken, daß „keine Verringerung des Beschäftigungsvolumens erfolgen“ darf.

Wichtig ist, künftig soll es nur noch sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze mit mindestens 20 Wochenstunden geben, und die tägliche Arbeitszeit darf nicht unter 4 Stunden liegen. Dies ist ein Haltepunkt gegen die Flexi-

bilisierungsumtriebe und sichert den Betroffenen Versicherungsansprüche und Arbeitslosengeld, wenn auch in kümmerlicher Höhe.

In sämtlichen Tarifgebieten der IG Metall werden derzeit an Teilzeitbeschäftigte Überstundenzuschläge erst dann bezahlt, wenn sie die tarifliche Wochenarbeitszeit von 37 Stunden überschreiten. In NRW gilt die günstigere Bestimmung, nämlich sobald die Arbeitszeit über 8 Stunden pro Tag hinausgeht. Die angestrebte Regelung, daß zuschlags- und zustimmungspflichtige Mehrarbeit dann vorliegt, wenn die vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit überschritten wird, brächte daher für viele Teilzeitbeschäftigte finanzielle Vorteile.

Begrüßenswert ist die Festlegung der Unzulässigkeit von Arbeit auf Abruf und von Job-Sharing, und daß alle tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen für

Teilzeitkräfte ebenso zu gelten haben, denn Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind z.B. weitgehend an Vollarbeitsplätze gebunden, und laut BeschFG ist der Kündigungsschutz für „geringfügig“ Beschäftigte eingeschränkt.

Die angestrebten Ziele stellen eine dringend notwendige Mindestabsicherung für Teilzeitkräfte dar, vermögen aber ansonsten die materiellen Nachteile nur abzumildern. So fallen Anfahrtszeiten und -kosten gleichermaßen an, wie bei einer Vollzeitkraft. Das wäre z.B. ein Grund, von den Kapitalisten für Arbeitszeiten unter 7 Stunden täglich ein Antrittsgeld zu verlangen.

Quellenhinweis: IGM-Vorstand, Positionspapier Teilzeitarbeit, Schriftenreihe der IGM Nr. 114; K. Roth u.a., Träumen verboten. Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre. Hamburg 1984 — (frr)

Bundeswehr in alle Welt

CDU/FDP und SPD-Politiker für westdeutsche UN-Soldaten

Die Entsendung westdeutscher Kriegsschiffe ins Mittelmeer und die beabsichtigte ständige Stationierung von Marineeinheiten dort im Rahmen eines NATO-Verbandes haben in der BRD eine gefährliche Debatte über weitere weltweite Einsätze der Bundeswehr entfacht. Die zuständige Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich im Mai auf einer Tagung auf die Forderung an die Regierung geeinigt, die „Europäer“, und damit besonders die BRD, stünden vor der Aufgabe, „größere weltpolitische Verantwortung — auch in Krisenregionen außerhalb des Bündnisgebietes — zu übernehmen“ (FAZ, 17.05.). Auf dieser Tagung waren Wörner, Strauß und der neue Verteidigungsminister Scholz anwesend. Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, M. Geiger, erklärte, sie könne sich einen entsprechenden Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UN vorstellen.

Anfang August hat dann Scholz den „Gedanken“ eines Bundeswehreininsatzes im Rahmen der Vereinten Nationen „aufgegriffen“. Die BRD als eine der „führenden Handelsnationen der Welt“ sei sich ihrer Verpflichtung innerhalb der westlichen Industrienationen und der UNO durchaus bewußt. Ganz offensichtlich sieht die Bundesregierung über die UNO eine gangbare Möglichkeit, endlich mit Truppen ihrer Außenpolitik militärisches Gewicht zu verleihen. Der nächste Schritt könnte dann die Beteiligung an einer sogenannten Friedenstruppe sein, wie sie z.B. von verschiedenen NATO-Ländern für den Libanon 1984 aufgestellt wurde und die praktisch am Kriegsgeschehen teilnahm. Schließlich wäre dann der Weg frei, auch an Kriegsoptionen im Rahmen der WEU in Übersee teilzunehmen. Die BRD müßte sich bei Kriegen in Afrika oder Mittelamerika nicht mehr bloß auf die Unterstützerfunktion beschränken, wie sie dies noch bei den französischen Kriegshandlungen im Tschad tun mußte.

Die in der Diskussion gehaltenen möglichen Einsatzorte für die Bundeswehr lassen entsprechend auf finstere Absichten schließen. Denkbar seien Einsätze sowohl in Nicaragua als auch in Namibia, berichtet der „Spiegel“ (Nr. 34/88). An beiden Schauplätzen haben sich in den Konflikten BRD-Politiker um Einfluß und Einmischung bemüht. Eine Fortsetzung dieser Politik mit Militär unter der Fahne der UNO wäre ganz im Sinne des BRD-Imperialismus, der an einer Ausdehnung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht in Mittelamerika und im südlichen Afrika interessiert ist. Im Falle Namibia wird sogar die

deutsche Kolonialgeschichte als Argument herangezogen, um eine besondere Verantwortung der BRD für das ehemalige Deutsch-Südwest zu konstruieren.

Auf diesen Zug sind nun führende Politiker der SPD aufgesprungen. Ein Arbeitskreis der Bundestagsfraktion mit Gansel, Scheer und Stobbe an der Spitze und mit dem ausdrücklichen Segen von Egon Bahr will den Einsatz der Bundeswehr bei UN-Truppen durch eine Änderung des Grundgesetzes in diesem Sinne voranbringen. Die Grundgesetzänderung sei notwendig, um der von der Reaktion verlangten weltweiten Operationsbreite für die Bundeswehr entgegenzuwirken und nur friedensstiftende Aktionen zu erlauben. Dabei stellt sich aber die Frage, warum die Bundeswehr sich überhaupt militärisch an UN-Einsätzen beteiligen

soll und weshalb man nicht die bisher oft geübte Praxis unterstützen sollte, neutrale Länder mit friedensüberwachenden Funktionen seitens der UNO zu betrauen. Die Begründung dieser Sozialdemokraten für ihren Vorstoß ist verdächtig dünn; von gemeinsamer Verantwortung und Beiträgen zur internationalen Zusammenarbeit ist da die Rede. In seiner Wirkung bringt der Vorschlag die Diskussion um weltweiten Bundeswehreininsatz voran und nützt damit denen, die den Ländern der Welt mit westdeutschem Militär zu Leibe rücken wollen. Daran ändert auch nichts, daß die Initiatoren in der SPD keineswegs die Mehrheit hinter sich haben.



Europäische UN-Truppen im Kongo 1961 schürten innere Auseinandersetzungen.

Die CDU hat sich positiv auf die SPD-Arbeitsgruppe bezogen. Sie hält allerdings nichts von einer Grundgesetzänderung, da die Verfassung in ihrem jetzigen Zustand nicht bloß Militäreinsätze im Rahmen der UNO gestatte, sondern darüber hinaus gehende Operationen, sofern sie verkauft werden können als Maßnahme zur Verteidigung oder Friedenssicherung. Die Grünen dagegen haben sich grundsätzlich gegen jeden Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Geltungsbereichs der NATO ausgesprochen. Der Einsatz der Bundeswehr als Friedenstruppe der UNO eröffnete für die BRD Möglichkeiten, an weiteren Militäroperationen zu partizipieren, erklärten sie. Lediglich der Abgeordnete Mechttersheimer spricht sich für BRD-Soldaten in der UNO aus mit der bizarren Begründung, die dort eingesetzten Soldaten würden dann in Mitteleuropa fehlen und weniger bedrohen.

Um der Absicht nach BRD-Einsätzen im UN-Rahmen offizielleren Charakter zu geben, versucht man den Eindruck zu erwecken, die UN seien selbst mit dem Wunsch an die BRD herangetreten. Eilig wurden UN-Vertreter befragt, die dann auch grundsätzlich die Beteiligung eines jeden Mitgliedslandes an friedensstiften-

den Maßnahmen begrüßten. Der Generalsekretär Peres de Cuellar fügte jedoch in einem Interview mit der „Welt“ (24.8.) ausdrücklich hinzu: „Im Falle der Friedensstreitkräfte liegt es aber natürlich an den am Konflikt beteiligten Seiten und am Sicherheitsrat, sich über die Zusammensetzung der Truppenkontingente zu einigen.“

Die Diskussion, noch einmal angefaßt durch den SPD-Vorschlag, ist deshalb so gefährlich, weil mit dem UNEinsatz von Bundeswehreinheiten ein Damm eingerissen würde für weitere Einsätze und weil die Bundeswehr Gelegenheit bekäme, ihre Kampfmittel und logistischen Einrichtungen zu erproben für größere Aufgaben.

Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau, Welt, taz im August 1988 — (jok. uld)

Parteien und Presse: Zustimmung zu Scholz

Regierung: Wir sind eine führende Handelsnation

Wir sind uns aber als eine der führenden Handelsnationen der Welt unseren Verpflichtungen in der Gemeinschaft der westlichen Industrienationen und der UNO durchaus bewußt und werden im konkreten Fall unsere Entscheidung nach Recht, Gesetz, Bündnistreue und politischer Zweckmäßigkeit entsprechend treffen.

Bundesverteidigungsminister Scholz am 5.8.88 im „Express“

Im Mai erst hatte die CSU-Abgeordnete Michaela Geiger den weltweiten Bundeswehr-Einsatz mit der Begründung gefordert, die Wirtschaftsmacht Bundesrepublik müsse ihr Gewicht geltend machen und die Bundeswehr dürfe keinen minderen Status haben als die Armeen der Verbündeten im Westen. Die Bundesregierung hat gut daran getan, sich von solcherlei Prestigedenken abzugrenzen, auch wenn sie die Dinge nicht beim Namen nennt, sondern nur auf das Grundgesetz verweist, das den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der NATO ausschließt.“

Badische Zeitung, 16.8.88

Regierung hält sich zurück, die Sozialdemokraten machen's schon

Mit dem Plädoyer für eine Ergänzung des Grundgesetzes mit dem Ziel, eine Beteiligung der Bundeswehr an Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UNO) in Spannungsgebieten außerhalb des NATO-Territoriums zu ermöglichen, hat eine Reihe sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter eine kontroverse Debatte in der Bundestagsfraktion ausgelöst. Die Abgeordneten Hermann Scheer, Norbert Gansel und Karsten D. Voigt plädieren dafür, solche Möglichkeiten zu eröffnen, um die UNO zu stärken, damit sie künftig noch besser „ihre Rolle zur weltweiten Ächtung von Kriegen als Mittel der internationalen Politik übernehmen könne“.

Die Welt, 17.8.88

Der SPD-Fraktionssprecher Binder hat am Dienstag Berichte dementiert, die Fraktion plane eine Gesetzesinitiative, mit einer Änderung des Grundgesetzes solle die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in Regionen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes bei einer UN-Friedensmission ermöglicht werden. Zwar wurde bestätigt, daß es im zuständigen Arbeitskreis eine solche Initiative gegeben habe. ... Es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, „die das Für und Wider dieses Komplexes prüfen und einen konkreten Vorschlag erarbeiten soll“ ... Im Fraktionsvorstand sei darüber noch nicht gesprochen worden, hieß es. Auch liege das angeforderte „Diskussionspapier“ der schon vor einiger Zeit eingesetzten Arbeitsgruppe noch nicht vor.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.88

Die Befürworter in der SPD-Fraktion argumentieren für ihren Vorschlag auf zwei Linien. Die eine lautet so: „400 Jahre nach ihrer Gründung und 15 Jahre nach ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen muß die Bundesrepublik bereit sein, alle Rechte und Pflichten wahrzunehmen, die die Satzung der Vereinten Nationen für ihre Mitglieder vorsieht.“ ... Die zweite Reihe von Begründungen mutet schon eher „realpolitisch“ an: In den Artikel 24 der Verfassung solle der Satz eingefügt werden, daß die Streitkräfte des Bundes „außerhalb der Grenzen eines Systems kollektiver Sicherheit ... nur im Rahmen ... der Satzung der Vereinten Nationen ... eingesetzt werden“. Damit solle „auch eine Ausnahme von dem Grundsatz geschaffen werden, daß der Einsatz der Bundeswehr außerhalb des geographischen Geltungsbereiches eines Systems kollektiver Sicherheit nicht zulässig ist.“ Weiter: „Diese Verfassungsübung hat sich bewährt. Sie wird durch

die vorgesehene Ergänzung des Grundgesetzes bekräftigt.“
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.8.88

Grüne lehnen ab — außerhalb der NATO

Die Grünen sind prinzipiell gegen jeden Einsatz von Einheiten der Bundeswehr außerhalb der NATO. Dies gilt auch für den Einsatz im Rahmen von UNO-Friedenstruppen. Obwohl wir den Einsatz der UNO-Truppen am Golf für sinnvoll halten, sprechen wir uns gegen eine Teilnahme gerade bundesdeutscher Truppen aus: Die Bundesrepublik befindet sich in einem rechtlichen und historischen Sonderstatus, den sie nicht um einer vordergründigen Normalisierung willen aufgeben sollte ...

2. Wenn die Bundeswehr erst einmal in Friedenstruppen der UNO teilnimmt, werden damit Möglichkeiten eröffnet, auch an anderen multinationalen „Friedenstruppen“ zu partizipieren (etwa den „Friedenstruppen“ der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens im Libanon 1983/84 oder dem Flottenaufmarsch im Golf.) ...

5. Bereits heute sind Bundeswehreinheiten in zahlreichen Ländern der Dritten Welt aktiv, zur Zeit in 20 bis 30 Ländern. Diese Einsätze reichen von tatsächlich humanitären Einsätzen bis zur Hilfestellung bei der Bewaffnung und Ausbildung von Truppen höchst repressiver Regimes (Togo, Zaire etc.). Vor diesem Hintergrund kann nicht die Ausdehnung der militärischen Aktivitäten der Bundeswehr im Ausland auf der Tagesordnung stehen, sondern es ist nötig, über deren Einschränkung zu sprechen. Jede direkte oder indirekte militärische oder militärisch relevante Unterstützung von repressiven Regimen in der Dritten Welt durch die Bundeswehr — und hierbei ist auch das NATO-Land Türkei angesprochen — muß sofort eingestellt werden.

Pressemitteilung Nr. 786/88 vom 16.8.88

Zustimmung in der Presse ...

Es entspräche einer vernünftigen deutschen Außenpolitik, wenn sich die Bundesrepublik künftig an solchen Unternehmen der Friedenssicherung beteiligen könnte. Gerade weil bei jedem Deutschen die Alarmglocken läuten sollten, wenn es um Interventionismus geht und um militärisches Abenteuer in der Dritten Welt, gerade weil sich die Bonner Außenpolitik bisher zu recht um eine Lösung von Konflikten „aus der Region heraus“ bemüht hat, gerade deshalb sollte sie sich einer geregelten Ordnungsfunktion, die die Vereinten Nationen zu übernehmen suchen (eher zu selten als zu oft), auf die Dauer nicht verschließen.

Frankfurter Rundschau, 15.8.88

Es ist einmal Ausdruck der Erkenntnis, daß die Deutschen nicht hintan stehen können, wenn es darum geht, für das Völkerrecht dort, wo es bedroht ist, Bestandsgarantie durchzusetzen. Also geht es um die Stärkung der UNO, um Krieg als Mittel internationaler Politik zu ächten. Das Ziel heißt „internationales Gewaltmonopol für die UNO“. Ein weitgestecktes Ziel. Und wenn sich die Erkenntnis verfestigt, daß die Bundeswehr nicht mehr und nicht weniger ist als eine integrierte demokratische Einrichtung, dann kann sie, in aller Behutsamkeit, auch unter dem Blauhelm der UNO wirken. Von militärischem Abenteuerismus und Interventionismus kann keine Rede sein. Eine Grundgesetzänderung schüfe Klarheit.

Die Welt, 16.8.88

Immerhin gehört auch Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) zu denen, die ernsthaft über ein UNO-Engagement nachdenken. Kann die Bundesrepublik weniger Verantwortung tragen als etwa das neutrale und ebenfalls geschlagene Österreich, das seine Soldaten dem blauen UNO-Banner unterstellt hat? Wer, wie so viele Deutsche, den Frieden als höchstes Gebot betrachtet, der kann sich kaum etwas anderes wünschen, als ein Quentchen seiner Macht der Verantwortung für den Frieden zu unterstellen.

Süddeutsche Zeitung, 16.8.88

Chile

Wirtschaftspolitik der der Diktatur von 1973 bis 1983

Nach den Präsidentschaftswahlen in Chile am 4. September 1970 stellte die Volkseinheit (Unidad Popular), eine Koalition aus marxistischen und radikal-demokratischen Parteien, mit Salvador Allende den Präsidenten und bildete die Regierungsmehrheit. Der Sieg der UP markierte den Beginn des „chilenischen Wegs zum Sozialismus“. Wir wollen hier nicht die Debatte darüber führen, inwieweit diese Einschätzung der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft falsch oder richtig war — allein die historischen Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Es soll hier nur ein kurzer Rückblick auf die Pläne und Maßnahmen der UP-Regierung gegeben werden, um sie in Vergleich zu stellen mit der heutigen chilenischen Realität.

Im Gegensatz zur vorherigen christdemokratischen Regierung unter Frei (1964-1970), die auf der Ebene der Propaganda einige Maßnahmen vorantrieb, welche mehr soziale Gerechtigkeit und nationalen Fortschritt versprachen, war es in der Tat die UP unter Allende, die über die Ausnutzung aller bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten und Verfassungsnischen den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes gerecht zu werden beabsichtigte und die chilenische Ökonomie aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten, allen voran den Konzernen der USA, hin zu einer eigenständigen Entwicklung umgestalten wollte. Die Reformgesetze Freis waren ausgegeben worden — unter propagandistischer und materieller Hilfestellung der in den USA als Antwort auf die cubanische Revolution entwickelten „Allianz für den Fortschritt“ — als die sogenannte „Revolution in Freiheit“. Die Abhängigkeit Chiles, die Unterwerfung unter das Diktat der Weltmarkts, wurde jedoch nur vertieft. In der UP-Zeit wurden — immer mit Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Klasseninteressen der Koalitionspartner und unter Respektierung der herrschenden bürgerlichen Legalität — bei der Umgestaltung der chilenischen Wirtschaft folgende Bereiche abgesteckt: a) der Bereich des gesellschaftlichen Eigentums, b) der des gemischten und c) der des Privateigentums.

Um die Abhängigkeit Chiles zu verringern bzw. zu brechen, wurde der Weg der Importsubstitution eingeschlagen, d.h. der Import von Verbrauchs- und Investitionsgütern sollte über den schrittweise zu erfolgenden Ausbau der einheimischen Industrie eingeschränkt werden. Ein wichtiges Ziel war die Umgestaltung der Agrarwirtschaft zu einer Selbstver-

sorgungsstruktur im nationalen Rahmen, um den Import von Grundnahrungsmitteln zu stoppen. Eines der dringendsten Anliegen der UP-Regierung war, die Ausbeutung der Kupfervorkommen in Chile unter nationale Kontrolle zu bringen, weil Kupfer der Hauptdevisenbringer Chiles war und auf lange Zeit bleiben würde. Eine weitere zentrale Maßnahme war die Nationalisierung der wichtigsten Banken, um die Kontrolle über Geldzu- und -abfluß zu erlangen. In der Landwirtschaft wurde der Grundbesitz über 80 ha enteignet, die Bildung von Kooperativen und die Intensivierung des Anbaus begünstigt. Von den 35000 Industriebetrieben wurden nur etwa 150 Monopolbetriebe enteignet. Kleine und

nationalen und internationalen Gegner des „chilenischen Wegs zum Sozialismus“, diesen auf dem Gebiet der Wirtschaft zu Fall zu bringen. Dies war Teil einer gezielten, von imperialistischen und reaktionären Kräften unter Führung des CIA betriebenen umfassenden Destabilisierungspolitik, die am 11. September 1973 im Militärputsch gegen die Allende-Regierung ihren Höhepunkt fand.

Die nunmehr 15 Jahre andauernde Diktatur Pinochets verfolgte und verfolgt das Ziel, dem Streben nach Sozialismus endgültig ein Ende zu bereiten und die Herrschaft der Bourgeoisie wiederherzustellen und zu sichern. Der konterrevolutionäre „Eingriff“ der Militärs stoppte die Dynamik der Mobilisierung und Organisation des Volkes in Richtung auf die Eroberung der Macht. Die sozialen und politischen Organisationen der Linken und des Volkes wurden brutal zerschlagen und verfolgt, ihre Errungenschaften zunichte gemacht. Die Militärs übernahmen als Retter der kapitalistischen Ordnung und der „nationalen



mittelständische Unternehmen wurden mit günstigen Krediten und Absatzbedingungen angehalten, das Programm der UP zu unterstützen. Eine kleine Gruppe von Distributionsmonopolen wurde enteignet, während das Eigentum der 120000 kleinen und mittleren Kaufleute unangetastet blieb. Die Hebung der Löhne sollte die Nachfrage steigern, um so die Produktion anzutreiben und darüber die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und die materielle Grundlage für die Regierungsprogramme auf dem Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungssektor zu verbessern. Mit den Mitteln der internationalen Kreditsperre, des Handelsembargos, der niedrigen Notierung des Kupfers auf dem Weltmarkt, Streiks von inländischen Schlüsselunternehmen, Schwarzmarkt und Sabotage von Produktionsanlagen versuchten die

Werte“ vor dem Zugriff des Weltkommunismus politisch die Führungsrolle innerhalb der bürgerlichen Kräfte und betrieben im Interesse des einheimischen und ausländischen Finanzkapitals die Demontage bzw. Umwälzung der bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, um ein neues Akkumulations- und Herrschaftsmodell durchzusetzen. Dazu mußte, basierend auf der Doktrin der Nationalen Sicherheit, neben den direkten Repressionsorganen (Streitkräfte, Polizei, Geheimdienste) ein Unterdrückungsinstrumentarium geschaffen werden, das im Lauf dieser 15 Jahre Diktatur die Gestalt eines festgefügtten Counterinsurgency-Staates angenommen hat, mit der dazugehörigen maßgeschneiderten Verfassung, entsprechenden Gesetzen, Verwaltungs- und Kontrollinstanzen. Das Regime hat sich so

einen institutionellen Rahmen gezimert, der im Oktober dieses Jahres per „Volksbefragung“ national und international legitimiert werden soll.

Nach dem Putsch setzte die Militärdiktatur im ökonomischen Bereich auf die Lehren Friedmans und Harbergers und entwickelte das monetaristische Wirtschaftsmodell Chile, dessen Hauptmerkmal die Öffnung der chilenischen Wirtschaft gegenüber Handel, Investitionen und Technologie aus den industriellen Zentren war. Unter der Prämisse des „freien Spiels der Kräfte“ wurde die staatliche Intervention in wirtschaftliche Belange abgebaut; nationalisierte Unternehmen, enteignete Betriebe und staatliche Gesellschaften wurden privatisiert, Zölle gesenkt und Gesetze über Steuerfreibeträge und andere Vergünstigungen bei Kapitaleinfuhr und Importen jeglicher Art erlassen. Darüber hinaus schufen die Militärs durch rigiden Lohnstopp, Verbot und brutale Unterdrückung von Gewerkschaften und Arbeitskämpfen ein „günstiges Investitionsklima“, das ausländisches Kapital anlockte und in jenen Jahren von den internationalen imperialistischen und chilenischen Finanz- und Wirtschaftskreisen in den höchsten Tönen gelobt wurde.

Ab 1974 flossen reichlich Kredite und Investitionen ins Land, und zwar hauptsächlich in die für den Export produzierenden Branchen. In den Jahren 74-79 flossen 4,122 Mrd. US-\$ nach Chile, davon 3/4 aus den USA, gefolgt von der BRD und Japan. Die Kupferproduktion stieg von 500 000 t zur Regierungszeit Allendes auf 800 000 t jährlich. Daneben konzentrierten sich die Investitionen in den Bereichen nicht-traditioneller Exportgüter wie Obst, Zellulose, Fischmehl. Die einheimische, für den Binnenmarkt produzierende Industrie erlebte einen überstürzten Schrumpfungsprozeß. Unzählige kleine, mittlere und teils auch große Industriebetriebe gingen wegen Absatzschwierigkeiten oder mangelnder Wettbewerbsfähigkeit Bankrott, wurden stillgelegt. Dadurch und aufgrund der mit Vehemenz vorangetriebenen Rationalisierung kam es zu einer Arbeitsplatzvernichtung ohnegleichen. Die Inflation galoppierte, die Arbeitslosenrate stieg auf über 20%, der Pro-Kopf-Konsum sank im Vergleich zu 1973 von 27 000 Pesos auf 17 000 im Jahr 1976, d.h. um ca. 57 %. Die Reallöhne sackten enorm ab, es gab ein Minuswachstum der Wirtschaft um 15,8%. Das hereinströmende Kapital floß neben den erwähnten Produktionsbereichen auch in den Dienstleistungssektor, um für jeden investierten Dollar ein Dreifaches ins Ausland zu transferieren.

Der im Lauf der 70er Jahre sich ausweitende freie internationale Geldmarkt und die Währungspolitik der chilenischen Junta (ein künstlich hochgehaltener Wechselkurs des Peso) begünstigten die Kreditaufnahme von internationalem Geld und führten zu einem sprunghaften

Anstieg der Auslandsverschuldung ab 1978, vor allem der privaten Wirtschaft. Diese Gelder wurden allerdings immer weniger im Produktionsbereich investiert, sondern dienten der Finanzspekulation, die 1980/81/82 den Höhepunkt erreichte und zum Zusammenbruch zahlreicher Banken und Finanzgesellschaften führte. Der Staat wurde, da er vielfach Bürgschaften übernommen hatte, von den Gläubigern dafür zur Kasse gebeten. Ein Gutteil der Auslandsschuld geht auf das Konto der ungezügelter Einfuhr von Konsum und Luxusgütern Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre. Die Oberschicht und Teile der z.T. im Windschatten des Regimes neuentstandenen Mittelschichten (Technokraten, Schergen aus dem Verwaltungs- und Repressionsapparat) verfielen in einen wahren Konsumrausch, in den das Regime nicht ohne Erfolg auch einkommensschwache Bevölkerungsschichten über ein ausgeklügeltes System der Produktwerbung und Ratenzahlung einzubeziehen versuchte. Die betreffenden Schichten — Lohnabhängige, Kleinunternehmer, Angestellte und auch vom Produktionsprozeß Marginalisierte, die als irreguläre Arbeitskräfte oder fliegende Händler usw. ihren Lebensunterhalt beschaffen — kamen so zwar in den Genuß beispielsweise eines japanischen Farbfernsehers, ihre gesamte Lebenssituation verschlechterte sich jedoch meistens, weil die Ratenzahlungen einen Großteil ihrer monatlichen Einkünfte verschlangen, und sie quasi zu Geiseln des Systems machten, indem sie sie zwangen, immer schlechter bezahlte Arbeiten anzunehmen oder im Bereich von Gesundheit, Erziehung, Wohnen noch mehr zu sparen. Diese Teile der Bevölkerung blieben de facto vom versprochenen Wohlstand ausgeschlossen, die Zahl der Personen nahm stetig zu, die in Armut oder extremer Armut leben. (Vergleich — Familien in extremer Armut: 1973 waren es 6 %; 1982 30,3 %).

Die durch die Zins- und Währungspolitik der USA auf dem Weltmarkt hervorgerufene Kreditverteuerung, d.h. Geldknappheit vor allem für kurzfristige Kredite, und die gleichzeitig wirkende Wirtschaftskrise ließen den Konsumboom der Jahre 80-82 in Chile wie eine Seifenblase zerplatzen. Der auf Pump erworbene Wohlstand ließ sich nicht mehr länger halten. Es kam in den Elendsvierteln zu Hungermärschen, und auch aus dem Lager der mittleren Bourgeoisie mehrten sich die Stimmen der Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der „Chicago-Boys“, was sich verband mit dem Protest gegen die politische Repression und Unterdrückung jeglichen Zeichens von Opposition und Widerstand. Chile erlebte eine der schwersten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte. Das Land verzeichnete 1982 einen Rekordrückgang des Bruttoinlandsprodukts um 14,1%; die Auslandsverschuldung betrug 21 Mrd. US-\$, die für 1983



anstehenden Tilgungen und Zinszahlungen drohten 95% der für dieses Jahr erwarteten Exporteinnahmen zu verschlingen; die Arbeitslosenquote kletterte auf 35%. Chile — unter den Schuldnerländern Lateinamerikas sich im Mittel bewegend — stand vor der Situation der Kreditunwürdigkeit aufgrund Zahlungsunfähigkeit. Diese Tatsache, verbunden mit der sich ausweitenden und radikalisierten Protestbewegung ab 1983, erschütterte das Herrschaftsgebäude der Diktatur. Es schien ins Wanken zu geraten. (Fortsetzung im nächsten Heft) — (med, T.)

Großbritannien

Britische Seeleute bestreiken P&O

John Woods, Sprecher der Gewerkschaftsleitung der britischen Seeleute in Dover, ist optimistisch: „Wir haben den Kampf nicht verloren, und ich glaube auch nicht, daß wir verlieren.“ Man werde vor allem als Boykottkampagne weitermachen, die inzwischen auch vom Gewerkschaftsbund TUC aufgegriffen wurde. Enthüllungen über miserable Sicherheitsvorkehrungen an Bord der P&O-Fähren kommen ans Licht. Doch in Bezug auf ihre Hauptforderungen nach Wiedereinstellung der Entlassenen und Rücknahme der Rationalisierungsmaßnahmen haben die Seeleute zur Zeit schlechte Aussichten.

Seit Februar bestreiken sie die Fährgesellschaft P&O (früher Townsend Thoresen). P&O hatte Anfang des Jahres 400 Entlassungen auf den Fähren angekündigt, verbunden mit Mehrarbeit für die übrigen Besatzungsmitglieder. Man müsse jährlich sechs Millionen Pfund an Lohnkosten einsparen, hieß es.

Die Gewerkschaft der Seeleute, die National Union of Seamen, wehrte sich mit Streikaktionen und wies auch auf die

Sicherheitsaspekte hin — schließlich war das Kentern der „Herald of Free Enterprise“ von der P&O-Vorläuferreederei TownsendThoresen kein Zufall.

P&O entließ alle 2300 streikenden Seeleute. Gegen die Streikenden und ihre Gewerkschaft wurden die Gerichte in Marsch gesetzt, die Gebäude und Vermögen der NUS bis Mitte August beschlagnahmt hielten, weil sie sich nicht ausreichend von den Streikaktionen und den Streikposten distanziert habe. Strafen und Kosten für die Gewerkschaft überschreiten inzwischen eine Million Pfund (3,2 Mio. DM). Letzte Woche rechnete die NUS den Kapitalisten vor, daß für sie die Verluste aus dem Streik mindestens 20 Mio. bis 30 Mio. Pfund (64 Mio. bis 96 Mio. DM) betragen.

Monatelang konnte P&O auf den Haupttrouten nicht oder nur reduziert fahren. Und obwohl die Reederei inzwischen wieder 1900 Leute beschäftigt, hat sie langfristige Befrachtungsverträge und viel Tagesgeschäft durch die Auseinandersetzung verloren. Die NUS führt immer noch täglich Kundgebungen vor dem Hafentor durch — 150 bis 200 nehmen teil. Die Zahl der offiziellen Streikposten ist gesetzlich auf sechs beschränkt, die sechs verteilen Flugblätter an Passagiere.

Nach Angaben des NUS-Sprechers sind 1104 der ursprünglichen 2300 streikenden Seeleute weiter ohne Arbeit. 500 kehrten zu P&O zurück, die anderen fanden Beschäftigung bei einer anderen Reederei oder in anderen Bereichen.

Quellenhinweis: Socialist Worker, Financial Times, versch. Ausgaben; Daily Telegraph, 16.8. — (hef)

Italien

Afrik. Arbeiter stellen Forderungen

„Vu compra“ — Kaufen Sie — so werden sie genannt, die afrikanischen Straßenhändler in Italien. Mehrsprachige Schilder warnen Touristen vor den „nicht zugelassenen Händlern“ auf allen Autobahnraststätten. An den Stränden, auf den Märkten und in den historischen (Touristen-)Zentren, in allen größeren Städten Italiens bieten sie ihre Waren feil: Uhren, Sonnenbrillen, Schmuck. Ca. 30000 solcher fliegender Händler gibt es in Italien. Sie sind nur ein kleiner Teil der ca. eine Million illegalen schwarzen Arbeiter.

„Marocchini“ heißt man sie auch, denn viele kommen aus Nordafrika, um als Saisonarbeiter oder Tagelöhner vor allem in der fruchtbaren Ebene bei Neapel zu arbeiten. Und das sieht man als Tourist oder Touristin nicht: Den demütigenden „Arbeitsmarkt“ in kleinen Städten im Morgengrauen auf dem Marktplatz, wo Gruppen von afrikanischen Arbeitern darauf warten, von einem „Patrone“ mitgenommen zu wer-

den, für einen Tag harte Arbeit auf den Feldern oder in der Verpackung. Viele haben eine Reisetasche bei sich, — ihr ganzes Hab und Gut, denn sie leben im Freien, sie schlafen unter Bäumen oder in verlassenen, noch vom Erdbeben halb zerstörten Häusern, ohne Waschgelegenheiten, Toiletten oder Küchen. Für einen Arbeitstag von z.T. 14 bis 16 Stunden bekommen sie umgerechnet um die 30 DM, gerade die Hälfte von dem, was einem italienischen Tagelöhner mindestens gezahlt werden mußte. Sie sind nicht sozialversichert, und die Unterwerfung unter die brutalsten Arbeitsbedingungen kann mit der Drohung „Anzeige“ erpreßt werden. Die „Arbeitgeber“ sind z.T. große Plantagenbesitzer (z.B. bei Castelvoturno), aber auch Familienbetriebe (in der Gegend von Maddaloni, Cancelli), die Gemüse, Kartoffeln und Tabak anbauen, oder kleine Verpackungsfirmen für die Agrarprodukte aus dieser Gegend. Die Afrikaner, die dort — staatlicherseits geduldet — illegal beschäftigt werden, sind alle ohne Familie gekommen, männlich, zwischen 15 und höchstens 40 Jahre alt, nicht wenige von ihnen haben eine akademische Berufsausbildung.

Neben der Ausbeutung leiden die afrikanischen Arbeiter unter der totalen Isolation von der Bevölkerung und unter rassistischer Behandlung. So wird ihnen in den Bars von Cancelli Kaffee nur in Plastikbechern verkauft. Aus nichtigem Anlaß wurden Schwarze Krankenhausreif geschlagen. In den Kleinstädten, wo sich die afrikanischen Arbeiter konzentrieren (in Cancelli ca. 500 bei 4000 Einwohnern), wird „Überfremdungsangst“ geschürt. So hetzte z.B. der christdemokratische Gesundheitsminister angesichts der Abtreibungszahlen in Süditalien, ob das Volk sich wohl gegen Nordafrikaner austauschen wolle.

Vor zwei Jahren hat der Staat ein befristetes Gesetz zur Legalisierung der Illegalen verabschiedet: Wer nachweisen konnte, daß er angestellt ist, konnte eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten. Doch als Schwarzarbeiter konnten die wenigsten dies nachweisen. Trotz erheblicher Schwierigkeiten, sich zusammenzuschließen, organisierten im Juni schwarze Arbeiter einen Marsch in die Provinzhauptstadt Caserta, um mit dem Präfekten über die Gründung einer eigenen Gewerkschaft zu verhandeln. Wenige Politiker, einige Gewerkschafter und Jugendliche sind mitmarschiert. In Cancelli hat eine Gruppen Jugendlicher ein Komitee gegen Rassismus gegründet, das von den Kommunen Verbesserungen für die Lebensbedingungen der Tagelöhner fordert und die Forderungen der schwarzen Arbeiter bekannt macht und unterstützt. Sie fordern eine Verlängerung des Legalisierungs-Gesetzes, Dolmetscher bei Gericht und wichtigen Behörden, Vollmitgliedschaft in der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. — (bar)

Österreich

Wien läßt räumen für Spekulanten

Zwei besetzte Häuser — die einzigen in der österreichischen Hauptstadt — ließ die Stadt Wien Mitte August räumen. Am 11. August marschierte morgens vor einem der Gebäude in der Spalowskygasse ein Großaufgebot der Polizei auf. Angeblich sollten im Haus, das von arbeitslosen Jugendlichen genutzt wird, von der Baupolizei leere Wohnungen besichtigt werden. Die „Besichtigung“ endete mit einer Räumung, die Bewohner flüchteten über einen Balkon in das benachbarte besetzte Haus in der Aegidigasse. Das leere Gebäude wurde sofort abgerissen. Einen Tag später räumte eine Einsatzhundertschaft das zweite Haus. Dabei kam es zu brutalen Übergriffen gegen die Bewohner, die zuvor mitgeteilt haben, sie würden keinen Widerstand leisten. Die Polizei prügelte sich buchstäblich durch sämtliche Stockwerke, selbst Festgenommene wurden noch getreten und geschlagen, ein Bewohner bewußtlos aus dem Haus geschleppt. Auch in der Aegidigasse wurde sofort mit dem Abbruch begonnen. Insgesamt 67 Personen nahm die Polizei fest, rund 60 von ihnen wanderten in U-Haft. Einige Freigelassene erzählten, sie seien noch in den Zellen geprügelt worden. Tagelang ließen die Behörden weder Angehörige noch Rechtsanwälte zu den Verhafteten; Anwälte, die schließlich mit ihren Mandanten sprechen konnten, berichteten ebenfalls über Anzeichen von Schlägen.

In die jetzt geräumten Häuser im Stadtteil Gumpendorf waren 1983 die ersten Jugendlichen nach der Zwangsräumung eines Jugendzentrums eingezogen. Damals bot ihnen die Stadtverwaltung Mietverträge an, in der Hoffnung, den Protesten die Spitze zu nehmen; schon zu diesem Zeitpunkt waren die Häuser in der Spalowskygasse und der Aegidigasse zum Abriss bestimmt. Das Kalkül der sozialdemokratisch regierten Stadt Wien, den Widerstand der Jugendlichen zu zersetzen, um sie dann nach einiger Zeit bequem abschieben zu können, ging jedoch nicht auf. Mehr und mehr Leute zogen in Wohnungen der Gebäude, darunter viele jugendliche Obdachlose. Die Bewohner wollten dort „autonom“ leben; sie entfalteten nicht nur vielfältige kulturelle Aktivitäten, sondern begannen sich auch mit der Wohnungspolitik der Gemeinde im Stadtteil zu beschäftigen. Als im Sommer 1986 die befristeten Mietverträge ausliefen, dachte die Stadt nicht an eine Verlängerung, obwohl der zuständige Baustadtrat beim Einzug der ersten Mieter erklärt hatte, die Häuser würden nicht abgerissen. Eine Medienkampagne reaktionärer Blätter gegen die „Chaotenburgen“ lief an, ergänzt durch

Polizeischikanen: Personenkontrollen, Polizeieinsätze und Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung. „Ein normales Leben“, sagt ein Bewohner, „habe ich in den zwei Jahren hier noch nicht erlebt“.

Hintergrund dieser Politik: Der gesamte Stadtteil ist Sanierungsgebiet; rund 3000 Menschen sollen umgesiedelt werden. Seit dem Bau eines U-Bahn-Knotenpunkts und der Umwandlung einer Straße zum „Kommerzboulevard“ wittern Grundstücksspekulanten das große Geld. „Die spekulative Bautätigkeit, schon in den letzten Jahren beängstigend, wird sich weiter steigern. Im luxussanierten Spittelbergviertel sind mehr als 80 Prozent der Bevölkerung ausgetauscht worden: Alt raus, reich rein“, schreibt die „Volksstimme“ der KPÖ. „Ein paar Dutzend obdachlose Jugendliche, die diese Mechanismen zu durchschauen begannen, wurden mit Polizeigewalt — im Auftrag des Bürgermeisters — zur Raison gebracht. Die Spekulanten aber gehen im Rathaus aus und ein.“

Quellenhinweis: Presseerklärungen der Hausgemeinschaft Aegidigasse, 11.-13.8., u. ohne Datum; Volksstimme, 13.8.; Profil, Nr. 33, 16.8. — (jüg)

Kanada

Parlament zum Abtreibungsrecht

Ende Juli hat das kanadische Parlament anhand einer Resolution über die rechtliche Regelung der Abtreibung beraten. Es lag kein Gesetzentwurf vor, sondern nur eine Resolution. Der Oberste Gerichtshof hat am 28. Januar die 19 Jahre alte Bestimmung über Abtreibung im Strafgesetzbuch mit 5 zu 2 Stimmen für verfassungswidrig erklärt, weil sie nicht den Verfassungsanspruch der Frau auf Leben, Freiheit und Unverletzlichkeit der Person berücksichtige. Das Gesetz hatte Abtreibungen auf anerkannte Krankenhäuser beschränkt, in denen ein Ausschuß die Gefährdung von „Leben oder Gesundheit“ der Schwangeren bescheinigen muß. Es ging um einen Prozeß gegen eine Abtreibungsklinik in Toronto; das Bestehen dieser Klinik wurde mit dem Urteil für rechtmäßig erklärt, und Regierung und Parlament stehen vor der Aufgabe, die Rechtslücke wieder zu schließen.

Damit sei keine Eile, sagen die Kräfte, die das Recht auf Abtreibung vertreten, organisiert in der „Canadian Abortion Rights Action League“: „Je länger wir ohne Gesetzgebung auskommen, desto besser können wir zeigen, daß es ohne sie nicht zu Anarchie und Chaos gekommen ist.“ Aber das ist mit Sicherheit nicht der Grund, warum die konservative Regierung noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Vielmehr hat die Regierung das Problem, eine mit dem Rich-

terspruch vereinbare und in ihrer Partei mehrheitsfähige Position zu finden.

An der Parlamentsdebatte beteiligten sich 94 Redner aller Parteien. Der Antrag der Regierung beinhaltete, daß Abtreibung im frühen Stadium der Schwangerschaft zulässig sein soll, wenn die Frau „in Konsultation mit ihrem Arzt“ das für erforderlich hält oder wenn ein Arzt bescheinigt, daß die „Fortdauer der Schwangerschaft das körperliche oder geistige Wohlbefinden der Frau zu beeinträchtigen droht“. In einem — nicht näher bestimmten — späteren Stadium der Schwangerschaft wäre eine Bescheinigung von zwei Ärzten nötig, daß Leben oder Gesundheit der Mutter ernsthaft bedroht seien.

Im Verlauf der Debatte wurden fünf Änderungsanträge zur Abstimmung ge-

stellt; diese wurden am Schluß alle abgelehnt, ebenso wie der Antrag der Regierung. Das zeigt an, daß die Gegner der legalen Abtreibung im Parlament die Mehrheit haben und nicht bereit sind, eine gesetzliche Regelung entsprechend dem Verfassungsgerichtsurteil zuzulassen. Mit nur sehr knapper Mehrheit von 118 zu 105 Stimmen wurde der weitestgehende Antrag abgelehnt, Abtreibungen generell zu verbieten mit Ausnahme von Fällen der Gefährdung des Lebens der Mutter.

Die Möglichkeit, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, besteht derzeit nicht überall; auf Prince Edward Island im Osten nimmt kein Krankenhaus Abtreibungen vor.

Quellenhinweis: MacLean's, 8.8.88; Saturday Night, Aug. 1988 — (mfr)

VR China

Was bringt die Preisreform? Sinkendes Lebensniveau!

Im September wird die Plenartagung des ZK der KPCh über ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm für die Jahre 1989-1993 beschließen. Der Entwurf des Programms, Mitte August vom Politbüro des ZK verabschiedet, stellt die Reform des Preis- und Lohnsystems in den Mittelpunkt — sie spiele die Schlüsselrolle bei der Umwandlung der sozialistischen Planwirtschaft zu einer am Markt orientierten Wirtschaftsstruktur — und betont die Aufgabe der Rentabilitätssteigerung in den Staatsbetrieben. In einer zusätzlichen Sozialklausel werden Lohn-erhöhungen und andere Ausgleichszahlungen angekündigt, die den Lebensstandard sichern sollen.

Aufgrund der Freigabe der Preise für wichtige Lebensmittel und sonstige Güter des täglichen Bedarfs in den letzten zwölf Monaten liegt die Inflationsrate gegenwärtig bei über 20 %.

Damit setzen die Führung der KPCh und die chinesische Regierung die marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik fort — trotz zunehmender Widersprüche in der Bevölkerung. Die chinesische Führung und ihre Berater von Weltbank, IWF oder auch aus dem BRD-Sachverständigenrat stellen die Preisreform als den Stein der Weisen dar: Ausgangspunkt ist die Polemik gegen die angeblich völlig irrationale, zentral fixierte Preisstruktur der ersten Jahr-





Nach Ablehnung der Forderungen nach höherem Lohn und sozialen Verbesserungen durch die Kapitalisten sind in der Türkei 150 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Streik getreten, zu dem elf Gewerkschaften aufgerufen haben. Der Gewerkschaftsdachverband Türk İs hatte nach den Kantinenboykotts vor einem halben Jahr eine Verschärfung der Proteste gegen die Verarmung der Massen, die Rechtlosigkeit der Arbeiter und ihrer Organisationen und die schlechten Arbeitsbedingungen angekündigt. — (Mak)

Südafrika will seine Bedingungen durchsetzen

Obgleich Angola, Kuba und Südafrika gemeinsam einen Waffenstillstand beschlossen haben, ist ein Frieden noch nicht in Sicht. Südafrika hat zwar den Truppenabzug aus Angola begonnen, will aber gleichzeitig einen Zeitpunkt für die Abreise der kubanischen Soldaten durchsetzen, der eine rechtzeitige Umordnung der angolanischen Armee verhindert. Dies aber ist angesichts der Ankündigung der von Südafrika und den USA unterstützten UNITA, auf keinen Fall den Waffenstillstand einzuhalten, unbedingt notwendig. Die UNITA soll den Krieg gegen ein geschwächtes Angola weiterführen. In Namibia will Südafrika erreichen, daß sich die SWAPO-Kämpfer in speziellen Lagern versam-

meln, bevor die südafrikanischen Truppen abgezogen sind. — (uld)

Südafrika: Verbot gegen Kriegsdienstverweigerer

Der Minister für Recht und Ordnung, Vlok, verhängte am 22.08. ein Verbot gegen die weiße Kriegsdienstverweigererbewegung. Die Bewegung habe viele Dienstpflichtige zur Verweigerung „angestiftet“ und vielen geholfen, sich in Großbritannien niederzulassen. Die Regierung geht mit dem Verbot gegen die jüngste öffentliche Wehrdienstverweigerung von über 140 Weißen vor. Seit den Militäreinsätzen 1984 in den Townships, in Namibia und Südafrika steigt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer an. — (sie)

Trotz Verbot: Mehr Volkskomitees in Palästina

Die PLO/Vereinigte Nationale Führung des Aufstands beschloß am 22.8., die Zahl der Volkskomitees in den besetzten Gebieten zu erhöhen. Mit diesem Beschluß reagierte sie auf die Entscheidung Israels, die Komitees für illegal zu erklären, ihre Mitglieder mit Gefängnisstrafen von 10 Jahren, Enteignung und Deportation zu bedrohen. 300 Komiteemitglieder sitzen ohne Verfahren in Gefängnissen, 25 haben bereits einen Deportationsbescheid erhalten. Die Volkskomitees wurden und werden gegründet, um die palästinensische Bevölkerung während der Intifada mit lebenswichtigen täglichen Dienstleistungen zu versorgen, z.B. Wachdienste, Nahrungsmittelverteilung, Versorgung von Verletzten usw.; sie bilden die palästinensische Infrastruktur, die nach dem Boykott und Rücktritt von Palästinensern aus der israelischen Zivilverwaltung notwendig und möglich wurde. Die Nationale Führung erklärte, daß das Verbot als Kriegserklärung an das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten begriffen werde und die Intifada nur eskaliere. Nach neuesten Meldungen hat Israel auch die seit Jahren arbeitenden palästinensischen Gewerkschaften, Berufsverbände und Wohlfahrtsverbände verboten. Das Kommuniqué Nr. 24 ruft zu mehreren Solidaritätsstreiks auf, besonders für die Gefangenen und die in Haft Gefallenen. Am 1. September wird zu einem Hungerstreik in den Gefängnissen und außerhalb aufgerufen. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, Israel zu zwingen, das Lager „Ansar III“ zu schließen, in dem mehr als 3 000 Palästinenser unter KZ-ähnlichen Bedingungen inhaftiert sind. — (bar)

zehnte seit Gründung der Volksrepublik. Diese nicht an den Produktionskosten und nicht an Angebot und Nachfrage orientierten Preise für Lebensmittel und sonstige Konsumgüter wie für Rohstoffe, Energie und Investitionsgüter hätten die Wirtschaftsstruktur einseitig entwickelt zugunsten der Schwerindustrie, hätten z.B. aufgrund der niedrigen Energiepreise die Vergeudung von Energie gefördert und die Akkumulation zu Lasten der gesellschaftlichen Konsumtion begünstigt.

Tatsächlich gehen die Produktionskosten in das bisherige Preissystem nur als eine Bestimmungsgröße ein; daneben sollte das Preissystem z.B. regionale Ungleichgewichte ausgleichen, indem es einheitliche, niedrige Rohstoff- und Energiepreise fixierte, und es sollte die rasche Industrialisierung des ganzen Landes fördern. Zudem waren die Preise von Grundnahrungsmitteln und Woh-

nungen so niedrig angesetzt, daß damit eine einkommensunabhängige Grundversorgung auch der ärmsten Teile der Bevölkerung garantiert war.

Sicherlich bedurfte das Preissystem einer Überprüfung, verführten z.B. die niedrigen Energiepreise zu Verschwendung, sorgten Preisverzerrungen für Produktionsziffern über Plan bei Hochpreisprodukten und für notorische Planuntererfüllung bei Niedrigpreisprodukten. Derartige Probleme sind aus allen Planwirtschaften geläufig.

Erstaunlich ist allerdings, mit welcher Beharrlichkeit in den chinesischen Medien die Weisheit aus den Lehrbüchern über Marktwirtschaft verbreitet wird, daß der Markt das alles schon richten wird, spricht: für eine rationale Allokation der Ressourcen entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen sorgen wird. Sowohl die Erfahrungen der in der chinesischen Wirtschaftsliteratur gern

zitierten „kleinen Tiger“, der sog. Schwellenländer Südkorea, Singapur, Hongkong und Taiwan, als auch die Erfahrungen mit den Ergebnissen der ersten Jahre der chinesischen Wirtschaftsreformen sprechen dagegen:

Die meisten sog. Schwellenländer haben die Industrialisierung vor allem dadurch vorangetrieben, daß die sich formierenden Konzerne — im Schiffbau, in der Schwerindustrie, in der Elektronik — wie auch die Investitionen ausländischer Unternehmen hochsubventioniert, vor nationaler wie internationaler Konkurrenz abgeschottet und mit — staatlich garantiert und erzwungen! — billigsten Arbeitskräften versorgt wurden, abgesichert durch eine extreme Ausplünderung der Landbevölkerung.

Die ersten Jahre der Wirtschaftsreformen in China haben viele Belege geliefert, daß der Markt jedenfalls die — in der Propaganda ausgemalten — Wunder

Guatemala: erfolgreicher erster Generalstreik

Am 22. August nahmen ca. 400 000 Lohnabhängige am ersten Generalstreik in der Geschichte Guatemalas teil, zu dem die gewerkschaftliche Aktionseinheit (UASP) aufgerufen hatte. In 20 von 22 Provinzen des Landes wurde erfolgreich gestreikt. Mit dem Generalstreik richteten sich die Gewerkschaften gegen die brutale Wirtschaftspolitik der christdemokratischen Regierung von V. Cerezo, ihnen schlossen sich der verbotene Bauernausschuß CUC, Studentenvereinigungen und christdemokratische Gewerkschaftsvereinigungen an. — (sie)

Dänemark: Abbau des öffentlichen Dienstes

Seit eineinhalb Jahrzehnten hält die öffentliche Diskussion um den öffentlichen Dienst, in dem heute fast 30 % aller Beschäftigten Dänemarks tätig sind, an. Die seit sechs Jahren regierende bürgerliche Regierungskoalition geht jetzt daran, die sog. „marktwirtschaftliche Ausrichtung“ umzusetzen. Tatkräftige Unterstützung findet die Regierung bei der rechten Fortschrittspartei und der liberalen Venstre. Aber auch die Opposition — die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten — verschließt sich nicht, lehnt den Stellen- und Dienstleistungsabbau nicht vollständig ab. Jetzt hat der konservative Finanzminister Palle Simonsen Vorschläge für den Abbau des öffentlichen Dienstes vorgelegt. Danach sollen jährlich ungefähr 10 000 Stellen vernichtet werden. Im Jahre 2000 sollen nur noch 600 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst angestellt sein, heute sind es 700 000. Gleichzeitig verlangt das Regierungsprogramm eine jährliche Produktivitätssteigerung in diesem Sektor von 2,5 % bei generellen Einsparungen

von 0,7 % der Ausgaben. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben die Regierungspläne abgelehnt. — (sie)

Kanada: Streik im Post-, Telefon- und Bausektor

Nachdem im letzten Jahr die Briefträger und Angestellten im Postsortierbereich gestreikt hatten, befinden sich derzeit die Angestellten des Verwaltungsbereichs und die Techniker des Instandhaltungsbereichs im Streik. Sie fordern höhere Löhne, die Sicherung ihrer Arbeitsplät-

ze, keine Versetzungen an andere Dienststellen und Arbeitsbereiche. Seit fast zwei Monaten ruht die Arbeit bei der privaten größten kanadischen Telefongesellschaft, Bell Canada. Die 20 000 Techniker verlangen höhere Löhne und höhere Renten. In der Provinz Ontario legt der Streik der Bauarbeiter seit einem Monat die Bauwirtschaft lahm. Die Lohnerhöhungen in Kanada blieben in den letzten Jahren durchweg hinter den Preissteigerungen zurück; während die Profite der Kapitalisten stark angestiegen waren. — (sie)



An einer Großkundgebung der Opposition in Chile beteiligten sich vor knapp zwei Wochen ca. 25 000 Jugendliche. Sie riefen (siehe Bild) auf, mit „nein“ beim Plebiszit Anfang Oktober zu stimmen. Auf einem zweitägigen Kongreß gründeten zahlreiche Einzelgewerkschaften, die etwa 350 000 Lohnabhängige repräsentieren, den Gewerkschaftsdachverband „Vereinigte Zentrale der Werktätigen“ (CUT). Zum Vorsitzenden wurde M. Bustos gewählt, der kürzlich von der Justiz zu 18 Monaten aus der Hauptstadt verbannt worden war. Vor wenigen Tagen hob Pinochet den Ausnahmezustand auf, US-Regierungsvertreter werteten dies als Schritt in die „richtige Richtung“. Tatsächlich hat die Diktatur nicht vor, die Unterdrückung zu lockern: Seit längerem sind polizeiliche Aufgaben an die lokale Ebene delegiert; als legales Instrument wirkt weiterhin das Antiterrorgesetz; spezielle Polizeikräfte und Todesschwadronen sollen die schmutzige Arbeit übernehmen. — (med, sie)

nicht bewirkt. Die Zerstörung der vorherrschenden Subsistenzwirtschaft auf dem Lande hat zu einem besseren Zugriff auf die agrarischen Ressourcen geführt, gleichzeitig einen Verfall der für die chinesische Landwirtschaft fundamentalen Be- und Entwässerungssysteme bewirkt. Die Land-Stadt-Wanderung vollzieht sich inzwischen wie überall in der Dritten Welt: Die Zerstörung des sozialen Netzes der ländlichen Kollektive hat die Existenzgrundlagen von zig Millionen untergraben, und die Ersetzung des Bezugssystems von Grundnahrungsmitteln in den Städten durch den Markt hat eine wesentliche Schranke für den Zuzug in die Städte beseitigt. Mit Geld kommt jeder an Lebensmittel, auch wenn er nicht in Peking wohnen darf.

Die illegale Zuwanderung in die Metropolen Chinas wird inzwischen auf 50 Mio. Menschen beziffert. Die Aussicht auf schnelles Geld lockt vor allem in die Küstenstädte; auf der Insel Hainan —

künftig ein Paradies für ausländische Investoren — gab es kürzlich Kämpfe zwischen Polizei und zugereisten Jugendlichen, die über die bislang mangelnden Geschäftsmöglichkeiten enttäuscht waren.

Für die chinesischen Propagandisten der Wirtschaftsreformen und jetzt der Preisreform sind solche Fehlentwicklungen mehr als aufgewogen durch die unbestreitbare Verbesserung des Lebensniveaus für große Teile der Bevölkerung. Es besteht allerdings Grund zur Annahme, daß die Preisreform hier ansetzen, das Lebensniveau breiter Schichten absenken und gleichzeitig die erhöhte Auspressung von Mehrarbeit erzwingen soll — die Aufgabe einer an „Leistung“ orientierten Reform des Lohnsystems. In einer Studie eines chinesischen Forschungsinstituts wird beklagt, daß der Fleischkonsum in China inzwischen höher liegt als in Japan, daß der Versorgungsgrad mit hochwertigen Konsumgü-

tern wie Kühlschränken, Fernsehern, Videos, CD-Spielern etc. innerhalb weniger Jahre ein Niveau erreicht hat, wie z.B. in Südkorea innerhalb von 20 Jahren. In verschiedenen Artikeln wird die Vernachlässigung der Akkumulation zugunsten der Konsumtion beklagt, während noch vor Jahren die von der maoistischen Politik geprägten höheren Akkumulationsraten denunziert wurden.

Es hat den Anschein, als ob jetzt die Rechnung aufgemacht wird für eine Politik, die zunächst die Zustimmung erkaufte für einen Kurs, der die Fundamente der selbständigen Entwicklung untergräbt. Imperialistische Investoren wie die Weltbank haben diese Rechnung schon angemahnt.

Quellennachweis: Süddeutsche Zeitung, 20.8.88; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Menkhoff/ Jamann: Urbanisierung, Beschäftigungspolitik und Marginalisierung in der VR China 1978-1986. Arbeitspapier Universität Bielefeld 1977 — (wom)

Veröffentlichungen

Wichtige Untersuchung über Struktur der Druckindustrie

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das zur Bundesanstalt für Arbeit gehört, führte eine Untersuchung über die Änderungen in der Beschäftigung in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie durch. Es untersuchte, welche Auswirkungen technische Umwälzungen auf die Beschäftigtenstruktur in der Zeit zwischen 1976 und 1985 gehabt haben, und kommt zu dem Schluß: „Die erheblichen Leistungssteigerungen, die durch die neuen Satz-, Repro-, Druck- und Weiterverarbeitungstechniken möglich geworden sind, haben sich vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre im Zuge des globalen Beschäftigungsabbaus auf den Beschäftigungsstand in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie ausgewirkt. In der Folgezeit, in der vor allem die informationstechnische Vernetzung vorangetrieben wurde, waren die Beschäftigungsveränderungen gering ... Die Berufsstruktur in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie hat sich leicht verschoben. Schriftsetzer, Druckerhelfer und Buchbinder werden weniger beschäftigt, dafür hat sich die Beschäftigung von Druckvorlagen-, Druckformherstellern kräftig ausgeweitet. Die Beschäftigung der Drucker blieb weitgehend unverändert.“ Die Untersuchung enthält Übersichten über Ausbreitung neuer Technologien, Beschäftigung und Beschäftigungsentwicklung, Struktur und Entwicklung der Druckberufe, Ausbildung in den Druckberufen und einen internationalen Vergleich.

Dr. Werner Dostal, Beschäftigungswandel in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie vor dem Hintergrund technischer Änderungen; in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 1/88, hrsg. vom IAB — (uld)

Grenzen industrieller Sonntagsarbeit

1895 trat die Gewerbeordnung in Kraft, die in den noch heute geltenden §§ 105a-j das Sonntagsarbeitsverbot regelt. Richardi, Professor für Arbeitsrecht in Regensburg, dokumentiert in seinem Rechtsgutachten ausführlich die Entstehungsgeschichte, denn für die Interpretation der Paragraphen sei auch heute noch wesentlich, von welchen Vorstellungen man sich damals leiten ließ.

Es geht um die Frage, ob sich IBM und andere Firmen zurecht auf § 105c Abs. 1 Nr. 4 GewO berufen, wenn sie Sonntagsarbeit aus „technologischen“ Gründen einführen wollen. Danach ist Sonntagsarbeit erlaubt für „Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeiterzeugnissen erforderlich sind,

sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können“. Richardi verneint diese Frage. Gemeint seien, so eine Regierungsvorlage von 1890, lediglich Arbeiten, die in einer „außerordentlich erheblichen Zahl von großen und kleinen Betrieben“ vorkommen können, in vielen Fällen eine „mitunter nur geringe Zeit“ in Anspruch nehmen und deren Vornahme an Werktagen „ohne unverhältnismäßige Opfer nicht möglich ist“.

Für Betriebe, „welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten“, können nach § 105d GewO Rechtsverordnungen zur Ausnahmerechtsverordnung erlassen werden; sie gibt es bislang für die Stahl- und Papierindustrie. Die Ausnahmegenehmigungen finden ihre Grenzen in Artikel 140 des Grundgesetzes, der den Artikel 139 der Weimarer Verfassung übernimmt: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Die Sonntagsruhe muß zwar nicht für alle gelten; Einschränkungen bedürfen aber der sachlichen Rechtfertigung. Erlaube man einem Betrieb die Sonntagsarbeit, weil er wegen hohen Kapitaleinsatzes nur bei kontinuierlicher Produktion rentabel arbeitet, so wäre das ein Verstoß gegen die Wettbewerbsneutralität. Der Gesetzgeber müßte sie allen



Kapitalistenwunsch: Ausweitung der Sonntagsarbeit wegen technischer Umwälzungen.

Betrieben der Branche erlauben und hätte sie bald in der gesamten Industrie. Das aber verstößt gegen den Verfassungsauftrag, Regelungen zum Schutz der Arbeitsruhe am Sonntag zu treffen.

Äußerst nützlich ist Richardis Untersuchung der Sonntagsarbeits-Bestimmungen im Entwurf der Bundesregierung für ein Arbeitszeitgesetz; in einer vernichtenden Kritik wird unter anderem ihre Verfassungswidrigkeit nachgewiesen.

R. Richardi, Grenzen industrieller Sonntagsarbeit, Bonn 1988 — (wor)

DKP-Autoren zum Parteiaufbau

Die DKP steckt in einer Programmdebatte. Wer sich mit der von „Spiegel“

bis „taz“ geäußerten Häme über die von bürgerlichen Medien konstatierte „Krise der DKP“ nicht zufrieden geben wollte, konnte sich bislang über Gegenstände der Debatte und Lösungsvorschläge daran Beteiligter nur durch die Lektüre der „UZ“ informieren. Dort füllten in unregelmäßigen Abständen teilweise über Monate hinweg Diskussionsbeiträge zu in der DKP offenkundig strittigen Themen die Seiten. Doch selbst dann blieb es für Außenstehende schwierig, die Diskussion richtig zu beurteilen; allzu undurchsichtig war häufig, warum über welche Themen nun gerade jetzt gestritten wurde. Nun ist in der Edition Marxistische Blätter ein Buch erschienen, in dem ein Autorenkollektiv aus 36 DKP-Mitgliedern zu Fragen von Programmatik und Parteiaufbau Stellung bezieht: „Klasse, Demokratie, Aktion — Arbeiterpartei und Organisation in den neunziger Jahren“. Zumindestens umrißhaft werden hier verschiedene Punkte benannt, um die sich die Diskussion dreht. Eine Kernfrage ist danach, „ob angesichts der Veränderung ihrer sozialen Struktur die Arbeiterklasse heute noch jene Kraft ist, die ihr nach der Auffassung des historischen Materialismus zukommt.“ Und, damit verbunden, „ob denn unter den heutigen Entwicklungsbedingungen die Leninsche Konzeption von der Partei neuen Typus noch gültig sei ...“ Dabei geht es Vertretern solcher Auffassungen weniger um Leninsche Konzeptionen als um die Frage, „was denn heute die DKP von anderen Parteien und Organisationen unterscheidet, wie das Verhältnis von Partei zu Massenorganisationen und Bündnissen sei und was in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heute das Profil der DKP ausmache, worin heute kommunistische Identität bestehe.“

Gegen solche Positionen — wobei deren Vertreter nicht zu Wort kommen — nehmen die Autoren Stellung. Für sie ist unstrittig, „daß auch heute die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftliche Kraft für eine Wende zu Frieden und Abrüstung, für demokratischen und sozialen Fortschritt und schließlich für eine sozialistische Umgestaltung der BRD ist.“ Die Autoren wehren sich entschieden gegen innerhalb der DKP vorgetragene Auffassungen, eine revolutionäre Arbeiterpartei sei überflüssig. Die Ursachen für die Herausbildung von Vorstellungen, die in der Arbeiterklasse nicht mehr das revolutionäre Subjekt sehen, werden in den „Problemen der Differenziertheit und Differenzierung in der modernen Arbeiterklasse“ gesehen und im steigenden Anteil der werktätigen Intelligenz, was sich auch innerhalb der Partei bemerkbar mache. Trotzdem sehen die Verfasser nicht die Notwendigkeit einer klassenmäßig bestimmten Bündnispolitik gegenüber der werktätigen Intelligenz, sondern halten an der Auffassung fest, sie nähere sich der Arbeiterklasse an. So bleibt denn an Lö-

sungsvorschlägen, um die aufbrechenden Widersprüche innerhalb der DKP zu überwinden, wenig mehr als der Appell, die „Faktoren des Klassenbewußtseins, der Organisiertheit und Diszipliniertheit“ der Arbeiterklasse müßten gestärkt werden.

Kurt Fritsch (Hrsg.): Klasse, Demokratie, Aktion. Arbeiterpartei und Organisation in den neunziger Jahren, Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988, 16,80 DM — (jüg)

Schleyer für Privatisierung der Sendeanstalten

Hanns-Martin Schleyer, CDU-Mitglied und Chef der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, hat für den Medienfachausschuß der CDU ein Thesenpapier vorgelegt, daß Grundlage für die medienpolitische Diskussion in der CDU werden soll. Kernpunkt dieser Thesen ist ein Umbau und die weitgehende Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens. Schleyer fordert: „Der Begriff der Ausgewogenheit ist in Frage zu stellen, wenn eine Vielzahl in- und ausländischer Programme empfangbar ist. Außenpluralität ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn mindestens drei deutschsprachige Programme national empfangbar sind. Dieser Zustand ist mit SAT 1, RTL-Plus, Tele 5 und Eureka heute erreicht.“ Diese These wendet sich gegen die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, nicht nur ein politisch ausgewogenes, sondern auch inhaltlich weit gefächertes Programm anzubieten und läuft auf eine Reduzierung dieser Programmangebote hinaus. Zusätzlich fordert Schleyer ein Verbot der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen sowie finanzielle Unterstützung für Privatsender, die ähnlich umfangreiche Programme wie die öffentlichen Anstalten anbieten. Diese Forderung läuft im wesentlichen auf Senkung der Postgebühren sowie Zahlungen der Empfänger an die Anstalten, die sie per Kabel empfangen, und auf Finanzierung durch Werbung hinaus. Wenn diese aber für den öffentlichen Rundfunk verboten ist, würde dies seine Reduzierung wahrscheinlich auf Schulfunk- und Staatssendungen bedeuten und den Zugriff der Empfänger drastisch einschränken. Die politische Kontrolle über alle Anstalten soll auch in einem — von Schleyer anvisierten — europäischen Rundfunk- und Fernsehwesen erhalten bleiben: Dafür will er eine „unabhängige Aufsichtsinstanz mit einem pluralistischen Versammlungsgorgan“ durchsetzen, die sowohl öffentliche wie private Sender kontrolliert. Darüber hinaus soll ein europäisches Film- und Fernsehkartell geschaffen werden, das der us-amerikanischen Konkurrenz entgegentreten kann.

Hanns-Martin Schleyer, Medienmarkt der neunziger Jahre; zu beziehen über: Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, 6500 Mainz — (uld)

SPD-Programmdebatte

Die SPD propagiert den Umbau des Sozialstaats

Im Rahmen der Vorbereitung der SPD auf ihren Bundesparteitag in Münster und der Ausarbeitung des neuen Grundsatzzprogramms hat es viel Krach gegeben mit den Gewerkschaften bezogen auf die sogenannte Neuorientierung der SPD in Sachen Wirtschaftspolitik. Eine Reihe von Äußerungen namhafter SPD-Politiker in jüngster Zeit lösten Spekulationen darüber aus, ob es der SPD gar nicht mehr um ihr Grundsatzzprogramm, sondern vielmehr um ein Regierungsprogramm für 1990 oder 1994 geht, das für die FDP akzeptabel ist. Jene Sozialdemokraten, die als hauptamtliche Funktionäre in den Gewerkschaften tätig sind, kommen in immer größere Schwierigkeiten. Sie vermögen die „Wende“ ihrer Partei nicht mehr zu rechtfertigen. Langjährig tätige sozialdemokratische Betriebsräte schalten sich in die Diskussion ihrer Partei ein, und was stellen sie fest? Ihre Wertschätzung ist auf dem Tiefpunkt. In der Partei haben jetzt ganz andere das Sagen.

Zu prüfen ist, ob sich diese schwungvolle „Wende der SPD“ über die Wirtschaftspolitik hinaus auch auf andere Politikfelder, vor allem auf die Sozialpolitik erstreckt. In Vorbereitung auf den Parteitag in Münster erklärte die Bundesgeschäftsführerin der SPD, Anke Fuchs, in ihrem Begrüßungsreferat Ende Mai auf einer Arbeitskonferenz fast beschwörend: „Das Sozialstaatsgebot bleibt für uns Sozialdemokraten verpflichtende Leitlinie unseres politischen Handelns. Der Kampf für die Entfaltung des Sozialstaatsprinzips ist ein identitätsstiftender Teil sozialdemokratischer Po-

litik.“ (1) Die neue Orientierung der SPD hinsichtlich der Sozialpolitik steht unter dem Motto: Umbau statt Abbau. Gemäß dem Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD ist darunter zu verstehen, daß die berufsständischen Abgrenzungen fallen sollen, damit gleiche soziale Tatbestände nicht mehr ungleich behandelt werden. Die Sozialpolitik soll demokratisiert werden durch Aktivierung der Selbstverwaltungsorgane. Darüberhinaus soll sie vorbeugend gestaltet werden, das Gesundheitswesen reformiert werden durch Ersetzung zu kostenträchtiger sogenannter „Apparatedizin“ zugunsten einfacherer Behandlungsmethoden. Wohlbekannte Strategien konservativer Sozialpolitiker finden also teilweise jetzt auch bei der SPD Widerhall einschließlich dem Konzept der sogenannten Selbsthilfe, dem die SPD in ihrem Entwurf ein eigenes Kapitel widmet.

Ungleich wesentlicher als der neue Programmtext der SPD in Sachen Sozialpolitik ist jedoch der Umstand, daß in der parteiinternen Diskussion der Sozialdemokratie und in der Auseinandersetzung mit anderen, vor allem den Gewerkschaften, keinerlei kritische Bilanzierung bisheriger sozialdemokratischer Konzepte in der Sozialpolitik stattfindet. Weder wird offen diskutiert, daß ja bereits seit Mitte der siebziger Jahre, also noch unter sozialdemokratischer Regierung, die konservativen marktwirtschaftlichen und reaktionären Kräfte in Sachen Gestaltung der Sozialpolitik in die Offensive gekommen sind, weder wird eingestanden, daß die Kämpfe ge-



Steinkühler und Rappe als Sprecher der beiden größten Industriegewerkschaften erfolglos gegen die „Wende“ der SPD.

gen den sogenannten Sozialabbau durch die Gewerkschaftsbewegung in den achtziger Jahren ebenso hilflos wie erfolglos geblieben sind. Die von der politischen Rechten geprägten Begriffe wie „Reformillusionen“ oder „Überschätzung des wirtschaftlichen Potentials“ sind im Gegenteil zu Begrifflichkeiten geworden, die auch in der sozialdemokratischen Partei ihre Anhänger gefunden hat.

Angefangen hat die Kette der Streichung der Sozialleistungen gegen das „Anspruchsdenken“ der Arbeiter unter Helmut Schmidt, und zu Ende sein wird es erst dann, wenn man Reformen zugunsten der Ansprüche der Lohnabhängigen durchsetzen will mit und im Zusammenhang der Entwicklung einer politisch selbstbewußten Arbeiterbewegung. Soziale Reformen können den Kapitalismus nicht überwinden. Sie können aber dafür sorgen, daß dem Zwang, die Arbeitskraft unter allen Umständen und zu jedem Preis anbieten zu müssen, entgegengewirkt wird. Und das bedeutet viel.

Warum überprüft die SPD ihre bisherigen Reformansätze und Sozialpolitik nicht unter den Gesichtspunkten des Nutzens für die arbeitenden Menschen, statt lediglich Umbaupläne zu platzieren? Die Gesichtspunkte sind einfach. Sozialpolitische Eingriffe müssen der Herabwürdigung der Arbeitskraft entgegenwirken, sie müssen Gefährdungen und Verschleiß mindern. So nutzen sie was. Hier bekommt der Begriff „vorbeugende Sozialpolitik“ seinen Sinn. In der Praxis machen die sogenannten Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen aber ganz andere „Vorbeugung“. Glanzbroschüren über individuelles Konsumverhalten der Lohnabhängigen (Essen, Trinken, Rauchen) sind die Regel, und das schon seit den siebziger Jahren.

Die politische Arbeiterbewegung kann gleichfalls kein Interesse haben an einer Neuauflage sozialdemokratischer Sozialpolitik, die lediglich ruhig stellen und kontrollieren soll. Zahlungen von Arbeitslosengeld und -hilfe werden üblicherweise mit Auflagen und bürokratischen Schikanen gekoppelt. Ganz davon abgesehen leistet das Sozialhilfesystem nicht mehr als Kontrolle und Verwaltung von Armut.

Sozialpolitik soll demokratischer werden, sagen die Sozialdemokraten. Doch weder Gesundheitsdienste noch Arbeitsvermittlung sind interessenneutral. Wirkliche Demokratisierung ist ohne volle Selbstverwaltung, d.h. ausschließlich durch die Versicherten, nicht denkbar. Dies wird zweifelsfrei immer bedeutsamer, weil die Lebenslage und der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in der BRD wie in den anderen imperialistischen Staaten auch immer mehr von Leistungen staatlicher Art abhängen. Doch sozialdemokratische Modelle der Sozialstaatsverwaltung bringen für die Arbeiter Bürokratie und Schika-

ne, solange die Versicherten nicht selbst ihre Sozialkassen verwalten. Auch die Zweckentfremdung der Gelder der Sozialversicherungen für Konsolidierungsstrategien für den Bundeshaushalt ist keine neue Entwicklung der letzten Jahre. Dies war auch Bestandteil sozialdemokratischer Regierungspolitik in den siebziger Jahren. Die Leistungen, die zum damaligen Zeitpunkt in die Arbeiterhaushalte flossen, konnten von den Sozialdemokraten nicht einmal gehalten werden. Das ist doch die Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Diskussion um den neuen Programmtext zeigt, daß die SPD diese Erfahrungen von Millionen nicht aufzunehmen bereit ist. Im Gegenteil, die jüngsten Äußerungen führender Sozialdemokraten beweisen, daß sie sich Sorgen um die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der BRD. Aus dieser Sorge heraus werden Zugeständnisse bezüglich der Forderungen der Kapitalisten nach mehr Flexibilisierung, Sonntagsarbeit und Öffnung der Tarife gemacht.

Gegenüber den reaktionären Bestre-

jahrelange Erfahrungen mit der sogenannten Vorbeugung müßten doch auch die Sozialdemokraten gelehrt haben, wo die Probleme liegen. Solange die Arbeitsmediziner z.B. und die Sicherheitsfachkräfte nicht jenen gegenüber verantwortlich sind, um deren Gesundheit es geht, bleibt der Erfolg außer in ganz offensichtlichen Fällen aus. Das gilt für Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämter genauso. Und es gilt für die Arbeitsmedizin. Solange die Forschung in diesem Bereich darauf gerichtet ist, Zusammenhänge zwischen Arbeit und Gesundheitsrisiko zu widerlegen, statt offenzulegen, bringt es für die Arbeiter keinen wirklichen Nutzen. Dabei haben die sozialen Krankenversicherungen alle erforderlichen Daten zur Hand. Sie wären in der Lage, betriebliche Gesundheitsgefährdungen zu lokalisieren. Sie dürfen es aber nicht. Sie dürfen im Entscheidungsbereich des Kapitals nicht reinfunkeln. Was bleibt? Wohldotierte Beamte für gesundheitliche Aufklärung produzieren in ihren Landeszentralen Glanzpapiere mit Nachweisen



Erfolgreiche Aktionen gegen den Sozialabbau. DGB-Demonstration 1983 in Bonn.

bungen nach Rückverlagerungen der Folgen der Verwertung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten in Folgen, dessen Risiko der Einzelne zu tragen hat, liefert die SPD gleichfalls keine Anhaltspunkte. Wiederum im Gegenteil wird sogar der Versuch unternommen, solche Art Rückführung des Risikos auf den Einzelnen ideologisch als „Selbsthilfe“ zu verbrämen. Ganz und gar wie die Grünen, die diesen Vorgang mit ihrer neuen Mütterlichkeits- und Familienideologie mystisch überhöhen, stehen auch die Sozialdemokraten damit gegen den Grundgedanken der Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Entstehen. Der Grundgedanke war die Solidarität und kollektive Versicherung gegen die Schicksale des Lohnarbeiters.

Ein wesentliches Schlagwort sozialdemokratischer Sozialpolitik ist das der „Prävention“. Das war im übrigen auch im Godesberger Programm bereits der Fall. Nun wird niemand bestreiten, daß vorbeugen besser ist als heilen. Aber

über die Wichtigkeit des Zähneputzens und Schädlichkeit des Rauchens. Oder aber sie veranstalten Ernährungsberatungskurse. Wenn das so bleibt, bleibt die Sache mit der Vorbeugung ein Hohn.

Die SPD legt in ihrem Entwurf für eines neues Grundsatzprogramm großen Wert auf den rechtlichen Anspruch auf soziale Leistungen. Das ist korrekt. Ebenso korrekt wäre es aber, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Diese bestehen bei den Langzeitarbeitslosen, die zu Sozialhilfeempfängern werden, und sie bestehen vor allem in der Altersversorgung. Hier muß dringend eine Mindestrente her, die die Führung eines selbständigen Lebens auch im Alter erlaubt.

Quellenhinweis: (1) Die Zukunft des Sozialstaats — Umbau statt Abbau, Referat von Anke Fuchs vom 25.5.88; Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Irsee, Juni 1986; Grundsatzprogramm der SPD, Bad Godesberg 1959; SPD Jenseits von Godesberg, Distel-Verlag 1985 — (brr)

Gegen NPD-Standgenehmigung durch das Ordnungsamt

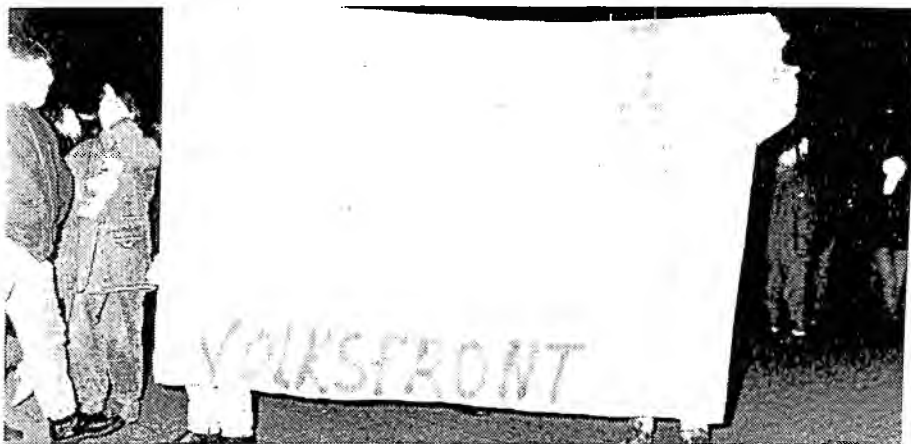
Mannheim. Gegen NPD-Info-Stände richteten sich in der vergangenen Woche kurzfristig mobilisierte antifaschistische Aktivitäten: Vor dem Ordnungsamt der Stadt wurde eine Kundgebung gegen die NPD-Standgenehmigung durchgeführt und in einem Stadtteil wurde eine Woche nach dem NPD-Info-Stand eine Flugblattaktion durchgeführt. Unter der Losung „Keine Duldung faschistischer Propaganda durch die Stadt Mannheim“ wurde auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, daß zum einen der Gemeinderat die Verwaltung angewiesen hat, der NPD weder Räumlichkeiten noch Stellflächen zu genehmigen, zum anderen der Ordnungsamtsleiter dies dennoch macht, da die NPD eine legale Partei sei. Zwar führt die Stadt Mannheim, nachdem das Regierungspräsidium gegen den Beschluß der Stadt Widerspruch erhoben hat, einen Prozeß, dieser ist jedoch noch vor dem Landesverwaltungsgericht anhängig. Vertreter von SPD, DKP und Grüne sowie der DGB-Vorsitzende und der Geschäftsführer des Stadtjugendrings wurden angesprochen und sagten auch zu, gegenüber dem OB und der Verwaltung tätig zu werden. — (tht)

Protest gegen § 218-Jagd

Stuttgart. Der Frauenausschuß der IG Metall Stuttgart protestierte bei der Staatsanwaltschaft Memmingen gegen das Verfahren gegen den Memminger Arzt Dr. Theissen: „Mit großer Empörung hat der Bezirksfrauenausschuß des IG Metall-Bezirks Stuttgart davon Kenntnis erhalten, daß sie z. Zt. ein Verfahren gegen den Memminger Arzt Dr. Theissen betreiben und bereits über 130 Frauen und über ein Dutzend Ehemänner oder Partner verurteilt und damit kriminalisiert haben. Herr Dr. Theissen soll wegen Verstoßes gegen denn §218 verurteilt werden.“

Der von Ihnen vor dem Landgericht in Memmingen angestrebte Prozeß gleicht einer Hexenjagd auf unschuldige Frauen und einen Arzt, in dessen Praxis Frauen Hilfe und einwandfreie medizinische Betreuung fanden ... Offensichtlich steht hinter Ihrem Tun die bayerische Staatsregierung, die sich seit Jahren für eine Verschärfung des § 218 ausspricht und die soziale Indikation aufheben will ...“

Alle Verwaltungsstellen und die Ortsfrauenausschüsse wurden aufgefordert, Unterschriften gegen das Verfahren „Dr. Theissen“ zu sammeln, für die Einstellung des Verfahrens bzw. Freisprechung des Arztes sowie für die Demonstration am 10.9.1988 in Memmingen, 11 Uhr ab Westtorplatz, zu mobilisieren. (Staatsanwaltschaft Memmingen, Ulmerstr. 2, 8940 Memmingen) — (gba, AGM)



Westberlin. Gegen den Landesparteitag der „Republikaner“ (REP) führten ca. 300 Antifaschisten vor dem durch ein außerordentlich großes Polizeiaufgebot abgeriegelten ICC eine Kundgebung mit anschließender Demonstration in die Innenstadt durch. Die REP haben 16 Kandidaten zu den Abgeordnetenhauswahlen 1989 nominiert und ein Wahlprogramm verabschiedet. — (gug)

Neonazi bleibt Lehrer

München/Nürnberg. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat jetzt die Entscheidung des Ansbacher Verwaltungsgerichts bestätigt, nach der die Stadt Nürnberg verpflichtet ist, den ehemaligen Studiendirektor H.-J. Witsch weiter als Oberstudienrat zu beschäftigen. Der Geschichtslehrer und vormalige CSU-Stadtrat aus Fürth war 1981 vom Schuldienst suspendiert worden, weil er durch neonazistische Thesen den Hitlerfaschismus verharmlost hatte. Die Richter wollten der Stadt Nürnberg nicht folgen, Witsch aus dem Schuldienst zu entlassen, da nicht nachgewiesen sei, daß der Geschichtslehrer seine Auffassungen auch im Unterricht verbreitet habe. Der DGB hat das Urteil mit Hinweis auf „eine Verzärtelung von Rechtsradikalen durch die Justiz“ kritisiert. Die Israelitische Kultusgemeinde hielt die Entscheidung gerade in Anbetracht der 50. Wiederkehr der Reichsprognostik für „besonders bedauerlich“. — (ola)

Brasilianer klagen Konzernpolitik an

Stuttgart. Brasilianische Gewerkschafter von Mercedes Benz und Bosch do Brasil besuchen zur Zeit Stuttgart und Mannheim. Sie sind Mitglieder der Fabrik-Kommissionen und organisieren die Metall-Arbeiter in der Gewerkschaft CUT. Bei Daimler-Benz Untertürkheim wurden die Gewerkschafter immerhin vom Betriebsrat empfangen und eine kurze Betriebsbesichtigung war möglich. Bei Bosch verbot ihnen der Geschäftsführer Günter Bensinger Betriebsbesuche. Die Märchen vom sozialen Engagement und den zufriedenen Arbeitern der westdeutschen Konzerne wurden von den Gewerkschaftern gründlich zerstört. Zum Beispiel sei die Versorgung der In-

dios im Bosch-Werk Manaus ausgesprochen mangelhaft, obwohl die Firma vom brasilianischen Staat zu einem guten Essen verpflichtet wurde. Gewerkschaftsarbeit sei bei Bosch nur geheim möglich, als Untergrundarbeit. Aktivisten werden, sobald sie bekannt sind, gefeuert. — (ros)

Kein Geld für Notlagen-Abtreibungen

Augsburg. Die Sozialhilfeverwaltung des Bezirks Schwaben, die für Flüchtlinge die Krankenversicherung trägt, weigert sich, diesen eine Abtreibung zu bezahlen. Diese Entscheidung basiert auf einer Absprache der Sozialhilfeverwaltungen der bayerischen Bezirke, daß Ausnahmen nur „in begründeten Einzelfällen“ möglich sind — darunter fallen aber nicht die „unsicheren Lebensbedingungen oder die beengten Wohn- und bescheidenen finanziellen Verhältnisse“. Die Behörden wollen also zu dem Beratungsnachweis und der Bestätigung der Notlagenindikation noch eine dritte Aufsicht bilden. „Der Bezirk steht zur Aktion Leben“, heißt es. Und wenn die Mutterschaft erzwungen ist, geht die Aktion als Angriff auf die Lebensbedingungen von Asylsuchenden weiter. 60 Mark im Monat Taschengeld hat eine betroffene Frau in ihrer Sammelunterkunft. Wie soll sie da eine Abtreibung bezahlen? „§ 218a verpflichtet uns, die Notlage zu beheben“, erklärt der Bezirkstagspräsident Dr. Sinnacher. Doch das Gegenteil wird praktiziert, enthüllten die Frauenbeauftragte der Stadt Augsburg und die zwei SPD-Mitglieder im Bezirks-Sozialhilfeausschuß: Schwangere Asylbewerberinnen erhalten aus der Landesstiftung Mutter und Kind künftig nur noch Sachleistungen, die Barleistung wird gestrichen. Auch für einen dringend nötigen Kindererholungsurlaub einer Asylfamilie werden Hilfen verweigert. — (baf)

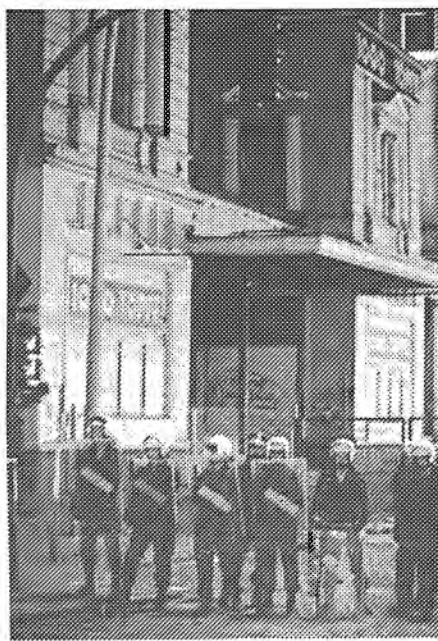
Standortpolitik

Hamburger Stadtteile werden „Ambiente“ getrimmt

Hamburg. Auf was kann die Hamburg-Werbung, deren Aufgabe es ist, Hamburg als „Weltstadt“, als „Tor zur Welt“, interessierten Kreisen schmackhaft zu machen, zurückgreifen? Auf den Hafen, auf den Hamburger SV, auf die Reeperbahn in St. Pauli und seit ein paar Jahren auf das Operettenhaus, in dem der Standortknüller „Cats“ die Millionenbesuchergrenze überschritten hat. Den Hafen hakt man mit einer Hafenrundfahrt ab. Der HSV ist auch nicht mehr das, was er mal war. Die Reeperbahn riecht nach Nepp. Und selbst der „Cats“-Besucher steht vor der freizeitpolitischen Frage, wohin, um sich noch

SPD, CDU und FDP total einhellig für die Errichtung dieses Musicaltheaters ausgesprochen. Warum?

Im Wettkampf der Städte, den Kapitalisten einen möglichst billigen und mit der notwendigen Infrastruktur versehenen Standort zu offerieren, drängen ansiedlungswillige Kapitalisten auch darauf, ein entsprechendes Angebot für die Mühe ihrer höheren Angestellten von der Stadt zur Verfügung gestellt zu bekommen, damit diese auch richtig funktionieren. Deren Zahl ist beachtlich; schon jetzt liegt die Zahl der Erwerbstätigen mit Abitur bzw. Hochschulabschluß in Hamburg und Umgebung weit



einen Drink zu genehmigen? Es mangelt also am „Ambiente“, zumal der Bekanntheitsgrad der „Hafenstraße“ alles andere als Werbung im Sinne der Väter der Standortpolitik ist.

Der Hamburger Senat plant deshalb seit Anfang der 80er Jahre umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in Teilen der Hamburger Innenstadt. In diesem Zusammenhang steht auch die Entscheidung, das ehemalige Flora-Theater an den „Cats“-Produzenten Kurz abzutreten, der dort ein Musicaltheater errichten will. Kurz wird kräftig von den Banken unterstützt. Dem betroffenen Stadtteil (Schanzenviertel) steht ein Besucherstrom von täglich 2000 ins Haus. Gegen diese Entscheidung gibt es zum Teil sehr heftigen Widerstand vonseiten der Bevölkerung, der solch einen Umfang hat, daß auch überregionale Blätter wie die FAZ orakelten: Kommt sie nun, die zweite Hafenstraße, oder nicht? Hingegen haben sich aber die Standortparteien

über dem Bundesdurchschnitt, und der Anteil wird mit der weiteren Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen noch weiter zunehmen. Da die höheren Angestellten aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit einen größeren Freiraum in ihrer Reproduktion haben, muß Hamburg als Standort also was bieten: Theater, Restaurants, Lokale, Boutiquen usw. Bislang mangelt es an einem solch ein Publikum zielenden Amüsierviertel. Dies soll sich mit der Sanierung von St. Pauli und dem Schanzenviertel ändern. Im Schanzenviertel ist die Infrastruktur vorhanden, die Gaststätten werden bloß momentan von der alternativen Szene beherrscht. Stadtplaner gehen aber davon aus, daß diese Gaststätten durch Spezialitätenrestaurants ersetzt werden. In St. Pauli müsse man, so hatte es einmal der Ex-Bürgermeister v. Dohnanyi formuliert, weg von der „aggressiven Pornographie“ hin zu einer „angenehmeren verdeckten Erotik“. Wer will,

der kann, wer nicht, soll nicht belästigt werden; das Viertel soll auch für die ganze Familie da sein.

Teile des Widerstandes gegen den Umbau des Flora-Theaters kritisieren solcherlei Sanierungen als Ausrichtung ganzer Gebiete auf die Standortpolitik. So wird argumentiert, daß die Leidtragenden die Bewohner (ca. 12000) sind. Mit dem Musicaltheater würden die Mieten steigen, ärmere Leute so zwangsläufig in andere Stadtteile verschoben. Wohnungssanierungen würden auf reichere Leute zielen. Die Existenz der kleinen Selbständigen sei gefährdet. Andererseits besteht der Widerstand aus Kräften, die die momentanen Verhältnisse aus ihrer Lebenslage heraus romantisieren; das Neben- und Miteinander von armen Leuten, vor allem Ausländern, sowie Studenten und Akademikern sei hier besonders schön und dürfe nicht zerstört werden, deshalb — „Rote Flora für alle“. Solange aber nicht die Ansprüche der ärmsten Schichten auf Verbesserung ihrer Lebenslage (z.B. ordentlicher Wohnungsstandard) zum Ausgangspunkt gemacht werden, ist die Parole „den Widerstand in den Vierteln organisieren“ nur gut gesagt. Und zweitens macht man es dem Senat zu einfach — der sagte ein gefordertes Stadtteilzentrum zu, wohlwissend ob der Leute, die da kommen werden. — Das riecht nach Integration der alternativen Szene in die sanierten Standortviertel, aus denen die Armen wegsaniert wurden. Für St. Pauli herrscht jedenfalls schon jetzt ein Zugstopp für Ausländer. — (stg)

Neues Asylgesetz geplant 4,5 qm Wohnraum für Flüchtlinge

Mannheim. Die Landesregierung von Baden-Württemberg plant ein neues „Asylbewerber-Unterbringungsgesetz“, mit dem die Ausgaben für Flüchtlinge um 18 Mio. DM gesenkt werden sollen. Die Kernpunkte sind folgende: Asylbewerber sollen nur noch 80% der Sozialhilfe bekommen. Die Kommunen sollen die Unterbringungskosten nur in der Höhe erstattet bekommen, die „sich bei Zugrundelegung einer Unterbringung der Asylbewerber ergibt, die der in staatlichen Wohnheimen entspricht“ (aus dem Gesetzentwurf). In staatlichen Wohnheimen gilt die Regel, daß die Asylbewerber in sog. „Gemeinschaftsunterkünften“ 4,5 qm Wohnraum haben (ein Hund braucht laut Tierschutzgesetz 12 qm). Die Sozialhilfe wird auf die Kosten des Heimplatzes und einer vollkommen mangelhaften „Gemeinschaftsverpflegung“ angerechnet, so daß für den Flüchtling nur noch 72 DM Taschengeld im Monat bleibt.

Mit diesem neuen Gesetz will die Landesregierung alle Gemeinden dazu brin-

gen, Asylbewerber in Sammelagern oder in Wohncontainern zusammenzupferchen. Als Vorbild dient die „Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber“ in Karlsruhe, wo Stacheldraht um das Sammelager herumgezogen ist. Bei einem Pförtneringang mit Drehtür muß sich jede Person ausweisen. Ständige Polizeirazzien sind die Regel.

Bis Anfang nächsten Jahres soll das Gesetz rechtskräftig sein. Inzwischen will das Ordnungsamt der Stadt Mannheim schon im Vorgriff des neuen Gesetzes die städtischen Asylwohnheime mit der zwei- bis dreifachen Zahl wie bisher belegen. Die Bewohner eines Asylwohnheimes, in dem statt wie bisher 80 nun 160 bis 240 Flüchtlinge zusammengepfercht werden sollen, haben einen Protestmarsch zum Ordnungsamt durchgeführt und einen Protestbrief an den Oberbürgermeister geschrieben. Die „Initiative Freie Flüchtlingsstadt Mannheim“ will jetzt eine Kampagne gegen die Sammelager für Flüchtlinge und gegen das geplante Gesetz beginnen. In einer Presseerklärung heißt es:

„... Während die Bundesregierung für jeden Spätaussiedler aus Rumänien 8000 DM zahlt, werden die bundesdeutschen Grenzen beispielsweise für Flüchtlinge aus dem Irak verschlossen; einem Land, in dem Menschen mit Giftgas ‚Made in Germany‘ wie Ungeziefer vergast werden ...“ — (scr)

Antifaschistische Konferenz Wahlen 1989 und Reichspogromnacht

Essen. Am 17.9. findet in Essen die 9. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt. Seit 1984 gibt es solche Landeskongresse, sie sind inzwischen zu einem recht stabilen Instrument antifaschistischer Bündnispolitik geworden. Bei den letzten beiden Konferenzen nahmen jeweils 150 bis 200 Leute teil. Die Konferenz in Essen wird von den Landes- bzw. Bezirksorganisationen von VVN/BdA, DKP, SDAJ, Volksfront, VSP, BWK, Grünen, Jungdemokraten und der Landesschülervertretung unterstützt, örtlich auch vom türkischen Arbeiterverein ETID, den Falken und den Jusos.

Neben dem Eröffnungs- und dem Abschlußplenum sind insgesamt zwölf Arbeitsgruppen geplant. Ein Teil der Arbeitsgruppen soll dem wachsenden Interesse von Schülern, Auszubildenden und anderen Jugendlichen an antifaschistischer Arbeit Rechnung tragen und auf ihre Bedürfnisse eingehen.

Ein zweiter Schwerpunkt werden die Europa- und die Kommunalwahlen in NRW 1989 sein. Dabei wird es zunächst darum gehen, wie faschistische Kandidaturen verhindert werden können. Die Arbeitsgruppe „Die Hauptkräfte des

Neofaschismus im Aufwind“ soll einen Beitrag zur Verbesserung der Kritik an NPD und DVU leisten. In zwei weiteren Arbeitsgruppen geht es um die ÖDP, deren Beurteilung sehr umstritten ist, und spiritualistische und naturreligiöse Ansätze der „Neuen Rechten“.

Ein dritter Schwerpunkt wird durch Arbeitsgruppen wie „40 Jahre BRD“ — Reaktionäre Kampagne der Bundesregierung zum Jahrestag des Grundgesetzes“ und „Gegen die weitere Entrechtung von Ausländern — Für gleiche politische und soziale Rechte!“ gesetzt. Eine Arbeitsgruppe befaßt sich mit Zwangsarbeit unter dem Nazi-Regime, an der in Essen vor allem Krupp verdiente, und dem Ende 1987 vom Bundestag verabschiedeten Entschädigungsgesetz.

Auf Grundlage der Diskussion in den Arbeitsgruppen soll im Abschlußplenum die Erstellung von antifaschistischen „Wahlprüfsteinen“ zu den Wahlen im nächsten Jahr erörtert werden. Weiter wird es um den Jahrestag der Reichspogromnacht gehen, zu dem die VVN/BdA eine regionale Demonstration in Bonn anstrebt. Mitglieder der Volksfront, der VSP und Autonome kritisierten bei einem Koordinationstreffen, daß diese Demonstration neben der Konferenz in die Wege geleitet wurde und als Aufruf die von einigen „Persönlichkeiten“ unterzeichnete „Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht“ dienen soll. Möglich sein müßte jedoch eine eigene Erklärung der Konferenz.

Gegenüber der Stadt Essen, die für die Nutzung einer Schule zunächst rund 1300 DM Miete kassieren wollte, konnte inzwischen die kostenlose Nutzung von Räumen durchgesetzt werden. Ein Antrag der GAL/Die Grünen auf weitere politische und finanzielle Unterstützung der Konferenz wurde von SPD und CDU im Hauptausschuß des Rates jedoch abgelehnt. Weil die Förderung antifaschistischer Arbeit durchaus eine kommunale Aufgabe ist, werden andere Möglichkeiten gesucht, die Stadt in die Pflicht zu nehmen. — wof)

DVU-Liste D

„Erst Deutschland, dann Europa“

München. Das Ziel aller Anstrengungen der Deutschen Volksunion (DVU) — Liste D sei es, bei der Europa-Wahl im Juni 1989 die Fünf-Prozent-Hürde möglichst weit zu überschreiten, so Gerhard Frey jun. auf einer Versammlung der DVU-Liste D Anfang August in München. Angestachelt durch den Erfolg in Bremen und Bremerhaven im letzten Jahr werde man mit einem ebenso „großartigen Wahlkampf“ ins Europaparlament einziehen. Um zur Wahl antreten zu können, werden bzw. wurden in der ganzen BRD und in Westberlin

Orts- und Kreisverbände der DVU-Liste D gegründet. Warum die Teilnahme wichtig und der Erfolg sicher sei, dafür machten er und ein weiterer Redner, Heinrich Gerlach, die „gegenwärtige bundesdeutsche Politik“ verantwortlich. Es gäbe keine Außenpolitik für deutsche Interessen, was am Beispiel Rumänien deutlich werde. Es gäbe in der BRD keine Bevölkerungspolitik, das Defizit an Deutschen werde mit Ausländern aufgefüllt, es gäbe „einen Sterbeüberschuß der Deutschen, einen Geburtenüberschuß der Ausländer, mehr als 100000 Asylbewerber in jedem Jahr und die grausame Realität von 250000 Abtrei-



Über 6000 Faschisten treffen sich in der Passauer Nibelungenhalle.

bungen jährlich“. Es gäbe keine aktive Wiedervereinigungspolitik. Stattdessen werde der europäische Bundesstaat angestrebt. Weiter gehe das Vertrauen der Bevölkerung zu den Regierungsparteien durch deren Skandale (Flick, Barschel, Flugbenzin etc.) gegen Null. Die DVU-Liste D dagegen werde als Gemeinschaft aller Nationalen und Patrioten im Europaparlament deutsche Interessen vertreten: „Solange der Zustand des geteilten Vaterlandes so ist, wie er ist, werden wir uns um Deutschland in allererster Linie kümmern“.

Eröffnet werden soll der Europawahlkampf am 18.9.1988 mit einer Großveranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle. Diese Veranstaltung wird von der DVU seit 1982 jährlich durchgeführt. Sie ist mit rund 6000 Teilnehmer die größte faschistische Veranstaltung Mitteleuropas.

Wie bereits in den letzten Jahren wird die antifaschistische Bewegung auch dieses Jahr wieder eine Demonstration gegen die patriarchalen, nationalistischen und imperialistischen Inhalte der DVU durchführen. Ein breites Bündnis, in dem u.a. Gewerkschaften, SPD, Grüne, DKP, VVN, rev. Sozialisten und Autonome vertreten sind, ruft dazu auf. — (ror)

IWF/Weltbank-Tagung

Stand der Vorbereitungen dies- und jenseits der Klassenfront

Westberlin. Vom 27.-29.9.88 tagen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in Westberlin. Da solch eine Tagung von Imperialisten berechtigte Kritik und Widerstand begleiten werden, ist deren Unterdrückung integraler Bestandteil der Organisation und Durchführung dieses Kongresses. Die politische Breite der IWF-Kritiker und -Gegner erfordert von seiten der Staatsmacht ein differenziertes Vorgehen und stellt den Staatsapparat zudem vor das unlösbare Problem, eine solche imperialistische Mammutveranstaltung ungestört über die Bühne zu bringen.

Was die politische Differenzierung angeht, preschte der Westberliner SPD-Vorsitzende Momper vor; er for-

alle Maßnahmen ergreifen, um Schaden von Berlin abzuwenden. Falls es notwendig sein sollte, bestimmte U-Bahnlinien zu sperren, dann werden wir es tun.“ Zudem kündigte Kewenig an, gegen die „Autonomen“ die berüchtigte EbLT (Einsatzbereitschaft für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training) einzusetzen, ganze Stadtteile abzuriegeln, und läßt zusätzlich 2500 Polizeibeamte einfliegen, um die IWF-Gegner so weit wie möglich von Protestaktionen abzuhalten. Unterstützt wird er hierbei von Generalbundesanwalt Rebmann, der sich schon vor Monaten vom BGH die Genehmigung geben ließ, nach eigener (also willkürlicher) Entscheidung der Polizei an allen ihr genehmen Punkten



Kämpfende Frauen in Seoul

derte alle „friedlichen“ IWF-Kritiker auf, sich organisatorisch, räumlich und zeitlich von den „nicht friedlichen“ Gegnern zu trennen. Da der IWF und die Weltbank soziale Verantwortung trügen, lehne er den IWF nicht generell ab, im Gegenteil, er begrüße, daß diese Institutionen nach Berlin kommen. Die Berliner SPD werde sich nicht an Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Tagung beteiligen. Angesichts dieser Verlautbarungen zeichnet sich eine Arbeitsteilung der bürgerlichen Parteien zur Verhinderung massiver Proteste und Widerstands ab. Die SPD will mit den „friedlichen Demokraten“ den IWF kritisieren und ihnen das Konzept der Sozialistischen Internationale empfehlen; deshalb findet auch eine Sitzung von deren „Nord-Süd-Arbeitsgruppe“ statt. Sie betreibt die politische Spaltung, die CDU knüpft daran an und betreibt die Kriminalisierung der IWF-Gegner. Dazu ihr Innensenator Kewenig: „Wir werden

„Kontrollstellen“ zu errichten. Dort muß sich jede/r ausweisen und durchsuchen lassen, die anfallenden Daten werden zwecks „Schleppnetzjagd“ u.a. gespeichert. So werden die Grenzübergänge zur DDR — am 26.8. am Anhalter Bahnhof geprobt — in solche „Kontrollstellen“ umbenannt. Weitere mögliche Maßnahmen sind umfassende Anwendung des ASOG (Allg. Sicherheits- u. Ordnungsgesetz) und des § 129a (rechtlich reicht schon das Verteilen von Flugblättern mit „brisantem“ Inhalt, um nach dem Konstrukt der „Strafbarkeit der Nichtanzeige einer geplanten oder in Ausführung begriffenen Straftat nach § 129a“ in den Knast zu wandern).

Die Rote Hilfe hat darauf hingewiesen, daß neben den oben beschriebenen Maßnahmen die Unterdrückung jeglichen Informationsaustausches wie das Verbot und die Beschlagnahme von Flugblättern und Zeitungen, „Besetzung“ von Infoläden und plötzlicher

„Ausfall“ von Telefonleitungen möglich ist. Diese Prognose ist keineswegs unrealistisch.

Dieses Ausmaß der Repression ist ein Schwerpunkt, der die Opposition Rechnung tragen muß — gleichrangig mit der politischen Auseinandersetzung mit dem IWF. Die IWF-Gegner sind trotz zahlreicher Aktivitäten diesen Anforderungen nicht gewachsen.

So planen AL, SEW und Entwicklungspolitische Gruppen einen Gegenkongress mit Tribunal. „Neu“ daran ist lediglich die „prominente Besetzungsliste“; was dabei außer einer Verurteilung der bisherigen Politik des IWF und der Forderung nach Schuldenstreichung herauskommen soll, ist unklar. Es offenbaren sich die Schwächen dieser Kräfte: Mangelnde Kritik des BRD-Imperialismus, mangelnde kontinuierliche Mobilisierungsfähigkeit des eigenen Anhangs. DGB-Gewerkschaften beteiligen sich an Diskussionsveranstaltungen und rufen z.T. zum Gegenkongress auf, kirchliche Gruppen führten ein „Ökumenisches Hearing“ durch.

Die Autonomen grenzen sich von diesen Planungen bewußt ab. An der gemeinsamen Demonstration (AL u.a.) am 25.9. beteiligen sie sich nicht und rufen zu einer internationalistischen Demo am Donnerstag auf. Sie beschlossen zusammen mit anderen, antiimperialistisch orientierten Gruppen eine „Aktionswoche“ vom 26.-29.9., deren Tage jeweils unter einem Thema stehen. Montag: Frauenarbeit (Aktionen vor Adler, Siemens); Dienstag: Bevölkerungspolitik, Rassismus, Sexismus (Demo vor Schering, Flughafen Tegel); Mittwoch: Profit, Elend, Banken, Konzerne (Spaziergänge zu Börsen, Banken, KaDeWe); Donnerstag: Internationalismus und Widerstand.

Eine Spaltung der IWF-Gegner ist jetzt bereits abzusehen. Eine Isolierung der Autonomen, seitens der Reaktion kräftig geschürt, ist beabsichtigt. Dem setzen SEW und AL nichts entgegen, weil sie in der Wahlkampfezeit September nicht mit den „Chaoten“ in Verbindung gebracht und die Autonomen nicht als „Wahlkampfhelfer“ mißbraucht werden wollen.

Ein hoffnungsvolles Projekt ist die Herausgabe einer täglichen Massenzeitung während der Tagung, getragen von einem breiten Bündnis revolutionärer Kräfte (u.a. der Volksfront), die diese Zeitung vor Betrieben, Schulen und Bahnhöfen verteilen. Aktuelle Berichterstattung, aber auch grundlegende Artikel zu den jeweiligen Themen der Tage sind beabsichtigt. Es soll über *alles* berichtet werden, ohne Gewaltdiskussion. Damit die Bewohner der Stadt Westberlin und in der BRD erfahren können, erfahren, was wirklich in Westberlin los ist. (Zu beziehen über GNN Westberlin, Czerniskistr. 5, 1/62, ab 25.9.)

— (FAU/R—WB)

„Integration“

Schulentwicklung durch STEP?

Bremen. Bildungssenator Franke will mit dem Standortentwicklungsprogramm (STEP) die Entwicklung der Schulen der Stadt Bremen bis 1995 festschreiben. Bei STEP handelt es sich um einen ca. 100seitigen Diskussionsentwurf mit bis auf die Ebene der Ortsteile regionalisiertem Zahlenmaterial. Als Basisdaten für Planungsentscheidungen werden Prognosen über die Entwicklung der Schülerzahlen benutzt. Über STEP hat es schon viele Auseinandersetzungen gegeben, die aber jeweils auf wenige Punkte des Programms beschränkt waren. Deshalb hier zunächst eine Darstellung der wichtigsten Planungen.

Die Sonderschulen für Lernbehinderte (L) sollen vollständig in Grundschulgebäuden bzw. in Gebäuden der Sekundarstufe I mit aufgenommen werden. Integration ist damit aber nicht gemeint, denn die Sonderschulen L sollen als eigenständige Schulen erhalten bleiben. Frankes Konzept eines möglichst kostenfreien Zusammenbringens wird hier festgeschrieben. Daß diese Art von „Integration“ im Bremer Stufenschulsystem erfahrungsgemäß dazu führt, daß die Gymnasiasten und ihr Verhalten auf die Haupt-, Real- und in Zukunft auch auf die Sonderschüler drücken, wird nicht weiter diskutiert.

In der Sekundarstufe I gäbe es damit 1995 27 Schulzentren, die unter ihrem Dach Hauptschule, Realschule, Gymnasium und z.T. auch die Sonderschule für Lernbehinderte vereinigen würden. Neben zwei Gymnasien und drei integrierten Gesamtschulen soll ab 1989 eine vierte entstehen. Für die Hauptschule ist die Einführung des 10. Pflichtschuljahres geplant. Für den Aufbau eines „bilingualen“ Gymnasiums ab 1989 soll eine Schülerschaft ausgelesen werden, die „erfolgreich“ an einem verstärkten Englischunterricht in Klasse 5 und 6 teilgenommen hat.

In der Sekundarstufe II wird bei den Gymnasien von einem starken Rückgang der Schülerzahlen ausgegangen (von 6791 Schüler auf 3719 1995). Aus z.T. elf Schulzentren, acht Gymnasien und neun Berufsschulen sollen bis 1990 dreizehn Schulzentren, vier Gymnasien und sechs Berufsschulen werden. Von den 17 gymnasialen Oberstufen sollen drei geschlossen werden, um „eine Jahrgangsbreite“ von 80 Schülern zu bekommen. Die Schulbehörde hat also scheinbar exakte Berechnungen über die Schülerbewegungen bis 1995.

Andererseits ist erstaunlich, daß im fast 80seitigen regionalisierten Zahlenwerk neben Grund-, Sonder-, Haupt-, Real-, Gymnasial- und Gesamtschülern kein einziger Berufsschüler auftaucht. Bekannt ist nur, daß es zur Zeit 28485



Schüler demonstrieren auf dem SPD-Landesparteitag gegen STEP.

Berufsschüler gibt (davon sind 21678 Teilzeitberufsschüler). Daß diese Mehrheit von Schülern im STEP praktisch nur als Anhängsel der Gymnasiasten behandelt wird, kann man auch feststellen, wenn es anlässlich der Schließung einer gymnasialen Abteilung eines Schulzentrums heißt, daß Berufsschülern auch der Besuch einer Schule in einem weit entfernten Stadtteil „zumutbar“ sei. Gymnasiasten aus dem gleichen Stadtteil soll solches nicht zugemutet werden.

Von der Vorlage des Standortentwicklungsprogramms Anfang des Jahres bis zu den Sommerferien hat es vielfältige Aktionen und Stellungnahmen von Schülern, Eltern, Lehrern, SPD, CDU, FDP, GRÜNEN, Handelskammer u.a. gegen STEP gegeben. — (wjo)

Flüchtlingsrat

Bemühungen gegen Lagerneubau

Karlsruhe. Ohne Landtags- oder Kabinettsbeschuß ist die Planung des ZAST-Neubaus (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) schon fertig. Im Dezember 87 hat der Gemeinderat eine Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen, der die Verlagerung der ZAST an den Stadtrand außerhalb der Wohnbebauung vorsieht, die Landesentwicklungsgesellschaft hat die Baupläne in der Schublade.

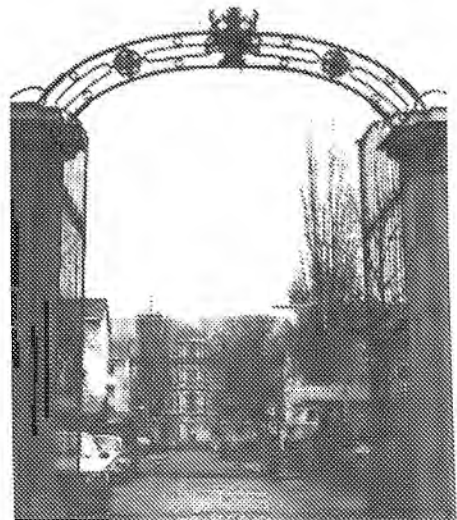
In der ZAST Karlsruhe, einem umzäunten, mit Stacheldraht bestückten Lager für 840 Flüchtlinge, herrscht die staatliche Exekutive uneingeschränkt: Die städtische Ausländerpolizei behandelt alle Flüchtlinge erkennungsdienstlich, nimmt die Asylanträge und ihre Begründung entgegen, ohne Dolmetscher zu stellen, entscheidet über die Folgeanträge im Land und organisiert die Abschiebungen. Die Außenstelle des Zirndorfer Bundesamtes bearbeitet die Erstanträge der Kurden und Iraner. Das städtische Gesundheitsamt macht seuchenpolizeiliche Untersuchungen. Die

vom Regierungspräsidium eingesetzte Lagerleitung schafft Ordnung durch ein Hausmeistersystem, das mit Hilfe kleiner Vergünstigungen Flüchtlinge zur Bespitzelung und Beherrschung ihrer Mitbewohner einsetzt. Die Erstantragsteller müssen die ZAST im Durchschnitt 10 Wochen ertragen, die Folgeantragsteller 4 Monate.

Die Stadt will den Neubau aus zweierlei Gründen: Im Rahmen der Oststadtsanierung wird nebenan das Gottesauer Schloß wieder aufgebaut und ein Park angelegt. Da ist die ZAST ein störender Schandfleck. Außerdem soll der Ausländeranteil der Oststadt gesenkt werden.

Der Flüchtlingsrat hat in Briefen an die Gemeinderäte und in Einwänden zum Flächennutzungsplan die geplante Ghettoisierung der Flüchtlinge kritisiert und nachgewiesen, daß sie keineswegs nur zwei Wochen in der ZAST leben, wie von der Stadt behauptet. Er hat die Raumplanung von 4,5 qm pro Person angegriffen und eine dezentrale Unterbringung verlangt.

In den Gesprächen, die Baubürgermeister, Regierungspräsidium und SPD daraufhin anboten, wurden Schwächen dieser Kritik deutlich: Die Forderung nach dezentraler Unterbringung behandelte das Leben in der ZAST nur als Frage der Wohnform, ohne die Tätigkeiten der Exekutive im Lager anzugreifen. Als die Behörden erklärten, die zentrale Unterbringung sei sachlich nötig, geriet der Flüchtlingsrat unter Begründungsdruck und schwächte seine Position ab: Von ai wurde nun überlegt, ob „Wohnheime“ nicht eine sozialere Wohnform für Flüchtlinge seien, die Grüne Liste erwärmte sich für „kollektive Wohnformen“ als Hilfe gegen den Kulturschock, einige wollten Alternativbauplätze anbieten. In dieser unentschiedenen Situation haben sich jetzt Flüchtlinge an den Flüchtlingsrat gewandt und über ihre grausame Behandlung in der ZAST berichtet. Diese Berichte offenbaren die Absichten der Behörden und erschweren Standpunkte, die sich damit versöhnen wollen. — (bab)



Der Eingang zur ZAST, im Hintergrund das Gottesauer Schloß

Ausländerbeirat

Bündnis für Ausländerinteressen erreicht Zugeständnisse

Elmsborn Am 12.6.88 wurde in Elmsborn (40000 Einwohner, darunter ca. 2500 Ausländer) ein Ausländerbeirat gewählt. Das ist die Folge einer entwickelten Bündnispolitik, die eine bis dahin betriebene Integrationspolitik der SPD zu Zugeständnissen zwang:

Ende '85 einigt sich ein Bündnis von der FIDEF, DIDEF, Volksfront, WGE (grüne Wählergemeinschaft) und Mitglieder des Ausländerprojektes „Arbeit und Leben“, auf Grundlage des „Frankfurter Appells“, den Kampf gegen die örtliche Ausländerpolitik zu koordinieren. Dies bessert die Wirkungsmöglichkeiten der örtlich wenig Mitglieder umfassenden türkischen Arbeitervereine deutlich. Der Aktionsvorschlag des Frankfurter Appells für '86 wird in verschiedenen Punkten zur Frontbildung gegen die Reaktion genutzt: Im Zuge der Kommunalwahlen im März '86 in Schleswig-Holstein koordiniert das Bündnis eine Diskussionsveranstaltung zum Kommunalwahlrecht. Es beteiligen sich die DKP sowie der DGB-Kreisvorsitzende. Die SPD folgt nicht der Einladung. Die Diskussion ergibt verschiedene Ansatzpunkte, die eine Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen für die Forderung nach der politischen und rechtlichen Gleichstellung von Ausländern und Deutschen möglich machen. Der DGB hält eine Kampagne zum Kommunalwahlrecht zu den Landtagswahlen '87 für unterstützenswert und nennt Ansatzpunkte auf Kreisebene. Kurz darauf werden die beiden Vertreter der DIDEF und FIDEF im Bündnis in ihren Asylverfahren abgelehnt. Das Bündnis einigt sich darauf, daß für die Durchsetzung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ein öffentlicher Druck gegen die Ausländerbehörde, mit einem gleichzeitigen Angriff gegen die reaktionäre und rassistische Ausländerpolitik, um auf parlamentarischer Ebene SPD und Grüne zur Unterstützung zu zwingen, entwickelt werden muß. Es wird in der örtlichen und kreisweiten Presse zu dieser Forderung eine Unterschriftenliste mit 100 Erstunterzeichnenden veröffentlicht (Mitglieder und Funktionsträger von Einzelgewerkschaften, Kreis-DGB, der VVN/BdA, Grüne, Jusos, VCP, ai und weitere Initiativen sowie Rechtsanwälte unterschreiben). Der öffentliche Druck wird weiter durch eine kreisweite Veranstaltung in Elmsborn zur Lage der Asylbewerber und dort verabschiedeten Resolutionen an die Ausländerbehörde gefördert. Diese werden durch die Grünen in der örtlichen Kollegiumssitzung und im Kreistag zur Auseinandersetzung ein-

gebracht und mit den Stimmen der SPD gegen die CDU verabschiedet. Aufgrund der durch die rassistische Ausländerpolitik aufkommenden neofaschistischen Aktivitäten und Übergriffe vorort findet sich ein kreisweites Aktionsbündnis von BWK, DGB-Jugend, DKP, DIDEF, FIDEF, weiteren Ausländerinitiativen, Jusos, GAL, GEW, KB, Kreisgrüne, SDAJ, VVN, Volksfront, WGE zusammen. Dieses ruft zu einer kreisweiten Demonstration in Elmsborn Mitte Juni unter der Forderung: „Schluß mit aus-

Die örtliche SPD, die sich offiziell nicht an der Demonstration beteiligt, schlägt dann nach der Sommerpause mit einem Antrag zu: Das Stadtverordnetenkollegium soll eine landesgesetzliche Einführung des Kommunalwahlrechtes nach der Entschließung des Europa-Parlaments bekräftigen, nach fünfjährigem Aufenthalt EG-Ausländern, dann Ausländern, in deren Heimatland auch Deutsche wählen können, und nach Auswertung dieser Selektion irgendwann allen Ausländern das kommunale Wahlrecht



Die Ausrichtung der DGB-ran-Kampagne gegen staatlichen Rassismus durch den Demonstrationsaufzug nützte bei der Frontbildung gegen die Reaktion.

länderfeindlichen Übergriffen und ausländerfeindlicher Politik im Kreis Pinneberg!“ auf. Die Demonstration, an der sich 500 Leute beteiligen, wird in der Presse mit der Forderung nach „gleichen Rechten für Ausländer und Deutsche“ charakterisiert. Die Demonstration kann in ihren Forderungen den Zusammenhang der staatlichen Angriffe gegen die politischen Flüchtlinge und die ausländischen Lohnabhängigen durch die Sondergesetze verdeutlichen. Die veranstaltenden Organisationen stimmen darüber überein, daß bei der Auseinandersetzung um die politische und rechtliche Gleichstellung der öffentlichen Druck insbesondere auch von den ausländischen Lohnabhängigen selbst kommen muß. Die Volksfront greift in diesem Zusammenhang die Unterdrückung eines türkischen Sportvereins bei der Vergabe von kommunalen Geldern sowie bei den Trainingsmöglichkeiten an und vergleicht diese Benachteiligung mit der Diskriminierung von ausländischen Arbeitskräften durch die Sondergesetze. Auf der Abschlusssitzung sind in der Rede des DGB-Vertreters Forderungen für eine kommunale Ausländerpolitik von Bedeutung: Verbesserungen der Wohn- und Arbeitsbedingungen sowie das Kommunalwahlrecht für Ausländer.

zugestehen. Die SPD betont überparteilichen Konsens und geht auf Verständigung mit der CDU, welche mit verfassungsrechtlichen Bedenken herumfuchelt. Auch beim zweiten Teil des Antrages, bis zur landesgesetzlichen Einführung des Kommunalwahlrechtes einen Ausländerbeirat zu bilden, verständigen sich SPD und CDU, daß keinesfalls eine Direktwahl durch die ausländische Bevölkerung zulässig sei, weil sonst „bestimmte Volksgruppen unterdrückt würden und Türken dieses Gremium majorisieren würden“, so die CDU-Fraktion. Die Sache wird an den Sozialausschuß verwiesen. Dieser soll mit der AWO-Ausländerberatung und dem Vorstand der Ausländerbegegnungsstätte, durch die die SPD seit ein paar Jahren ihre Integrationspolitik entwickelt, über die Ausgestaltung des Beirates verhandeln. Die bis dahin betriebene Bündnispolitik mit diesen Kräften läßt diese zögern, sich auf Verhandlungen mit der Stadt einzulassen. Stattdessen findet eine Einigung mit dem Bündnis statt. Ein Satzungsentwurf für den Beirat mit folgenden Forderungen ist das Ergebnis: Alle Ausländer, die länger als drei Monate in der BRD und über 18 Jahre sind, können sich an einer Direktwahl beteiligen. Der Ausländerbeirat soll Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen, Anhörungs-

pflicht bei allen betreffenden Themen, einen eigenen Haushalt sowie eine Geschäftsführung, bezahlt nach BAT, besitzen. Zur Forderung nach der Direktwahl wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Der Druck auf die Stadt, sich dazu zu verhalten, steigt. Die Auseinandersetzung konzentriert sich auf die finanziellen Forderungen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung bildet sich ein Arbeitskreis Ausländerbeirat aus zum großen Teil integrierten Ausländern. Dieser zeigt mehr Verhandlungsbereitschaft in den strittigen Fragen. Es findet eine erste Informationsveranstaltung statt, in der dieser Arbeitskreis eine politische Forderungsplattform veröffentlicht (siehe Kasten). Zu dieser Veranstaltung werden alle in Elmshorn lebenden Ausländer schriftlich eingeladen. Es beteiligen sich 200. Der Beitrag des Ausländerbeiratsvorsitzenden aus Kassel stärkt die strittigen Forderungen und unterstützt eine Direktwahl sowie das aktive und passive Wahlrecht für Asylsuchende. Die weiteren Verhandlungen

mit der Stadt werden jetzt vom Arbeitskreis Ausländerbeirat geführt. Das Bündnis kann nicht mehr direkt in die Auseinandersetzung eingreifen. Die Stadt versucht, die Verhandlungen zu verschleppen. Eine weitere Informationsveranstaltung Ende '87 mit weitaus geringerer Beteiligung läßt keine Diskussion mehr zu, da Wahlordnung und Satzung durch den Sozialausschuß beschlossen sind. Nachdem die Stadtvertreter bestätigen, daß bei der verabschiedeten Satzung weder Antrags-, Reden- noch das Recht, Beiträge auf den Kollegiumssitzungen vorzutragen, genehmigt ist, äußert sich eine türkische Teilnehmerin: „So wie ich das hier sehe, hat der Ausländerbeirat für uns nur Pflichten und keine Rechte.“ Für seinen Haushalt sind von der Stadt 2500 DM eingesetzt worden.

Die Geschäftsführung soll das Sozialamt übernehmen. Zugeständnisse werden in der Forderung nach Direktwahl und dem passiven und aktiven Wahlrecht für Asylbewerber gemacht. Die Wahl wird

aber wiederum herausgezögert und findet dann im Juni '88 statt. Es wird nach nationalen Listen gewählt. Die Wahlbeteiligung liegt bei 12%. Das hat seine Ursachen: Es gibt keine schriftliche Wahlbenachrichtigung, die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen erfolgt durch die Presse. Bei den Wahlvorschlägen und letztendlich gewählten Mitgliedern des Beirates handelt es sich ausschließlich um Nicht-EG-Ausländer. Die bürgerliche Klasse wird in Zukunft ihren gefaßten Beschluß zur Einführung des Kommunalwahlrechtes nur für europäische Staatsangehörige nur noch unter Mißachtung der Auffassung des Ausländerbeirates vertreten können. Da nutzt eine geringe Wahlbeteiligung, an der die Stadt durch Mißachtung der Wahlordnung maßgeblich beteiligt ist, schon sehr viel. Unterdrückung und Einmischung in die kommunalen Beteiligungsinteressen der Ausländer haben hier Methode. Die Auseinandersetzung über den Wahlvorgang ist derzeit noch nicht abgeschlossen. — (dim/arr)

Dokumente zum Ausländerbeirat

Der aus Konkurrenz zum linken „Arbeitskreis Ausländerpolitik“ gegründete „Arbeitskreis Ausländerbeirat“, der aus integrierten und besser gestellten Ausländern besteht, hat „Vorschläge zum Programm und der Forderungsplattform für die Ausländerbeiratswahl“ erarbeitet, die in vielen Punkten durchaus eine Zusammenarbeit möglich machen. Wir dokumentieren Auszüge:

- „1. Forderung von kommunalem und allgemeinem Wahlrecht für ausländische Mitbürger.
2. Anregung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Ausländer(innen) und der Benachteiligung am Arbeitsmarkt.
4. Vorschläge zur Verbesserung der Kindergartenbetreuung ausländischer Kinder.
5. Einsatz für verstärkte schulische Förderung für ausländische Schüler wie Hausaufgabenhilfe, ... und verbesserter muttersprachlicher Unterricht.
9. Initiative zur Verbesserung der Wohnungssituation für Ausländer(innen).
11. Forderung zur Gleichbehandlung ausländischer und deutscher Vereine hinsichtlich der finanziellen Förderung durch die Stadt Elmshorn.
16. Forderung des Niederlassungsrechtes für ausländische Mitbürger.
19. Jedes Jahr sollen einige gemeinsame politische Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, den Parteien der Stadt Elmshorn, Gewerkschaften über demokratische

Rechte und Menschenrechte, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit stattfinden.

22. Forderung der Familienzusammenführung ausländischer Mitbürger.

23. Forderung an die Stadt Elmshorn, initiativ zu werden bei der Landesregierung S-H und bei der Bundesregierung, daß das Ausländergesetz nicht verschärft, sondern humanisiert wird und die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Charta der Menschenrechte gewahrt bleiben.

24. Jeder Ausländer soll das Recht zur Einsicht seiner persönlichen Akte bei der Ausländerbehörde erhalten und das Recht auf Datenschutz, besonders im Hinblick auf die Tätigkeit der Geheimdienste der Heimatländer.

25. Verbesserung der Situation der Asylbewerber und Einsatz dafür ..., daß der Visumzwang ... aufgehoben wird.

26. Forderung an die Stadt Elmshorn,



Ungehinderte Rotationspolitik seit Bestehen des Ausländerbeirates nicht mehr möglich.

sich für das Bleiberecht der Asylsuchenden einzusetzen, deren Anträge abgelehnt wurden, solange, bis Menschenrechte und demokratische Rechte in ihren Heimatländern gewährleistet sind.

In einem Interview mit dem örtlichen Volksfront-Blatt nimmt der Vorsitzende des inzwischen gewählten Ausländerbeirates zur Wahl und zur Forderungsplattform Stellung:

„Vor der Wahl waren im Arbeitskreis Ausländerbeirat große Meinungsverschiedenheiten. Ich weiß nicht, ob die Stadt dieses beim Wahlvorgang ausgenutzt hat. Es gibt viele Fragen für uns: Warum ist gerade zur ersten Informationsveranstaltung schriftlich und zum wichtigeren Wahltermin nicht schriftlich benachrichtigt worden? ... Das Interesse von Ausländern, sich am Ausländerbeirat und an der Wahl zu beteiligen, wurde durch mangelnde Information gebremst. Es ist sich nicht an die Fristen und Regeln der Wahlordnung gehalten worden ...

Die Forderungsplattform ist schon angesprochen, aber noch nicht weiter behandelt worden. Eine der wichtigen Fragen wird sein, wie wir uns mit der AWO und mehreren Gruppen zur Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht einigen können. Wir als gewählte Bewerber für die türkische Liste sind verpflichtet, die Interessen der türkischen Bevölkerung in Elmshorn zu vertreten. Ein wichtiges Interesse ist, gegen die Benachteiligung des Sportvereins Gençler Birliği anzugehen. Es ist meiner Meinung nach ein Verein, an dem viele Ausländer verschiedener Nationalitäten ein Interesse haben.“

SPD „denkt“ nach über Ladenschluß

Karlsruhe. Die SPD-Bundestagsfraktion plant eine Arbeitsgruppe zum Thema Änderung der Ladenschlußzeiten. Geprüft werden sollen die „Erfahrungen skandinavischer Länder mit der Freigabe der Öffnungszeiten“. SPD-MdB Conradi aus Karlsruhe will keine „starren Ladenschlußzeiten“, weil „immer mehr Frauen in Teilzeitbeschäftigung drängen“. Die DAG erklärte, daß damit die SPD zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Einzelhandel beiträgt. Quelle: FAZ v. 25.8.88 — (rub)

Salmonellen durch Personalmangel

Schleswig. Im Juni erkrankten rd. 100 Soldaten der Marinewaffenschule Kappeln an Salmonellen, hervorgerufen durch infizierte Mayonaise mit überalterten Eiern. Das Marineamt Wilhelmshaven weiß nun, woran es liegt: An der ungenügenden Hygiene in den Küchen, bedingt durch einen „nicht mehr relevanten Schlüssel für das Küchenpersonal“. Der Marinearzt forderte dringend personelle Aufstockung des Küchenpersonals, notfalls durch „Um-

Bremen. Gegen die Erhöhung des Regelsatzes für Sozialhilfe um nur drei Prozent protestierten in der Bremer Innenstadt die „Arbeitsgemeinschaft arbeitsloser Bürger“ und die „Solidarische Hilfe“ (Bild). Sie verlangten stattdessen eine Anhebung um zehn Prozent. Unterschriften wurden gesammelt und zusammen mit Widersprüchen der Deputation für Soziales übergeben, einem Ausschuß zur Unterstützung der Bürgerschaft, der sich u.a. aus Vertretern der Sozialverbände zusammensetzt (Quelle UZ). — (gba)

setzung von Gärtnern und Tischlern“. Derzeit muß durch Personalmangel die Nahrungszubereitung immer früher erfolgen, oft fehlt die Zeit zum Händewaschen. Die ÖTV berechnete, daß jede Küchenkraft im Jahr über 300 Std. weniger arbeitet als 1966 — durch mehr Urlaub und kürzere Arbeitszeit. Der Personalschlüssel ist gleichgeblieben. Personal darf nicht aufgestockt werden; freiwerdende Stellen müssen 1/2 Jahr freibleiben. Die Bundeswehrverwaltung wird versuchen, das Salmonellen-Problem „durch ... verstärkte Dienstaufsicht“ in den Griff zu bekommen. — (sah)



Siemens: Gegen Arbeitsplatzabbau

Westberlin. Am 19. August demonstrierten die Belegschaften des Siemens-Wernerwerkgebiets während der Arbeitszeit zum nahegelegenen Verwaltungsgebäude der Siemens AG. Es war bekannt geworden, daß die Firma Verhandlungen mit dem Senat über den Verkauf des Wernerwerkgebäudes aufgenommen hat. Betriebsrat Hoppe aus dem Wernerwerk verwies darauf, daß die Zahl der Siemensbeschäftigten in Westberlin seit 1961 von 42 000 auf 16 200 zurückgeschraubt worden sei. Mit dem Verkauf des Gebäudes würde ein Signal zu weiterem Belegschaftsabbau gesetzt. — (chk)

Reha-Zentrum: Verhandlungen

Bad Honnef. Presseerklärung der ÖTV vom 24.8.88: „Zwischen der Reha-Zentrum Hohenhonf GmbH ... Kassel und der Gewerkschaft ÖTV wurde in den späten Abendstunden des 23.8. eine Vereinbarung getroffen, in der sich die Parteien u.a. verpflichten, Verhandlungen auf der Grundlage des geltenden Tarifrechts der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber für Arbeiter und Angestellte (BAT/BMT-G) aufzunehmen, um die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer des Reha-Zentrums Hohenhonf tarifvertraglich zu vereinbaren. Die Verhandlungen werden am Donnerstag um 10 Uhr aufgenommen. Für die folgende Woche

sind zwei weitere Verhandlungstermine vereinbart worden. Darüber hinaus wird vereinbart, die Arbeitskampfmaßnahmen mit Beginn der Tarifverhandlungen auszusetzen ...“ — (gba, AGG)

Bosch: Überzeit, Personalabbau

Stuttgart. Die Urlaubszeit war bei Bosch die Zeit höchster Ausdehnung der Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter. Allein im Pumpenwerk arbeitete ca. jeder zehnte Arbeiter wöchentlich bis zu 50 Stunden. Zusätzlich arbeiteten noch einmal 10 Prozent bis zu 45 Stunden. In einer Werkstatt (Diseleinspritzpumpen für Baumaschinen und schwere Lkw) hatten von 119 Arbeitern 40 die 50-Stunden-Woche, also jeder dritte. Neueinstellungen gibt es nur befristet, da die Geschäftsleitung Personalabbau betreibt. Sie will die Feuerbacher Belegschaft von derzeit 11 000 auf 8 000 Beschäftigte verringern. — (ros)

In Betriebsräten mehr Ausländer

Köln. Um fast zwölf Prozent auf 7 052 stieg die Zahl der ausländischen Betriebsräte bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1987. Das teilte der DGB mit. Die größten Zuwächse verzeichneten türkische (20,8 Prozent), jugoslawische (16,6%) und italienische Beschäftigte (15,5%). Gleichzeitig ging die Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Ausländer von 1984 bis 1987 um fast fünf Prozent zurück. — (gba)



Südafrika/Azania: Am 21.8. führte in Kapstadt der Gewerkschaftsdachverband COSATU eine Massenkundgebung gegen das geplante neue Arbeitsgesetz durch. Mit dem neuen Arbeitsgesetz, das in zwei Wochen in Kraft treten soll, will das Siedlerregime die wachsende Organisierung der Arbeiterbewegung entscheidend zurückschlagen, gewerkschaftliche Rechte sollen verboten und der feste Zusammenhalt der schwarzen Gewerkschaften mit den Kämpfen der Befreiungsbewegung beseitigt werden. Vor der Stadthalle, in der die Kundgebung (Bild) durchgeführt wurde, demonstrierte das Regime mit einem Massenaufgebot von Polizei seinen Unterdrückungsapparat (Quelle UZ, 23.8.88) — (gba)

Thälmann-Mordprozeß

Aus dem Plädoyer des Nebenklägers

Am 29.8.1988 fällt das Landgericht Düsseldorf das Urteil über den Leiter der Kommandantur-Schreibstube im KZ Buchenwald, W. Otto, wegen der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann am 18. August 1944: Freispruch für Otto. In seinem Plädoyer als Nebenklägervertreter hatte Rechtsanwalt Dr. Hannover am 18.8. die erdrückenden Beweise gegen den Mörder, SS-Stabsscharführer Otto, dargelegt und kritisiert, daß die Justiz der Bundesrepublik eine Anklage Ottos jahrzehntelang verhinderte. Wir dokumentieren Auszüge aus dem umfangreichen Plädoyer. — (gba)

Ein Terroristenprozeß geht zu Ende, der allen Regeln widerspricht, die sich sonst für Verfahren gegen Terroristen eingebürgert haben.

Das Gericht verhandelte in einem Stil, dem wohl von allen Verfahrensbeteiligten ein Höchstmaß an Fairneß, Rücksichtnahme und Gründlichkeit bescheinigt werden muß.

Die Staatsanwaltschaft präsentierte sich frei von jedem Verfolgungseifer.

Und der Angeklagte trug weder Fesseln noch spürbare Gewissenslasten mit sich herum und schaut gelassen dem von der Anklagebehörde für ihn beantragten Freispruch entgegen.

Ein Terroristenprozeß besonderer Art also, der ja auch nicht dem Mitglied einer kleinen, sich als Widerstandskämpfer verstehenden Gruppe aus dem linken Spektrum gilt, sondern dem ehemaligen Angehörigen der größten Terrororganisation aller Zeiten.

Der Mord an Ernst Thälmann war nur einer von vielen Morden, an denen jener Mann auf der Anklagebank mitgewirkt hat

... Heute vor 44 Jahren wurde Ernst Thälmann, Reichstagsabgeordneter und Parteivorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, im KZ Buchenwald auf Befehl Hitlers erschossen. Nur dem Umstand, daß Irma Gabel-Thälmann, die Tochter des populären Arbeiterführers, das KZ Ravensbrück überlebt hat, ist es zu verdanken, daß dieser Mord überhaupt zu einer Anklage geführt hat, die im Wege eines Klageerzwingungsverfahrens herbeigeführt werden mußte. Und was aus dieser von der Staatsanwaltschaft widerwillig erhobenen Anklage geworden wäre, wenn nicht Frau Gabel-Thälmann an diesem Verfahren als Nebenklägerin beteiligt wäre, das kann erlassen, wer vorige Woche das Plädoyer der Staatsanwälte gehört hat. Ihr Antrag auf Freispruch rechtfertigte und krönte die jahrzehntelangen Versäumnisse ihrer Behörde ...

Das Krefelder Urteil und der BGH

Mit Urteil vom 5. November 1985 hatte die 2. große Strafkammer des Landgerichts Krefeld nach gründlicher Beweisaufnahme den Angeklagten Otto der Beihilfe zum Mord an Ernst Thälmann schuldig gesprochen und damit, wie man hoffen durfte, diesem unrühmlichen Verfahren ein rühmliches Ende gesetzt ...

Es blieb dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs vorbehalten, diesen Eindruck zu zerstören. Das Karlsruher Revisionsurteil ... : den Herren paßte das Ergebnis nicht. Man entdeckte die Möglichkeit, daß der Angeklagte in der Tatnacht sich aus dienstlichen oder privaten Gründen nicht im Lager aufgehalten haben und von einem anderen SS-Angehörigen vertreten worden sein könnte. Dem Angeklagten wurde damit ein Verteidigungsvorbringen serviert, auf das er selbst noch nicht gekommen war. Und er bediente sich prompt. Er sei anlässlich seines Geburtstages am 23. August 1944 von seiner Frau besucht worden, sie sei eine Woche lang dagewesen, er wisse nicht mehr, ob vor oder nach dem 23. August, so daß vorsichtshalber ein Zeitraum von 14 Tagen abgedeckt war; er habe sie in einem Hotel in Weimar einquartiert und sie dort jede Nacht

vom Dienstscluß bis zum Wecken besucht ...

Niemand hatte damit gerechnet, daß in diesem ... Ermittlungsverfahren noch neue Beweismittel auf den Tisch kommen könnten. Und eben dies geschah. In Archivbeständen, die pikantesweise lange in bundesdeutschem Besitz geruht hatten, die aber im Rahmen eines Kulturabkommens von der Deutschen Demokratischen Republik übernommen worden waren, fanden sich die Fernschreibbücher des KZ Buchenwald, die detailliert Auskunft darüber geben, wo der Angeklagte sich im Tatzeitpunkt aufgehalten hat, also genau die Frage beantworten, die im Revisionsurteil des Bundesgerichtshofes wohl in der Erwartung aufgeworfen worden war, daß dies nach 44 Jahren nicht mehr werde aufgeklärt werden können. Diese Urkunden hatten nicht das Interesse des ermittelnden Staatsanwalts Dr. Korsch gefunden, der, wie er als Zeuge bekundete, auch im Koblenzer Bundesarchiv Nachsuche gehalten hatte, wo sie bis Ende 1986 bzw. Anfang 1987 gelegen hatten. Nur der gründlicheren und unvergleichlich schnelleren Ermittlungsarbeit der Behörden unseres deutschen Nachbarstaates ist es zu verdanken, daß diesem Gericht Beweisstücke vorgelegt werden konnten, die Herrn Ottos neue Legende widerlegten und jeden Zweifel daran ausschließen, daß der Angeklagte am Tatort ... anwesend war, als Thälmann erschossen wurde.

Der Angeklagte hat die Beteiligung am Thälmann-Mord bestritten. Das Landgericht Krefeld hat ihn gleichwohl für überführt erachtet. Die Urteilsgründe bilden eine zwingende Indizienkette, die auch dieses Gericht sich zu eigen machen sollte. Die Lücke in der Beweisführung, die der BGH gefunden zu haben vermeinte, konnte in dieser Hauptverhandlung geschlossen werden ...

Der Zeuge Zgoda

Auch dieses Gericht könnte, wie es schon in Krefeld geschehen ist, die unmittelbare Tatbeteiligung des Angeklagten, auf die es offenbar dem BGH ankommt, feststellen, ohne dazu des Zeugen Zgoda zu bedürfen. Könnten wir seine Aussagen jedoch als die eines Augenzeugen verwerten, so wäre dies eine Bestärkung der auch auf andere Beweismittel zu stützenden Feststellung, daß der Angeklagte Otto dabei war, als Thälmann erschossen wurde. Denn Zgoda ist der einzige Zeuge, der behauptet, die Akteure am Tatort gesehen zu haben, und Otto als einen von ihnen namhaft gemacht hat ...

Staatsanwalt Dr. Korsch ... hatte, wie es in seiner berühmten Verfügung vom 10. Januar 1964 heißt, „durchgreifende Bedenken“ gegen Zgodas Glaubwürdigkeit.

Dies folgt weniger aus seinen Bekundungen selbst, so fährt Herr Korsch fort, „da die Grundversion der Vorgänge um Thälmanns Tod in sich fehlerfrei scheint und von ihm auch ... in stets gleichbleibender Form wiederholt und teilweise durch andere Zeugen bestätigt worden ist (IV, 987)“.

Aber. Und dann folgen die von bestimmten Zeugen übernommenen berühmten Wertungen als „Kollaborateur“ und „Berufszeuge“, die Herr Korsch noch als Zeuge in dieser Hauptverhandlung zu verteidigen wagte. Und der oft zitierte Satz: „Abgerundet wird das Bild des Zeugen, der heimatloser Ausländer ist, durch die Tatsache, daß er im Jahre 1951 wegen Verteilens kommunistischer Flugblätter in Erscheinung getreten ist (IV, 988).“ ...

Welcher Art die Vorurteilshaltung des Herrn Dr. Korsch gegenüber ehemaligen KZ-Häftlingen war, ist bei seiner Vernehmung vor diesem Gericht peinlich deutlich geworden. „Es saßen in diesen Konzentrationslagern nicht nur edle Menschen. Das ist die historische Wahrheit.“

So Herr Dr. Korsch als Zeuge am 15. April 1988. Da feiert die Infamie der Nazis Auferstehung, die politische Häftlinge mit sog. Berufsverbrechern zusammenspernte und sie damit zugleich moralisch auf eine Stufe stellten ...

Freilich stand Herr Korsch mit seinen politischen Vorurteilen nicht allein ...

Dokumentation der Plädoyer-Auszüge mit freundlicher Genehmigung des Pahl-Rugenstein Verlages. Köln. Der Pahl-Rugenstein Verlag wird in nächster Zeit ein Taschenbuch veröffentlichen mit dem gesamten Plädoyer und anderen Dokumenten des Prozesses.

Die Ideologie der neuen Rechten

Konservative bis faschistische Politik

Seit dem Buch von Reinhard Opitz „Faschismus und Neo-Faschismus“ aus dem Jahre 1984 sind einige weitere Untersuchungen veröffentlicht worden. Opitz hatte die Entstehung der völkischen Richtung einschließlich der Parteibildung der NSDAP und ihren sog. „linken Flügel“ untersucht. Im zweiten Teil war er auf die Entwicklungstendenzen des Neo-Faschismus in der Bundesrepublik eingegangen. Bei der Neuauflage wurden diese zwei Aspekte jeweils als gesonderte Bücher herausgebracht.

In den hier besprochenen Büchern werden die von Opitz beschriebenen Entwicklungstendenzen weiter untersucht. Die Autoren beziehen sich teilweise direkt auf Opitz, behandeln besondere Gesichtspunkte eingehender und stützen somit die bisherigen Erkenntnisse. Die politische Absicht der Verfasser und die untersuchten Aspekte sind jeweils so geschrieben, daß sie einzeln nutzbringend sind, aber im Zusammenhang mit Opitz' Analyse das Gesamtverständnis erleichtert. Die Ausarbeitungen weisen in vielen einzelnen politischen Vorhaben die Verbindung der Ideologie der „Wenderegierung“ und der „Neuen Rechten“ nach. — (ale)

M. Koelschky: Die Stimme ihrer Herren

„Die Ideologie der ‚Neuen Rechten‘ bildet die Brücke zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus bis in die etablierten bürgerlichen Parteien hinein, getragen von dem gemeinsamen Bestreben, unter allen Umständen das uneingeschränkte Privateigentum an den Produktionsmitteln zu erhalten und eine innenpolitische Formierung herbeizuführen, die es ermöglicht, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt wieder aufzunehmen.“ Dieses Zitat faßt eine wesentliche Betrachtung von M. K. zusammen. Die Stärke der Ausarbeitung liegt in dem Nachweis der Großeuropa-Ideologie der alten wie neuen Rechten, wie diese Gedanken von der CDU aufgenommen werden und immer stärker in die Regierungspolitik einfließen. Die Militärachse BRD-Frankreich und das weitere Vorankommen, wie es sich die neue Rechte vorstellt, ist mittlerweile durch die CDU in Angriff genommen worden. Inwieweit die Nationalstaaten bei der Herausbildung eines starken Europas hinderlich sind, dazu hat die neue Rechte ebenfalls viele Ausarbeitungen vorgelegt. Die EG soll 1992 in den „Einheitlichen Markt“ überführt werden. Der Papst setzte sich mit einer „Enzyklika“ für die

Völker Osteuropas ein. Wie der Revanchismus daraus die Lehren zog, ist sichtbar. Solche und ähnliche Beispiele sind zahlreich wiedergegeben.

Der Inhalt ist aufgegliedert in „Grundlagen und Lösungsvorschläge einer erneuerten Rechten“, „Zielvorstellung ‚Nation Europa‘“, „Absicherung nach innen; Nationale Identität“, „Tendenzen der Vereinheitlichung“. In fast jedem Abschnitt wird ein Schwenk zur Europa-Politik gemacht, zu den kriegerischen Absichten und ihrer nationalen Begründung im dem Sinne der „Nation Europa“.

Eine kleine Schwäche der Ausarbeitung liegt in der Leugnung bzw. Verächtlichmachung des Befreiungskampfes z.B. der IRA oder des eritreischen Volkes. Für Leser, die sich neu mit dem Thema befassen, ist es nicht leicht, die Bedeutung der doch recht zahlreichen Zitate zu erkennen. Häufig wird Zitat und Wertung so ineinander verwoben, daß Abschnitte mehrmals gelesen werden müssen.

Pahl-Rugenstein, 1986. ISBN 3-7609-1017-3. 124 Seiten 12,80 DM. — (ale)

M. Feit: „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik

Neben den Ausarbeitungen von Opitz ist diese mit die umfassendste zur Einschät-

zung der alten wie neuen Rechten. Die Autorin nimmt einerseits viele Anregungen von Opitz auf und entwickelt sie weiter, belegt dieses mit weiterem Material und knüpft somit an vorliegende Ausarbeitungen an. Die geschichtliche Herleitung ist sehr kurz gehalten. Die Stellung der NPD bei der Herausbildung der neuen Rechten wie auch die Wandlung und Reaktion der NPD darauf wird angeschnitten. Ein Abschnitt zu Organisationen und Publikationen belegt die Zusammenarbeit und Ergänzung der einzelnen Richtungen in der neuen Rechten. Ideologieschmieden wie z.B. das „Thule-Seminar“ werden in einem Abschnitt gesondert untersucht. Ein sehr ausführlicher Abschnitt befaßt sich mit der Stellung und der Bedeutung des „biologischen Materialismus“. Die Zusammenstellung und Bewertung der „Biologischen Richtung“ innerhalb der neuen Rechten wurde zwar schon des öfteren, wie in den Ausarbeitungen von Jan Peters 1978-80, analysiert, eine Neubewertung und Weiterentwicklung

in der Strategiebildung ist im Zusammenhang mit der Neuformierung der neuen Rechten in diesem Umfang noch nicht erfolgt. In diversen Abschnitten kommt die Verfasserin auf diesen Ansatz zurück. Auch wird auf die Elitebildung unter dieser Betrachtung eingegangen. Die Einbindung der Friedensbewegung wie auch der unterschiedlichen Bürgerinitiativen und der Ökologiebewegung wird jeweils noch mal gesondert behandelt. Manchmal verwirrend ist die Aufzählung der personellen Verquickung innerhalb der neuen Rechten.

Aus welchen Gründen die Republikaner in der Untersuchung ausgespart blieben, ist nicht ersichtlich, zumal sie im Vorwort erwähnt sind sowie auch einige Mitglieder, so der stellvertretende Bundesvorsitzende, E. Schlee, sofern sie bei Tagungen wie z.B. dem „Norddeutschen Forum“ auftraten. Als Einzelwerk gibt es einen sehr guten Überblick.

Campus-Verlag, 1987. ISBN 3-593-33775-4, 240 Seiten 36,- DM. — (ale)



Poul Heinrich Riis-Knudsen aus Dänemark (3. v.l.), „Führer“ der DNSB, pflegt Beziehungen zu den Pedersen in Kollund/DK (SS-Führer) und Sörup/BRD (1., 2. + 4. v.l.), sowie zu Christophersen (Hrsg. von „Die Bauerschaft“), der in Kollund wohnt. R. K. ist „Führer“ des internationalen Neonazi-Verbandes WUNS (World Union of National Socialists). Sein „Nordland-Verlag“ mit Sitz in Aalborg und der „Nordwind-Verlag“ von T. Christophersen (s. S. 31) werden von DK aus betrieben. T. C. wird zu den Altfaschisten gerechnet, die beste Verbindungen zu der „Neuen Rechten“ halten und frühzeitig die Ideologiebildung mitbetrieben. Thora Pedersen, geb. Ruth, zählt zu den frühen jungen Ideologen der „Neuen Rechten“ für das völkische Denken. Sie plädierte 1973 in „La Plata Ruf“, Argentinien, (Hrsg. W. v. Oven, Goebbelssekretär) für Wortneuschöpfungen mit alten Inhalten, so daß diese wieder „hoffähig“ werden.

M. v. Hellfeld: Modell Vergangenheit

Ein Lob vorweg: Der Dokumentarteil ist sehr ausführlich und zeigt die ganze Breite rechten Gedankengutes, vom Neokonservatismus bis zu Rechtsextremismus und Neonazismus. Matthias von Hellfeld, ein Kenner der rechten Szene, hat eine Auswahl von Flugblättern, Reden, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zusammengestellt, mit deren Hilfe rechtsextreme Ideen und Vorstellungen zu bestimmten Themen gut untersucht werden können. Das Buch ist so aufgebaut, daß Hellfeld, bevor er die Dokumente zu dem jeweiligen Thema vorstellt, immer eine Einführung voranstellt. Er erklärt es damit, daß es „kontraproduktiv (wäre), den Dokumenten des Ungeistes eine parasitäre Publizität zu verschaffen. Deshalb ist allen Dokumenten-Abteilungen ein eigenständiger Kommentar vorangestellt, ohne den die Texte im luftleeren Raum stünden.“ „Modell Vergangenheit“ behandelt folgende Themenkomplexe: Rechtsextreme Denkmuster, Jugend und Studentenorganisationen, Deutschlandbilder, Die Nation erwacht, Antisemitismus ohne Juden, Fremdenfeindlichkeit, Militanter Neonazismus. Deutlich wird, daß die Verbindungen der Ideen, Personen und Organisationen zahlreich sind und vor allem, daß es im braunen Sumpf fließende Übergänge gibt zwischen „nur“ konservativ und militant neonazistisch. In der Analyse ist das Buch etwas schwach. Sinnvoll für die politische Arbeit ist es aber allemal, obschon es eine Plackerei ist, sich die (un)geistigen Ausflüsse des braunen Packs anschauen zu müssen. Gut und hilfreich ist auch das sehr ausführliche Sach- und Personenregister.

ISBN 3-7609-1148-X, Pahl-Rugenstein 1987, 393 S. davon 220 Dokumente. 19,80 DM. — (pes)

Rechtsdruck: Presse der Neuen Rechten

Die Verfasser stellten sich die Aufgabe, nicht die Wiederbelebung der Rechten zu erklären, sondern die Publikationen zu analysieren. In der Einleitung wird ein Überblick

über die neue rechte „Szene“ gegeben, warum sie vermehrt nicht mehr in die Unionspolitik integriert wird bzw. daß mit der „Wenderegierung“ rechte politische Inhalte in die Regierungspolitik einfließen. Dem schließt sich ein allgemeiner Überblick über die neue rechte Presselandschaft an, die eine scheinbar gegeneinander konkurrierende Vielfalt auszeichnet. Es wird festgestellt, daß es sich dabei vielmehr um eine Arbeitsteilung handelt und die neuen rechten Gruppen überwiegend alte Gedanken in neue Worthülsen packen. Es folgen die Analysen der einzelnen Druckerzeugnisse. Hier wurde von den Autoren eine Auswahl der ihnen am wichtigsten bzw. für eine bestimmte Richtung am charak-



Thies Christophersen

teristischsten erscheinenden Erzeugnisse getroffen. Die Spanne der Analysen umfaßt die ganze Palette der neurechten Szene (ca. 100 Organe und Organisationen), von der FAP über das Thule-Seminar bis zu den Republikanern. Dieser Überblick macht u.a. die Brauchbarkeit aus. Es wird das jeweilige Organ der einzelnen Gruppen dabei nach Inhalt, Sprache, Aufbau und Zielgruppen untersucht. Zumeist wird auch auf Entstehung der Publikationen hingewiesen sowie auf den Autorenkreis. Es folgt jeweils eine exemplarische Analyse eines Artikels, der zuvor im Original wiedergegeben ist, so daß ein direkter Vergleich Text - Analyse möglich ist. Die Analysen sind leicht verständlich gehalten. Das Buch ist lesenswert und vermittelt einen Überblick über die Pressevielfalt. Zudem enthält es ein gutes Personen-, Publikations- und Organisationsregister sowie Hinweise auf weitere Literatur.

Hrsg.: Siegfried Jäger, Dietz Taschenbuch 1988, 272 S. ISBN 3-8012-3024-4, 19,80 DM. — (rwe)

40 Jahre Grundgesetz

Deutschlandpolitische Legendenbildungen

Wie aus dem Bundesinnenministerium schon vor der Sommerpause zu hören war, will die Bundesregierung anlässlich des 40. Jahrestages der Verabschiedung des Grundgesetzes mit Jubelfeiern Propaganda für verschiedene Teilbereiche ihrer Politik durchführen. Dazu gehört u.a., daß Revanchistenverbände — mit erheblichen Geldbeträgen staatlicherseits ausgestattet — auf Großveranstaltungen für die Einverleibung der DDR, der „Ostgebiete“, der „Sudetengebiete“ usw. Stimmung machen wollen. Schülerwettbewerbe, wie sie in Baden-Württemberg schon lange üblich sind, sollen die Bereitschaft fördern, die „deutsche Frage im Bewußtsein wachzuhalten“.

Seit Zerschlagung des Hitler-Faschismus arbeitet die Reaktion mit deutschlandpolitischen Legenden über die angebliche „Fortexistenz des Deutschen Reiches“, die angebliche Verpflichtung der Siegermächte des zweiten Weltkrieges zur Wiederherstellung dieses Reiches in den Grenzen von 1937 usw. Erst kürzlich bot Baden-Württembergs Kultusminister Mayer-Vorfelder einen ehemaligen Verfassungsrichter auf, um Eltern und Schülern weiszumachen, es handle sich nicht um ehemalige deutsche Ostgebiete, sondern um Teile eines fiktiv fortbestehenden Reiches. (1)

Das folgende soll einige Anhaltspunkte dafür liefern, dieser deutschlandpolitischen Legendenbildung entgegenzuwirken.

Entscheidend für die Behauptung der Reaktion von der Fortexistenz des Reiches in den Grenzen von 1937 ist, daß sie den völker- und staatsrechtlichen Untergang des Deutschen Reiches 1945 bestreitet, von einer Verpflichtung der Siegermächte des zweiten Weltkrieges zur Wiederherstellung dieses Reiches ausgeht und damit die Endgültigkeit und Rechtswirksamkeit der von den Alliierten vorgenommenen Gebietsabtretungen in Abrede stellt.

Wäre diese Auffassung richtig, hätten die Alliierten 1945 den Krieg nach den Bestimmungen der Haager Konvention beenden müssen. Nach der Haager Konvention von 1907 ist die Beendigung des Kriegszustandes möglich durch die sog. *kriegerische Besetzung* des Feindgebietes, durch die die Besatzungsmächte aber nicht die Souveränität über das besetzte Gebiet erlangen. Die Art. 42-56 der Haager Konvention erlauben zwar, den rechtmäßigen Souverän an der Ausübung seiner Staatsgewalt zu hindern, aber nur insoweit, als in Bezug auf die Verwaltung des besetzten Landes ergriffene Maßnahmen der Besatzungsmächte für die Erhaltung und Sicherheit ihrer bewaffneten Kräfte und für die Verwirklichung des Kriegszieles, nämlich den Sieg über den Feind, notwendig sind. Gemäß Art. 43 der Haager Konvention ist die Besatzungsmacht aber verpflichtet, „soweit kein zwingendes Hindernis besteht, die Landesgesetze“ zu beachten. Sie darf z.B. weder das besetzte Land aufgrund politischer Zielsetzungen in neue Verwaltungseinheiten einteilen, noch territoriale Änderungen vornehmen, noch aus solchen Erwägungen heraus in die Gesetzgebung des besetzten Landes eingreifen. Der Status der kriegerischen Besetzung hat also vorübergehenden Charakter. Er dient in der Regel dazu, den Sieg sicherzustellen, um dann in einem Waffenstillstandsabkommen oder in einem Friedensvertrag, der mit der Regierung des besetzten Landes geschlossen wird, die Bedingungen der Sieger festzulegen. (2)

Das tatsächliche Handeln der Siegermächte 1945 aber und die diesbezüglichen Dokumente sprechen eindeutig dagegen, daß der Krieg mit dem Deutschen Reich durch den Status der kriegerischen Besetzung beendet worden ist.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte im Auftrag der Regierung Dönitz, der von Hitler als sein Nachfolger bestimmt worden war, das Oberkommando der Wehrmacht *bedingungslos*. Der Auffassung, diese Kapitulation habe rein militärischen Charakter gehabt, widerspricht schon der Wortlaut des Art. 4 der Kapitu-

lationserklärung: „Dieser Akt der militärischen Übergabe bedeutet keinen Vorgriff auf irgend ein durch oder im Namen der Vereinten Nationen eingeführtes auf Deutschland und die deutschen Streitkräfte als ganzes anwendbares Dokument und würde von einem solchen überholt werden.“ Dieser Wortlaut entspricht der Übersetzung des amtlichen englischen Textes, wie er von P.E. Mosely (1942-46 im Dienst des amerikanischen Außenministeriums und Mitglied der Europäischen Beratern-Kommission, die den Text der Urkunde ausarbeitete) wiedergegeben wird. (3) Mosely berichtet dazu, wie der amerikanische Botschafter in London, Winant, dafür gesorgt hatte, daß diese Bestimmung in die Urkunde aufgenommen wurde. „Dieser Artikel war als allgemeine Ermächtigungsklausel abgefaßt, die die Möglichkeit offenließ, Deutschland zusätzliche militärische und politische Bedingungen aufzuerlegen ... Artikel 4 wurde die Grundlage, auf der die vier Mächte ihre am 5. Juni 1945 herausgegebene ‚Erklärung über Deutschland‘ aufbauten und die oberste Autorität für die Kontrolle und Verwaltung Deutschlands übernahmen.“ (4)

Mosely weist auch daraufhin, was die Nichtaufnahme des Art. 4 für Folgen gehabt hätte: „Zum Beispiel wären bei einer rein militärischen Übergabe die Bestimmungen der Genfer und Haager Konventionen auf unbestimmte Zeit in Kraft geblieben, das würde die Alliierten gesetzlich zwingen, die Gesetze und Einrichtungen des Naziregimes beizubehalten und würde sie daran hindern, die politischen Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, und hätte ihnen im allgemeinen das Recht genommen, eine vollständige Kontrolle über Deutschland auszuüben.“ (5)

In diesen Ausführungen wird schon deutlich, daß es nicht die Absicht der Alliierten war, die Rechtsstellung Deutschlands als Status der kriegesischen Besetzung zu bestimmen, wie sie in den Haager Regelungen vorgesehen ist.

Dönitz hatte dem Oberkommando der Wehrmacht die Vollmacht für die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation erteilt. Die deutsche Seite war sich also völlig im klaren darüber, was sie da unterschrieb. (6) Hinzu kommt, daß nach Unterzeichnung der Urkunde die Regierung Dönitz von den Alliierten abgesetzt und verhaftet wurde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt gab es keine rechtmäßige Regierung Deutschlands mehr. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist das Deutsche Reich völkerrechtlich und staatsrechtlich untergegangen. Denn nach internationalem Recht ist das Bestehen einer unabhängigen Regierung (Staatsgewalt) neben dem Bestehen eines klar umgrenzten Staatsgebietes und einer Staatsbevölkerung unabdingbare Voraussetzung für die Existenz eines Staates.

Dies wird noch deutlicher, wenn man die von Mosely angesprochenen alliierten „Erklärungen in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945 heranzieht. Dort wird festgestellt, daß „es in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde gibt, die fähig wäre, die Verantwortung für die

Aufrechterhaltung der Ordnung, die Verwaltung des Landes und für das Einhalten der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen“. Daher übernahmen die vier Mächte „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“. In der Erklärung wird festgehalten, daß „die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft ... vollständig besiegt (wurden) und ... bedingungslos kapituliert (haben) und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ... nicht länger fähig (ist), sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen“. (7) Das bedeutet, daß der Krieg von Seiten der Alliierten durch die sog. *debellatio*, d.h. die völlige Vernichtung der militärischen Macht Deutschlands und die Eliminierung jeglichen möglichen Widerstands, beendet wurde, wodurch die Übernahme der obersten Regierungsgewalt erst möglich wurde.

Die Alliierten haben damit das Territorium des untergegangenen Reiches unter ihre Souveränität gestellt — mit allen Befugnissen, die ein Souverän dadurch erwirbt. Hans Kelsen hat dargelegt, daß die Alliierten 1945 ein sog. *Kondominium* über das Territorium und die Bevölkerung des ehemaligen Reiches errichtet haben. „Die Rechtsstellung des sogenannten Kondominiums ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß das betreffende Territorium sich unter der gemeinsamen Verfügungsgewalt von zwei oder mehr Staaten befindet, die ihre Souveränität gemeinsam über das Territorium und seine Bewohner ausüben“. Der Alliierte Kontrollrat war das gemeinsame Regierungsorgan der Alliierten, um „bestimmte allgemeine, das gesamte Territorium betreffende Fragen zu entscheiden, wie etwa die Disposition über das Territorium und die endgültige Festlegung seiner Rechtsstellung, insbesondere die Wiederherstellung des Territoriums als unabhängiger Staat“. (8) Zwar erklärten die Alliierten am 5. Juni 1945, daß es nicht ihre Absicht sei, Deutschland zu annektieren. Diese Erklärung hatte aber lediglich die Bedeutung, daß nicht beabsichtigt war, sich das Territorium *auf Dauer* einzuverleiben. Es bleibt aber dabei, daß die Alliierten mittels des Kontrollrats bis zur Gründung von BRD und DDR die volle Souveränität über das Territorium ausübten und sich auch nur daher vorbehalten konnten, „später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet“, festzulegen. (9) Das kann nur derjenige, der Souveränität ausübt.

Mit den Haager Regelungen über die kriegesischen Besetzung ist auch unvereinbar, daß die Alliierten tief und weitgehend in die Verwaltung, Justiz usw. eingegriffen haben. Sie haben durch Rechtsvorschriften des Kontrollrats sämtliche nationalsozialistischen Gesetze und Einrichtungen beseitigt, eigene Gesetze in politischen und ökonomischen Bereichen erlassen und nicht zuletzt tatsächlich territoriale Veränderungen vorgenommen: Alles Maßnahmen, die nur einer souveränen Regierung zustehen.

Eine weitere deutschlandpolitische Legende in diesem Kontext besteht in der Behauptung, die Abtretung der ehemaligen deutschen Ostgebiete sei eine Art treuhänderische Übergabe auf Zeit gewesen. Zunächst einmal wird bewußt verschwiegen, daß die Abtretung der Ostgebiete an Polen und die Sowjetunion gar nicht die erste territoriale Maßnahme der Alliierten war.

1938 annektierten die Hitler-Faschisten Österreich. Zwischen diesem Zeitpunkt und 1945 bestand kein souveräner österreichischer Staat. Österreich wurde völkerrechtswidrig annektiert, ist aber trotzdem völkerrechtlich als Staat untergegangen. Es ist eine Frage, ob eine derartige Annexion rechtswidrig war oder nicht, eine andere, welche Folgen eine derartige Annexion hat. Daß z.B. Österreich nie aufgehört habe zu existieren, ist eine politische Fiktion, die im internationalen Recht keinen Halt findet.

Die ersten territorialen Entscheidungen der Alliierten waren die Herstellung eines österreichischen Staates in den Grenzen, wie sie vor der Annexion bestanden, und die Errichtung des



Deutschland kennt keine Grenzen: Kriegszielkarte des „All-deutschen Verbandes“ nach 1914 und ...

tschechoslowakischen Staates einschließlich der von Deutschland annektierten „Sudetengebiete“, d.h. in den Grenzen, wie sie aufgrund des Versailler Vertrages schon einmal festgelegt worden waren. Im Fall Österreichs gingen die Alliierten von der Verantwortlichkeit „für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands“ (10) aus, obwohl von Seiten einer souveränen österreichischen Regierung niemals gegenüber den Alliierten der Krieg erklärt worden war, noch umgekehrt. Auch Österreich wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt und bis zur Bildung einer österreichischen Regierung bzw. bis zum Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages 1955 von den Alliierten regiert. Die Alliierten gingen also offensichtlich davon aus, daß Österreich zwischen 1938 und 1945 integraler Bestandteil des Deutschen Reiches war, auch wenn sie diese Annexion richtigerweise für völkerrechtswidrig hielten.

Somit gingen die Alliierten von einem Deutschen Reich aus, wie es zu Ende des Krieges infolge der verschiedenen Annexionen bestanden hatte, und trennten die „Sudetengebiete“ und das Territorium des ehemaligen österreichischen Staates ab. Erst danach kam es zur weiteren Abtrennung der ehemaligen Ostgebiete.

Hier geht dann von westdeutscher Seite die Legendenbildung weiter. Diese Gebiete seien nur vorübergehend Polen und der Sowjetunion zur treuhänderischen Verwaltung übergeben worden (11), später von beiden Staaten annektiert worden.

Aus dem Text der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ (Potsdamer Konferenz) geht eindeutig hervor, daß Einvernehmen unter den Alliierten bestand, die genannten Gebiete endgültig unter die Souveränität Polens und der Sowjetunion zu stellen. Dem gemäß wurde auch Beschluß gefaßt über die Überführung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten in die vier Besatzungszonen. Der Vorbehalt der endgültigen Festlegung dieser Grenzen durch eine Friedenskonferenz betraf lediglich die kartographische Fixierung der Grenze. So äußerte der englische Premier Attlee auf der Potsdamer Konferenz: „Wir haben uns geeinigt, den Vorschlag über die Grenze im Prinzip anzunehmen. Was die endgültige Abgrenzung der Gebiete, die endgültige Grenzfestlegung, betrifft, so ist das Sache der Friedenskonferenz. Wenn wir die Sache jetzt Experten Polens und Rußlands übergeben, so verstoßen wir damit gegen die *technische Arbeit* der Friedenskonferenz.“ (12) Der Vorbehalt der Grenzfixierung bezog sich also ausdrücklich nur auf die technische Seite, d.h. die bei jeder Grenzfestlegung übliche Absteckung des genauen Grenzverlaufs an Ort und Stelle. So ist im englischen Text der Mitteilung der drei Mächte auch von „delimitation“ die Rede, was der entsprechende Ausdruck für Abstecken der Grenze an Ort und Stelle ist.

Zum zweiten aber wird der Passus der Potsdamer Vereinbarungen, in dem es heißt, daß die „former German territories“ (die früher, also jetzt nicht mehr) deutschen Gebiete „under the administration of the Polish State“ gestellt werden sollen, in der Regel übersetzt mit „unter die Verwaltung“ des polnischen Staates gestellt. Auch hier liegt eine bewußte Falschübersetzung des Begriffs „administration“ vor. Im angelsächsischen Sprachgebrauch bedeutet administration nämlich „an equivalent of the word ‚sovereignty‘“ (13), geht also weit über den deutschen Begriff Verwaltung hinaus. Da keine Friedenskonferenz von Seiten der Vereinten Nationen zustande kam, wurde die Grenzfixierung in bilateralen Verträgen zwischen Polen und der Sowjetunion bzw. Polen und der DDR vorgenommen.

Auch die behauptete Verpflichtung der Alliierten zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ist eine Legende. Sie bezieht sich auf eine Passage der Erklärung vom 5. Juni 1945, in der — nach Abtrennung der österreichischen und tschechoslowakischen Gebiete — der Restbestand des untergegangenen Reiches in Besatzungszonen aufgeteilt wird. Durch die Abtretung der Ostgebiete in Potsdam wurden diese jedoch ausdrücklich aus der sowjetischen Besatzungszone ausgegliedert und unter die Souveränität Polens und der Sowjetunion gestellt. Die Formulierung „in den Grenzen von 1937“ bezog sich also lediglich darauf, was nach



... Karte aus dem Schülerwettbewerb zur „deutschen Frage“ (Baden-Württemberg 1985). Die Karte entstammt dem „Taschenbuch für die Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaften“.

Untergang des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt noch territorial geregelt werden mußte. Alle Maßnahmen des Kontrollrats nach Abtrennung der Ostgebiete bezogen sich dann nur auf die Gebiete der heutigen BRD und DDR.

Schließlich berufen sich die Protagonisten des „wiedervereinigten Deutschland“ auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, d.h. hier „der Deutschen“. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist anerkannter Teil des internationalen Rechts. Es ist sowohl in den beiden UN-Menschenrechtspakten als auch in verschiedenen Resolutionen der UN-Generalversammlung enthalten. Seine erste Konkretisierung hat es erfahren in der „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker“ vom 14.12.1960, der von den imperialistischen Staaten nicht zugestimmt wurde. Dort heißt es u.a.: „1. Die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung stellt eine Verleugnung der Grundrechte des Menschen dar, steht der Satzung der Vereinten Nationen entgegen und behindert die Förderung von Frieden und Zusammenarbeit in der Welt. 2. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung: Kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihre politische Gestalt und streben frei nach wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung.“ Auch in der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ vom 12.12.1974 und anderen Dokumenten der UNO verdeutlichen die Mitgliedstaaten, daß das Recht auf Selbstbestimmung eine antiimperialistische und antikoloniale Stoßrichtung hat. (14) Daß dieses Recht nicht mit einem völkisch-biologistischen Volksbegriff verbunden ist wie der Begriff „Deutscher“, wie ihn die Reaktion über alle Grenzen hinweg definiert, zeigen die zahlreichen Dokumente der UNO zur Ächtung von Faschismus, Rassismus und Apartheid. (15)

Was bleibt? Es bleibt, daß es keinen irgendwie gearteten völkerrechtlichen Anspruch der BRD auf fremde Territorien gibt. Es bleibt das expansionistische Verlangen nach Einverleibung dieser Gebiete, was allen einschlägigen völkerrechtlichen Bestimmungen zuwiderläuft. Es bleibt z.B. auch das rechtswidrige Verlangen an Schüler und Lehrer, jederzeit den „Gedanken an die Wiedervereinigung“ wachzuhalten.

(1,11) H. Steinberger, Zur völkerrechtlichen Lage der deutschen Ostgebiete, in: Schulintern, März 1988, S. 8ff.; (2,8) Kelsen, in: American Journal of International Law 1944, S. 689ff. und 1945, S. 518ff. (soweit zitiert eigene Übersetzung); (3,4,5) Mosely, in: Europa-Archiv 1950, S. 3032ff.; (6,13) Gelberg, Die Entstehung der Volksrepublik Polen, 1972, S. 101ff.; (7,9) Amtsblatt des Kontrollrats, S. 7-9; (10) Moskauer Erklärung der Alliierten vom 1. November 1943, auszugsweise abgedruckt in: H. Wright, in: American Journal of International Law 1944, S. 621ff.; (12) Konferenzdokumente der Sowjetunion, Bd. 3: Die Potsdamer Konferenz, Köln 1986, S. 243; (14) abgedruckt in: v. Bredow, Geschichte und Organisation der UNO, Köln 1980; (15) vgl. dazu Ratgeber zum Verbot faschistischer Organisationen, Abschnitte A, J — (ulb)

Warenversorgung und Beschäftigung

Auswirkungen der Konzernbildung von Handels- und Nahrungsmittelunternehmen

Die Versorgung mit Lebensmitteln wird in der BRD diktiert von den Nahrungsmittelkonzernen. Die Konzentration in der Nahrungsmittelindustrie und im Handel vollzog sich in den letzten 20 Jahren drastisch. Betroffen von diesem Prozeß sind lohnabhängige Verbraucher, Beschäftigte, aber auch die Bauern im Inland und in der EG sowie die kleineren Geschäfte, die der Konkurrenz zum Opfer fallen.

Die Möglichkeiten, sich in der näheren Umgebung mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen, sind vor allem in ländlichen Gegenden wesentlich schlechter geworden, ein Auto ist meist die Voraussetzung für den Einkauf. Für verschiedene Gegenden muß sogar die Bundesregierung den Tatbestand der Unterversorgung zugeben. Fahrende Händler ersetzen manchmal in solchen Gebieten die Läden, die durch „Riesen auf der grünen Wiese“ geschluckt worden sind. Auf die Qualität der Ware hat der Käufer weniger Einfluß, weil, wie z.B. bei Obst und Gemüse, ganze Ernten einzelner Bauern von den Lebensmittelkonzernen nicht abgenommen werden, da die Größen- und Schönheitsnormen nicht stimmen. So ist der Verbraucher dann gezwungen, schöne, aber fade und wässrige Tomaten, die künstlich und unter Zusatz von Haltbarkeits-Chemie gereift worden sind, zu kaufen. Qualitativ bessere, chemiekalienärmere Produkte sind allenfalls auf dem Markt oder direkt beim Bauern zu haben; bei Berufstätigen läßt sich dieser „gesündere Einkauf“ aber kaum verwirklichen, abgesehen von den oft höheren Preisen.

Die Beschäftigten im Einzelhandel haben den Konzentrationsprozeß mit Entlassungen, Teilzeitbeschäftigung bei elender Entlohnung, Arbeit auf Abruf und vermehrtem Gesundheitsverschleiß durch Intensivierung und Streß bezahlt. Durch die Zerstörung des Ladenschlußgesetzes, die von den Handelsriesen und ihren Verbänden verlangt wird, werden weitere Schranken fallen und minimal bezahlte, schwere Arbeit in diesem Bereich üblich werden.

Innerhalb der EG haben sich die Lebensmittel- und Handels-Riesen an die erste Stelle manövriert. Sie gehören zu denjenigen, die die Armut in der „Dritten Welt“ führend mitverantworten. — (AGD, Jub, rst, rub, sie)

Die größten Lebensmittel-firmen der BRD in Mrd. DM		Handelsriesen unter den hundert größten Industrie- und Gewerbe-firmen					
		Rang	Gesellschaft	Branche	Umsatz/Mill.DM		Beleg-schaft
		'87	'86		1987	1986	
Deutsche Unilever	* 10,1						
Reemtsma-Gruppe	5,9						
BayWa (Raiffeisen Bayern)	5,8						
BAT	* 4,6	1	1 Daimler Benz	Auto, Rüstung	67475	65498	326288
Philip Morris	* 4,3	2	3 Bundespost	Post, Telekommun.	55100	52500	559101
Deutsche Nestlé-Gruppe	3,46	3	2 Volkswagen	Auto	54635	52794	260000
Dr. Oetker	* 3,5	4	4 Siemens	Elektro	51431	47023	359000
Bernhard Rothfos	* 3,26	5	7 Veba	Mischkonzern	40475	40138	72939
Coca Cola	2,7	6	5 BASF	Chemie	40238	40471	132920
Brinkmann (Bremen)	2,6	7	6 Bayer	Chemie	37143	38284	164400
Eduscho	** 2,4	8	8 Hoechst	Chemie	36956	33231	167781
Tchibo	** 2,3	9	10 Tengelmann	Handel	30000	29700	130312
Lekkerland	2,0	14	Rewe-Gruppe	Handel	22220	21200	
Melitta-Gruppe	1,9	16	16 Aldi	Handel	19500	18972	20000
Monheim	1,88	18	15 Edeka	Handel	18824	18645	683
Scipio	* 1,78	25	30 Otto-Versand	Handel	12200	10926	28000
Milupa/Altana	** 1,7	26	28 Karstadt	Handel	11935	11159	66328
Bahlsen	1,46	27	35 Deutsche Spar	Handel	11800	10200	28000
Maizena	1,36	31	50 Metro-Gruppe	Handel	10719	7700	
Hussel	** 1,33	34	33 Haniel	Handel	10367	10400	18704
HAG/General Foods	1,28	35	37 co op	Handel	10356	10080	42636
DUB/Schultheiß-Gruppe	1,15	36	90 Asko	Handel	10100	3410	
Eckes	1,03	39	41 Klöckner & Co.	Handel	9600	9535	7300
Angaben: 1984, *1985, **1986		43	32 Schickedanz-Gruppe	Handel	9179	8690	
Einige Unternehmen fehlen, u.a. Ja-		44	46 Kaufhof	Handel	8899	8300	40500
cobs-Suchard, die in der Schweiz bilan-		49	44 Alfred. C. Toepfer	Handel	7825	8728	600
zieren. Ihr BRD-Umsatz: 2,7 Mrd. DM.		51	45 Deutsche Unilever	Nahrungsmittel	7191	7536	24095
Oder die Verflechtung von Reemtsma,		52	49 Gedelfi	Handel	6600	8022	1000
Tchibo und Beiersdorf-Chemie mit		53	55 C & A	Handel		6315	
einem Gruppen-Umsatz von 10,6 Mrd.		67	70 Hertie	Handel	4936	4988	25382
DM, genauso Oetker und Hussel. Oder		70	62 BayWa (Raiffeisen By)	Handel	4890	5310	10320
die 5.76 Mrd. DM der vier größten		71	68 Nestlé Deutschland	Nahrungsmittel	4883	4826	16292
Milchzentralen. Oder die neun größten		73	Kaufring	Einkaufsgen.	4800	4690	25000
Raiffeisenbetriebe mit über 17 Mrd. DM		80	81 Helm	Handel	4380	3750	800
Umsatz.		85	84 Allkauf	Handel	3850	3685	7200
Quelle: Wegweiser durch den Super-		93	Massa	Handel	3294	2986	10924
markt, AG Dritte Welt Läden, Darmstadt		97	Coca-Cola Deutschl.	Getränke	3200	3000	11250
1987							
						</	

Quelle: Handelsblatt vom 8./9. 7. 1988

		GESCHÄFTE NACH EINZELHANDELSTYPEN				BUNDESGBIET u. BERLIN (WEST)			
		ANZAHL				UMSATZ (Mrd.DM)			
		80.000	77.000	75.000	73.000 *	118,8	121,5	125,2	126,5 *
		1. Jan. 1985	86	87	88	1984	85	86	87
Verbrauchermärkte (ab 800 m ²)		4.2	4.7	5.3	5.5	36,0	37,8	40,1	42,0
Discountmärkte		4.8	5.3	5.7	5.9	9,5	10,0	10,5	11,0
Supermärkte (400 - 800 m ²)		4.8	4.9	4.9	5.0	14,8	14,5	14,3	14,0
Restl. Geschäfte < 400 m ²		86.2	85.1	84.1	83.6	39,7	37,7	35,1	33,0

* Vorläufig

V. J. J. J. J.

In der Handelsblatt-Tabelle sind pro Konzern nur die Beteiligungen eingerechnet, die unter voller Leitung der Konzernunternehmen stehen. So fehlen einige Unternehmensgruppen in der Liste über 3 Mrd. DM, bspw. Lidl & Schwarz, TUI-Reisen, Bernhard Rothfos, Hertz-Gruppe mit Tschibo und Reemtsma. Die Asko Deutsche Kaufhaus AG Saarbrücken, die „Nr. 1 auf der Grünen Wiese“, erwartet für 1988 einen Gruppenumsatz von 14,7 Mrd. DM. 1986 betrug er (mit Massa) 10,1 Mrd. DM. Nach Steuer gibt Asko einen Ertrag von 120 Mio. DM an. Asko zeigt sich interessiert an der Wertkauf-Gruppe, die zum Mann-Mobilia-Konzern gehört.

Die Kaufhauskonzerne Karstadt, Hertie und Kaufhof (Metro-Gruppe) investierten 1987 zusammen rund 1 Mrd. DM in die Umstrukturierung der Warenhäuser, die Aufspaltung der Warenhausabteilungen in eigenständige Gesellschaften (Mode und Sport, Gastronomie, Foto usw.), den Neuaufbau der Logistik mit Zentralwarenlägern und -verwaltung. Sie stellen ihre Warenhäuser auf „höherkalkulierte Waren“ um, damit zahlungskräftigen „Kunden eine völlig neue Erlebnisqualität beim Einkauf“ geboten wird. Expandiert haben sie im Bereich Versandhandel und Reisebüros.

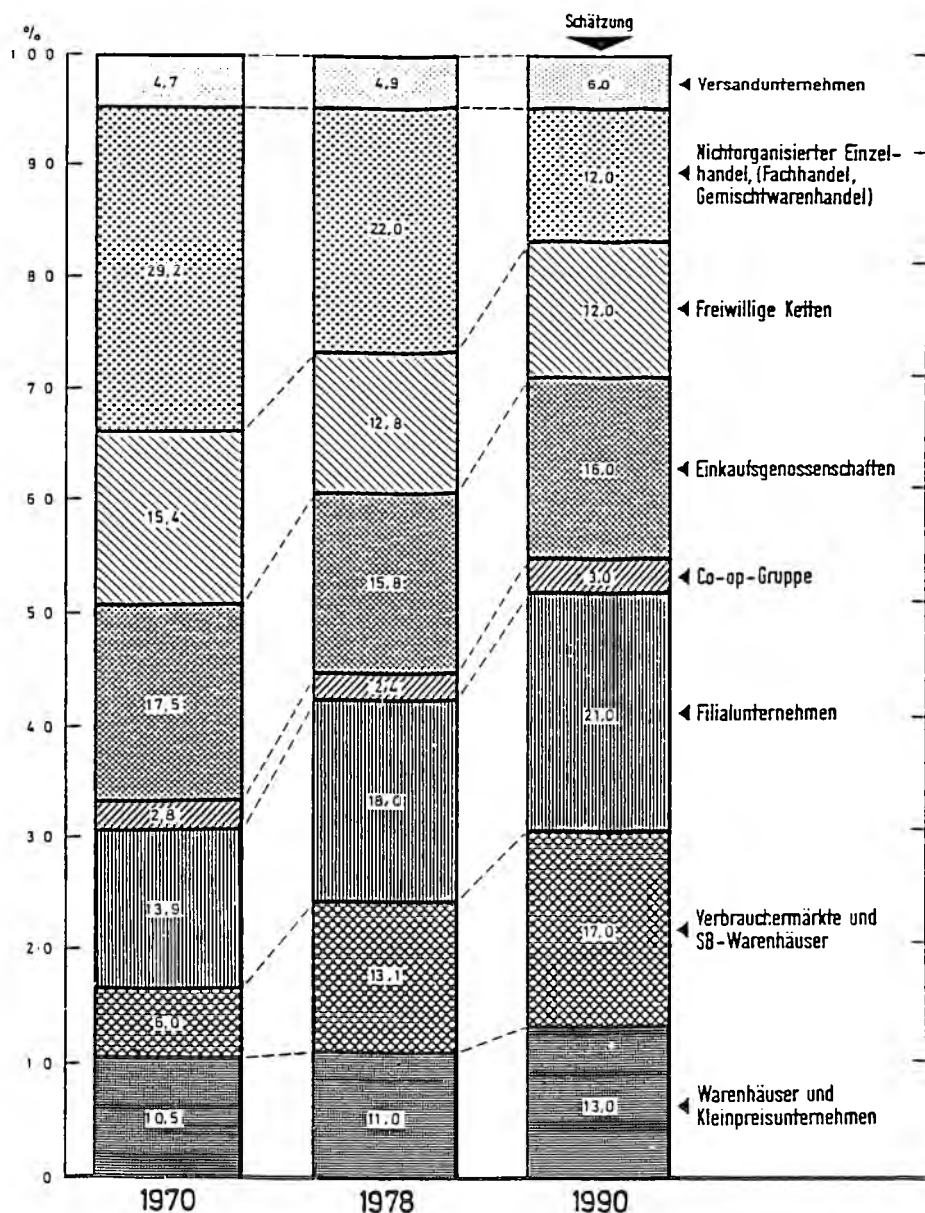
80% des Gesamtumsatzes im Einzelhandel machten 1987 die Konzernunternehmen, nur 20% der traditionelle Fach- und Gemischtwarenhandel. Beispielhaft ist diese Entwicklung am Möbel- und Lebensmitteleinzelhandel:

1987 betrug der Umsatz der rund 8500 Möbelhändler 19,3 Mrd. DM. 50% des Umsatzes gingen an nur 200 Unternehmen. Die Unternehmenszahl sank von 1975 bis 1985 um 626, die Beschäftigtenzahlen fielen von 86600 auf 74800. Gleichzeitig stieg die Verkaufsfläche von 12,6 auf 14,3 Mio. qm. Die Großen sind IKEA, Unger, Mann-Mobilia und Massa.

Der Lebensmitteleinzelhandel verzeichnet die stärkste Konzentrationsentwicklung. Die Discounter, Verbraucher- und Supermärkte, die nur einen Anteil von 16,4% dieser Betriebe stellen, machten 1987 aber 67% des Gesamtumsatzes von 126,5 Mrd. DM im Lebensmittelhandel. Wird die Aldi-Kette dazu genommen, sind es sogar fast 80%. 1970 war dieses Verhältnis nahezu umgekehrt, da lagen die Umsätze der kleinen Geschäfte bei 66,2%. Bundesweit steigerte 1% der Lebensmittelunternehmen ihren Marktanteil von 30% 1962 über 50% 1982 auf 80% 1987. Es sind Aldi, REWE-Leibbrand, Coop, Edeka, Asko, Metro und die der Tania-Selex-Einkaufsgenossenschaft angehörigen Unternehmen.

Quellen: Handelsblatt 2.3. und 8./9.7.88; FAZ 15.7.88; Pressedienst des Handels 9/88 und 28/88; Zukunftschancen im Einzelhandel, Konrad-Adenauer-Stiftung 1986

Marktanteile der Betriebsformen des Einzelhandels



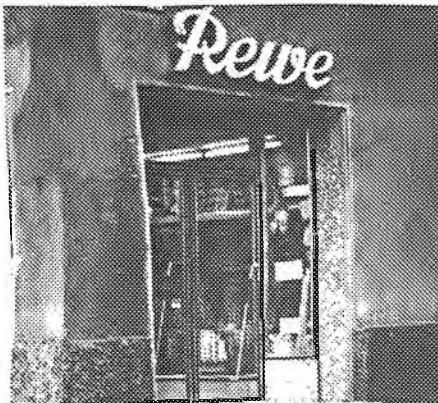
„Verhungern wird niemand“, wenn 3 000 Geschäfte im Jahr schließen.

Kommentar von Dr. Weyhenmeyer, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), zur Ruinierung der vielen kleinen und mittleren Einzelhändler durch die Handelsmonopole. Die Frage der „Verbraucherversorgung“ wird gleich als „Lebensqualität“ und städtischer „Innenstadtaufwertung“ kontra Grüne-Wiese-Märkte behandelt. Wie haben sich nun die als „Lebensqualität“ umschriebenen Reproduktionsmöglichkeiten in der Bundesrepublik entwickelt? Wie hat sich die Warenverteilung durch die Monopolisierung der Warenversorgung geändert? Hierzu einige Daten.

Von 1970 bis zum ersten Halbjahr 1988 hat sich die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte von 172 000 auf 73 000 verringert. Die Verkaufsfläche verdoppelte

Regale der SB-Häuser und Großfilialisten nicht mehr über den Großhandel. Sie können direkt beim Hersteller die Regalpflege und andere Dienstleistungen (z.B. EAN-Codierung, Sonderverpackung) durchsetzen.

Der Fleischerverband Bayern errechnete, daß die Steuer- und Soziallast in einem Verbrauchermarkt mit mehr als 100 Mio. DM Umsatz etwa 60% geringer ist als bei 100 Betrieben mit jeweils bis zu 1 Mio. DM Umsatz. Das „Institut Wohnen und Umwelt“ Darmstadt stellte 1983 fest, daß der mittelständische Einzelhandel je 1 Mio. DM Umsatz etwa 6 000 DM Gewerbesteuer erbringt, der Verbrauchermarkt dagegen nur etwa 2 000 DM. Durch die durchschnittlich höheren Betriebskosten und kleineren Abnahmemengen geht das „Sterben“



Links: Typischer REWE-Laden der 50er Jahre. Rechts: Massa-Zentrum an der Autobahn bei Alzey.

sich. Erwartet wird, daß die Zahl der kleinen Geschäfte unter 400 qm bis zum Jahr 2000 auf 58 000 sinkt. In Baden-Württemberg verringerte sich die Zahl der Lebensmittelgeschäfte zwischen 1970 und Anfang 1986 um 55% auf ca. 8 000.

Bundesweit nahmen die Einzelhandelsflächen zwischen 1960 und 1978 um 24% von 449 714 auf 340 500 ab.

1966 gab es gerade 66 SB-Center und -Warenhäuser in der BRD. 1970 waren es schon 537, 1976 1 266 und 1986 1 552. Die rapide Entwicklung auf der Grünen Wiese, also SB-Häuser an Autobahnen und Ausfallstraßen, verdeutlicht die Zuwachsraten an den Verkaufsflächen: 1966 ca. 80 000 qm, 1971 ca. 920 000 qm. 1976 lag der Wert bei 1,5 Mio. qm und 1986 schließlich 2,6 Mio. qm. 1966 waren das 1% der Fläche des Lebensmitteleinzelhandels, 1986 16%. Das Warensortiment dieser Selbstbedienungshäuser liegt im Schnitt bei 16 700 (Center) und 36 300 (Warenhaus). Der Lebensmittelanteil beträgt rund 56%. Zusammengeschlossen in Einkaufsverbänden geht der Weg der Waren in die

der Lebensmittelhändler schon in den Bereich der Betriebe mit Verkaufsflächen zwischen 300 und 500 qm, d.h. Betriebe mit einer Umsatzhöhe zwischen 2 bis 2,5 Mio. DM. Ein weiterer Grund ist die Spreizung auf 40 Rabattsätze zwischen Groß- und Kleinabnehmern, die je nach Abnahmemengen von Industrie bzw. Einkaufsverbänden gewährt wird. Die Filialisten, Verbraucher- und SB-Märkte können so die Waren oft zu Preisen anbieten, die unter dem Einkaufspreis der Klein- und Mittelbetriebe liegen.

Die Auswirkungen auf die Versorgung sind gravierend: Die Arbeitsstättenzahl 1970 ergab, daß von 22 506 Gemeinden in der BRD 2 311 oder 10,3% ohne Lebensmitteleinzelhandelsgeschäft waren. In den Gemeinden lebten 424 600 Personen, von denen für 60 000 eine mäßige und für 20 000 eine große Versorgungslücke bestand. Bis 1976 stieg dieser Anteil auf ca. 4 500 Gemeinden (= 20%, ohne Gebietsreform) mit rund 800 000 Personen. Die Forschungsstelle für den Handel schätzte 1976 für zahlreiche Regierungsbezirke einen Anteil von

30% der Gemeinden ohne ein Geschäft. Noch krasser ist das Bild, wenn der gesamte Einzelhandel betrachtet wird und Orte mit nur einem Geschäft, in denen sowieso nur ein beschränktes Warenangebot vorliegt. Die Anzahl der Orte ohne ausreichende Versorgung mit den Grundgütern steigt dann auf mehr als die Hälfte aller Gemeinden in der BRD. Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums ermittelte, daß 1970 ca. 360, 1980 ca. 665 Einwohner und 1990 wahrscheinlich 874 Einwohner statistisch auf ein Lebensmittelgeschäft kommen. In zwei ländlichen Modellgebieten wurde festgestellt, daß Orte unter 400 Einwohner gar keine oder nur eine beschränkte Versorgung haben, daß die durchschnittliche Entfernung bis zum nächsten Geschäft 2,3 bis 3,8 km beträgt, daß 52% mit PKW und 24% ohne PKW 13 bis 18 km entfernt einkaufen. In Orten mit einem Lebensmittelgeschäft kaufen nur 35% der Einwohner einmal in der Woche ein.

Dieser Versorgungslage entspricht die Entwicklung der PKW-Bestände. Das statistische Bundesamt ermittelte für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen: 1966 hatten 36,5% einen PKW, 1968 43,3%, 1970 51%, 1972 65,6%, 1976 76,2 und 1978 79,8%. Die Esso AG gibt für 1987 einen PKW-Bestand von 28 Mio. an. Die oben genannte Studie des Wirtschaftsministeriums stellt einen überproportionalen PKW-Bestand in ländlichen und Großraumgebieten fest. Ähnlich verhält sich das mit der Anzahl der Kühlschränke und Tiefkühlgeräte. 1966 waren von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten 4% mit einem Tiefkühlgerät und 89,1% mit einem Kühlschrank ausgerüstet, 1970 18,5% (Tiefkühlgerät) und 94,4% (Kühlschrank), 1972 28,2% und 99,0%, 1976 57,8% und 99,3%, 1978 68,3% und 97,1%. Der Tiefkühlkostvertrieb ist 1987 und Anfang 1988 der Bereich, der die höchsten Verkaufssteigerungsraten im Lebensmittelhandel aufweist. Teilweise liegt diese Steigerung bei 70%, wovon die Hälfte Fertiggerichte sind.

Die Konzentration des Handels führt also zu einem erheblichen erhöhten Reproduktionsaufwand. Es ist mehr Zeit für den Einkauf nötig, oft ist der PKW-Besitz unverzichtbar. Zur Sicherstellung der Versorgung fallen höhere Kosten an. Das statistische Bundesamt stellt fest, daß 1950 rund 50% des Einkommens des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen für Lebensmittel aufgewendet wurden, 1983 waren es nur noch 26% und 1986 19%.

Quellen: Nielsen Marketing Forschung 3/88; Zukunftschancen im Einzelhandel, Konrad-Adenauer-Stiftung 1986, Strukturwandel im Einzelhandel, Institut für Europäische Wirtschaftspolitik und Industrie- und Gewerbepolitik, Universität Hamburg 1980; Renate Wald: Verkaufen — eine Dienstleistung im Strukturwandel, Campus 1985; Pressedienst des Handels, versch. Nummern

REWE-Leibbrand: „Jeden zweiten Tag ein neuer Markt“

Der zweitgrößte Einzelhändler der BRD ist die REWE-Leibbrand-Gruppe mit rund 8000 Betrieben und 24,6 Mrd. DM Umsatz 1987. Heute bedeutet der Name REWE nicht mehr die kleinen Eckläden. Waren das 1960 noch 13000, so fiel die Anzahl 1970 auf 9800, 1980 auf 6400 und 1985 auf 4500. REWE-Leibbrand ist in allen Vertriebstypen im Einzelhandel tätig:

Mit dem Lebensmittelfilialisten Willi Leibbrand wurde 1974 die REWE-Leibbrand oHG gegründet, anteilmäßig zu je 50% REWE Zentral AG Köln und Willi Leibbrand KG.

REWE gliedert sich in REWE Zentral AG, 20 REWE Großhandlungen mit 4500 REWE-Einzelhändlern und die „Für Sie“ Einkaufsgenossenschaft mit 89 Mitgliedern (1983) und 238 Filialen. „Für Sie“ beliefert die Hertie-Lebensmittelabteilungen. REWE-Firmen sind Stüssgen NuG Köln, Gebr. Manns NuG Berlin und Kaiser & Kellermann.

Die REWE-Leibbrand oHG betrieb 1986 rund 2300 Filialen auf 1,4 Mio. Quadratmetern: HL-Markt, toom-Markt, minimal, Penny-Markt-Discount, Bon-Discounter, Idea-Discount-Drogerien, Euro-Markt, Discounter Hartfil, Johs. Schmidt, Big-Bär, Latscha Frankfurt und die C&C-Selgros Märkte. Dazu gehören auch die Backwaren Vitapan Bad Homburg, zwei Offenbacher Brotfabriken und vier Fleischverarbeitungsfabriken.

Zu REWE-Leibbrand gehört die Dugena AG mit 1500 angeschlossenen Uhrenhändlern. Als „Privatmann“ kaufte Willi Leibbrand mit DG Bank-Kredit für 92 Mio. DM die 90 Filialen der Uhren- und Schmuckkette Christ. Über 50% ist die Familie und KG Leibbrand an SDC-Supermarket Texas beteiligt. Weitere 40% hält die Asko-Gruppe Saarbrücken.

Von 1982 bis 1984 kaufte sich REWE-Leibbrand mit 24,9% bei Asko und 12,5% beim Verbrauchermarkt Schaper Hannover ein. Als Asko zu 77,5% bei Schaper einstieg, wollte das Bundeskartellamt die Elefantenhochzeit unterbinden. REWE-Leibbrand verkaufte für 300 Mio. DM die Anteile, die Schaper-Beteiligung, an Familie Leibbrand. Asko und Leibbrand kontrollieren über Schaper eine der großen Einkaufsgruppen der BRD, die Selex-Tania Handels AG mit A&O, VIVO, Vege und 88 Großhandlungen. Beliefert werden u.a. die Deutsche SB-Kauf AG divi (Asko), Lidl & Schwarz, Wertkauf, Kriegbaum, Werhahn, allkauf-Gruppe, Kaufhof und Globus Handelshofgruppe. Die 9000 angeschlossenen Einzelhandelsunternehmen beziehen von Selex-Tania 56% ihres Auftragsvolumens.

Quellen: Monopolkommission Sondergutachten 14, 1985; Wirtschaftsmacht in der Marktwirtschaft, Pahl-Rugenstein 1988, Spiegel 48/1986

Auswirkungen der Konzentrationsentwicklung auf die Lohnabhängigen.

Voraussetzung für die industrielle Produktion und Großvertrieb der Nahrungsmittel waren die Entwicklung von chemischen Verfahren zur Produktion, Lagerhaltung und Haltbarkeit, die modernen Tiefkühltechniken sowie die Entwicklung und Normung der Verpackungen. Die Massenproduktion von Milch-, Brot- und Fleischerzeugnissen wird bspw. ermöglicht durch Propeinsäuren- und Pasteurisierungsverfahren zur Haltbarkeit und Tiefkühlverfahren. Die Zusätze zur Brotherstellung lesen sich wie ein Chemiebuch. Boehringer hat ein's rausgegeben: Boerol oder Lezym zur Herstellung von Brotteig aus Auszugsmehl; Zusätze damit Teig aus dem schwachen Mehl eine schöne braune Farbe erhält, mehr Volumen hat, fehlende Vitamine bekommt; Molagen gegen Schimmelbefall; Ropal damit der Teig glatt wird; Lezirol für den Glanz nach dem Einfrieren. Bekannt sind die Tiefrostverfahren, die für Vakuum-Verpackungen angewandt werden. Die chemische Industrie, zuständig für Düngemittel und Futterzusätze, diverse Zutaten und Verfahren, ist verflochten mit den Nahrungsmittelkonzernen. Ob Unilever, Oetker, Milupa (Atlanta), Tchibo, Kraft oder Wasa — alle kooperieren mit oder besitzen Chemiebetriebe bzw. gehören zu Chemiekonzernen.

Der Konzentrationsprozeß in der Nahrungsmittelproduktion begann Anfang der 60er Jahre. Das war auch der Zeitpunkt, wo die Milchhändler an der Ecke verschwanden und in den Lebensmittel-läden Tütenmilch, Joghurt, abgepackte Butter oder Frischkäse auftauchten. Etwa fünf Jahre später begann der bereits beschriebene Konzentrationsprozeß im Einzelhandel.

Als Großkunden ohne Zwischenhandel haben die Selbstbedienungshäuser und Filialbetriebe zahlreiche Funktionen auf Lieferanten und Hersteller abgewälzt. Durch Einsatz moderner Computertechnologie und Software wie Warenwirtschafts- und Informationssysteme werden die Warenflüsse und Personalplanungen von der Verwaltung bis zur Daten- oder Scannerkasse automatisiert. Ein Aldi-Filialleiter hat nur noch für ca. 10% des Sortiments eine Dispositionsfreiheit.

Für die Lohnabhängigen im Einzelhandel hat das weitgehende Konsequenzen. In früheren Artikeln haben wir über die Arbeitszeiten, -bedingungen sowie über Löhne und Gehälter berichtet. Es soll hier nur kurz auf Aspekte eingegangen werden, die den Einzelhandelskapitalisten diese Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne ermöglichen.

Der reale Umsatz je Beschäftigten im Einzelhandel stieg nach Untersuchungen des Ifo-Instituts von 67094 DM im Jahr

1963 auf 99821 DM im Jahr 1970, auf 107424 DM im Jahr 1982. Die Preise sind dabei auf 1962 bezogen. Gleichzeitig wurden und werden durch die Umsatzverlagerung auf die Großflächenbetriebe pro 1 Mio. DM Umsatz in der Regel drei Arbeitskräfte abgebaut. In den letzten 15 Jahren gingen 70% der Ausbildungsplätze im Einzelhandel verloren. Durch neue Technologien und Verlagerung von Tätigkeiten auf Hersteller und Lieferanten haben sich in weiten Bereichen des Einzelhandels die Tätigkeiten geändert. In SB-Märkten und Filialbetrieben gibt es den Beruf des Verkäufers nicht mehr. Sortimentspflege und Preisauszeichnung fallen zunehmend weg. Die Kassiertätigkeit geschieht ohne Preisangaben auf den Produkten.

Durch diese Veränderungen hat sich der Druck auf die Löhne und Gehälter verstärkt, die Um- und Abgruppierungen und Einstellung nicht im Einzelhandel ausgebildeter Beschäftigte nehmen zu. Rund 70% der im Einzelhandel Beschäftigten sind Frauen. 34,6% von ihnen sind 1985 in den unteren Einkommensgruppen mit Durchschnittsgehältern von brutto 1399 bis 1950 DM. In Baden-Württemberg sind 1985 80,8% der Frauen in den unteren Einkommensgruppen mit einem Durchschnittsgehalt von 1689 DM. Das sind 95000 der 180000 im Einzelhandel Baden-Württemberg Beschäftigten.

Ein weiteres Instrument der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Gehältern ist der Einsatz von Teilzeitbeschäftigten. 1982 sind es 686000, 1985 rund 710000, 1988 geht die IHK Karlsruhe von 800000 aus. Von ihnen arbeiten 1985 370000 als sogenannte „410-Markkräfte“. Hier unterliegen die Kapitalisten keiner Sozialversicherungspflicht. 1986 beträgt der Anteil an der Teilzeitarbeit an allen Arbeitsplätzen nach Berechnungen der Gewerkschaft HBV bei Discounter-Lebensmittelfilialen 60%, Lebensmittelmärkten bis 400 qm 76,9%, SB-Märkten ab 1000 qm 44,8%, SB-Warenhäusern ab 8500 qm 49,7%, SB-Warenhäusern ab 20000 qm 52,9% und Textilwarenhäusern 70,8%.

Der Druck auf die Löhne und Gehälter verstärkt sich, die Schere von rund 20% zwischen den Durchschnittseinkommen von Industrie und Handel nimmt weiter zu. Interessant ist, daß diese Entwicklung gerade in die Zeit der SPD-Regierungsbeteiligung fällt. Das soll in einem späteren Artikel untersucht werden.

Quellen: HBV-HAZEG, verschiedene Rundbriefe; Zukunftschancen im Einzelhandel, Konrad-Adenauer-Stiftung 1986; Renate Wald: Verkaufen — eine Dienstleistung im Strukturwandel, Campus 1985; Handelsblatt-Beilage SB-Warenhäuser, 1.3.88; Nielsen Marketing Forschung 1/88



Fruchtimporte in die BRD: Zeitdruck — Hektik — Saisonarbeit

Jahrhundertealt ist die Tradition Hamburgs im Handel mit überseeischen Gebieten. Das begann bereits im 16. Jahrhundert, und gerade die Hamburger Kaufleute waren es, die sich in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts bei Bismarck für den Erwerb von Kolonien einsetzten. Dieser Tradition ist Hamburg treu geblieben. Der Hamburger Hafen ist einer der größten europäischen Umschlagplätze für Früchte aus der „Dritten Welt“, denn über diesen Hafen wird nicht nur die Bundesrepublik beliefert, sondern auch die Schweiz, Österreich und Skandinavien. Die wichtigsten Fruchtimporteure sitzen daher — neben Bremen — in Hamburg.

Bei den Importeuren verstärkt sich die Konzentration immer mehr. Die *Scipio-Gruppe* ist dabei deutlich das marktherrschende Unternehmen. „Zum Konzern gehört ein Riesennetz von Großhandelsniederlassungen in vielen Staaten Europas, eigene Pflanzungen in Südeuropa, Verpackungsanlagen, eine Reederei, zwei Speditionen mit 400 LKW's und zahlreiche branchenfremde Unternehmen.“ (1)

Ein derartiger Konzentrationsprozeß wirkt sich auch auf die Arbeitsbedingungen bei den Fruchtimporteuren aus. Immer größere Warenmengen müssen abgefertigt werden. Dieser Umschlag verteilt sich aber nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr, sondern fällt saisonmäßig an. Pünktlicher Feierabend ist dann die große Ausnahme, auch das Wochenende wird mit zu Hilfe genommen.

Gleichzeitig wurde in den letzten Jahren der Warenumschlag immer mehr auf Container umgestellt. Dies hat für alle Beteiligten Auswirkungen. Es fängt schon bei den Seeleuten an, da die Liegezeiten in den Häfen teilweise auf nur vier Stunden verkürzt wurden, und hört bei dem Großhändler auf, dem ein ganzer Container vor die Tür gestellt wird.

Warenabwicklung mit Containern bedeutet, große Mengen können in kürzester Zeit von wenigen Menschen bewegt werden. Es bedeutet aber auch, daß sie in kürzester Zeit bewegt werden *müssen*! Ein Tag Container-Miete kostet mehrere hundert Mark. Da wird dann von oben Druck ausgeübt, damit die Container schnell abtransportiert und entladen werden, um sie zurückgeben zu können. Es kommt dann auch schon mal vor, daß bei einem Großhändler fünf Container gleichzeitig vor der Tür stehen.

Tariflich sieht es für die Beschäftigten im Groß- und Außenhandel auch recht düster aus. Laut Hamburger Tarifvertrag verdient ein Sachbearbeiter als Endgehalt DM 2273, und selbst bei einem Abteilungsleiter ist bei DM 3679 das Ende der Gehaltsleiter. Ein Lagerarbeiter verdient pro Stunde DM 12,13 und ein Fahrer z.B. für Spezialfahrzeuge DM 13,81. Dies liegt weit unter der Bezahlung in anderen Bereichen. Effektiv sieht es auch nicht viel besser aus. Eine 1985 von der HBV durchgeführte Untersuchung ergab einen durchschnittlichen monatlichen Angestelltenverdienst in Höhe von DM 3115, während er bei der Industrie DM 3617 betrug.

Die wenigstens Außenhandelskapitalisten sind Mitglieder im Arbeitgeberverband. Mit jedem Beschäftigten wird ein individueller Arbeitsvertrag abgeschlossen. Dadurch bekommt man zwar mehr als den Hungertarif bezahlt, es ist aber schwierig, gemeinsame Kämpfe gegen die Kapitalisten zu organisieren. Da ist es dann immerhin schon ein „Vorteil“, wenn der Kapitalist zumindest den Manteltarif anerkennt und seine Angestellten nicht mit 20 Tagen Urlaub pro Jahr abspeist.

(1) Schwarzbuch Hamburg — Dritte Welt, S. 55; weitere Quellen: AG Stadtrundfahrt (Hrsg.): Hamburg — Tor zur Welt — dank „Dritter Welt“; HBV: Mehr Geld, sichere Arbeitsplätze, mehr freie Zeit im Großhandel

Adler verkauft und produziert jetzt in der VR China

Das zum Asko-SB-Warenhauskonzern gehörende Adler Bekleidungswerk Haibach nimmt die Produktion in der Volksrepublik China auf. Die Beijing Adler Corp. Ltd, ein Gemeinschaftsunternehmen mit der chinesischen Yada Corp. Ltd., wird in der Nähe von Beijing eine Textilfabrik bauen. Diese soll für die Adler-Bekleidungsmärkte in der BRD produzieren. 1988 wird der dritte und mit 1500 qm größte Adler-Bekleidungsmarkt in Beijing eröffnet.

Adler produziert seit 1976 in Südkorea. In dem „Flair Fashion“-Werk arbeiten 1600 Leute, darunter 1300 Frauen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Zwei Gewerkschafterinnen, die mit elf anderen Frauen nach dem Lohnstreik 1987 von Adler entlassen wurden, berichteten im Mai/Juni über die Arbeits- und Lebensbedingungen: „Wir Frauen erhalten selbst bei gleicher Arbeit nur 50 Prozent des Lohnes, den ein männlicher Arbeiter bei uns bekommt. Das reicht nicht einmal für die Grundlebensmittel aus. Wir müssen 72 bis 80 Stunden pro Woche arbeiten. Wenn wir uns gegen die Überstunden wehren, zwingen uns die Arbeitgeber dazu, indem sie die Umkleieräume mit unseren Sachen abschließen und die Ausgänge zusperren, so daß wir die Fabrik nicht verlassen können. Im vergangenen Jahr sind so 22 Arbeiterinnen einer Bekleidungsfirma bei einem Brand ums Leben gekommen. Sie konnten nicht raus. Viele Frauen leiden und sterben an Unterernährung und Überbelastung. Um die geforderte Arbeitsleistung überhaupt zu schaffen, arbeiten sie oft in ihrer Mittagspause, können sich kaum leisten, auf die Toilette zu gehen . . . Die Folge dieses ständigen Stresses: Arbeitsunfälle und Verkrüppelungen.“

Adler führte als erste Firma in Südkorea das Refa-System ein. 1987 mußte bei 40 Grad Hitze in den Werkhallen gearbeitet werden. Trotz gesetzlichem Verbot wurde von den Frauen Nachtschichtarbeit verlangt. Der Lohn für 12 bis 14 Stunden tägliche Arbeit betrug im Monat rund 250 DM, das offizielle Existenzminimum liegt bei 450 DM. Die Arbeiterinnen sind daher gezwungen, sich Zimmer zu teilen. Teilweise wohnen 18 Frauen auf 12 Quadratmetern. Die Nachtschicht übernimmt die Schlafstätten der Tagschicht.

„Unverschämte billige Preise“ — so wirbt Adler in der Bundesrepublik. Will er dafür auch südkoreanische Arbeitsbedingungen in der VR China durchsetzen? In der BRD zahlt Adler nach dem Haustarifvertrag mit der DAG rund 20% unter dem Einzelhandeltarifvertrag. Urlaubsgeld gibt es nur bei Eintritt in die DAG aus der DAG-Asko-Urlaubskasse.

Quellen: TAZ v. 26.5.88, Badische Neueste Nachrichten v. 19.8.88

BRD-Kaffeeekonzerne

Führend im Weltkaffeegeschäft und in der Ausbeutung

„Daß in dem Tchibo Haus hart gearbeitet und hohe Einsatzbereitschaft verlangt wird, versteht sich fast von selbst. Angestellte, die besonderen Wert auf Freizeit, Familie und normalen Blutdruck legen, bewerben sich besser bei der Bundesbahn“, gab Tchibo-Geschäftsführer Patuszek offen Auskunft über das an brutaler Profitmaximierung orientierte Konzernmotto —, um schließlich noch eins draufzusetzen: „Wir sind schließlich keine Sozialversicherungsanstalt.“ (1)

Dieses Geschäftsmotto gilt für die Masse der 4000 Beschäftigten. Tchibo liegt mit einem Umsatz von rund 2 Mrd. DM und einem Marktanteil von über 20 % — gleichauf mit Jacobs — an die Spitze des BRD-Kaffeeemarktes.

Besitzer von Tchibo ist die Familie Herz, die daneben noch weitere Konzerne der Genuß- und Nahrungsmittelindustrie ihr eigen nennen kann. Seit 1980 hat die Familie Herz 53 % Aktienanteil an der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH. Über den Reemtsma-Konzern hält die Familie Herz 30 % des Zigarettenmarktes und das zweitgrößte Brauereiuunternehmen, darunter die Brauereien Astra, Jever Pils, Tucher, Hannen, Henninger. Der Gesamtumsatz des Tchibo/Reemtsma-Konzerns liegt bei ca. bei 8 Mrd. DM. Weiter hat die Familie Herz seit 1974 25 % der Aktien der Beiersdorf AG in ihrem Besitz. Ohne Zweifel einer der größten Konzerne der BRD.

Weitaus weniger bekannt, aber nicht weniger bedeutsam ist ein weiteres Familienunternehmen aus Hamburg: die Familie Rothfos. Bernhard Rothfos legte den Grundstock seines heutigen Imperiums während des Faschismus über die Belieferung der Reichswehr mit Kaffee und später mit Kaffee-Ersatz. 1936 übernahm B. Rothfos die Generalvollmacht des Kaffeehandelsunternehmens Eduard Schopf (Eduscho), an dem er auch heute noch 12,5 % der Aktien hält (1980: ca. 1 Mrd. DM Umsatz und 3200 Beschäftigte). Auch die Alliierte Beschränkung des Rothfos-Marktanteils auf 2 % in den ersten Nachkriegsjahren konnte den Wiederaufstieg des früheren Kriegsgewinners nicht verhindern. Anfang der 60er Jahre war Rothfos bereits der größte Kaffeeimporteur in Westeuropa, heute in den 80er Jahren mit 10 % Anteil am Weltkaffeehandel der größte der Welt.

In der BRD dominiert Rothfos über Lieferung und Auftragsröstung 27 % des BRD-Marktes bei Röstkaffee, mit ca. 30 % den Markt für löslichen Kaffee — hier hinter Marktführer Nestlé (42 %). Rothfos beliefert u.a. Coop, Edeka, Eduscho, Melitta und Aldi-Süd.

Über welche große Wirtschaftspotenz

und Macht die BRD-Nahrungsmittelkonzerne verfügen, deutet die Gegenüberstellung ihres Umsatz mit dem „Bruttosozialprodukt“ von einigen Ländern der Dritten Welt an:

1980 Herz/Reemtsma 8,0 Mrd. DM und Rothfos ca. 2,0 Mrd. DM; das Bruttosozialprodukt von VR Kongo lag bei umgerechnet 2,8 Mrd. DM, das von Haiti bei 3,3 Mrd., von Niger bei 4,4 Mrd. und von El Salvador bei 6,7 Mrd. DM.

Hinter den USA ist die BRD größter Kaffeeimporteur der Welt. Weltweit sind ca. 20 Mio. Menschen in der Produktion, dem Transport, der Weiterverarbeitung und im Verkauf beschäftigt, der überwiegende Teil in kaffeeproduzierenden Ländern.

1/3 des Weltkaffees wird auf Plantagen auf einer Größe zwischen 30 und 100 ha angebaut, auf denen Massen von Landarbeitern zu Elendslöhnen schuften. Die Hälfte des Weltkaffees stammt von Plantagen bis 30 ha, die fremde Arbeitskräfte ausbeuten. Nur ein Sechstel stammt aus kleineren Pflanzungen, die von den Bauern in den kaffeeproduzierenden Ländern selbst bebaut werden. (2) Gewinne aus dem Kaffeegeschäft fließen den Großgrundbesitzern und den imperialistischen Kaffeekonzernen zu.

Zurück zu den BRD-Kaffeekonzernen Tchibo und Rothfos. Rothfos hält das Monopol auf den Export mexikanischen Kaffees und an den Kaffeeexporten El Salvadors. Tchibo dominiert den Kaffee-Export Guatemalas zusammen mit ein oder zwei US-Konzernen und natürlich Rothfos.

Die Vormachtstellung deutscher Kaffee-Exporteure reicht zurück ins 19. Jahrhundert. 1895 befand sich ein Fünftel aller guatemaltekischen Kaffeeplantagen in Händen Hamburger Kapitalisten. Sie, Handelshäuser und Banken, vergaben hohe Kredite an andere Plantagenbesitzer. Um die reibungslose Übernahme von verschuldeten Plantagen und die Rückzahlung von Krediten (auch an die Regierung) zu gewährleisten, erschien 1899 das deutsche Kriegsschiff „Geier“ vor der Küste Guatemalas. Die Regierung erfüllte die Forderungen der deutschen Kapitalisten.

Bereits 1877 hatte die Regierung Guatemalas das (indianische) Gemeineigentum verboten. Die Großgrundbesitzer eigneten sich in der Folge mit bewaffneten Banden und mit Unterstützung von Polizei und Militär die größten und fruchtbarsten Ländereien an. Seither sind die Indianer zu Tausenden gezwungen, sich für die Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerrohrplantagenbesitzer als Saisonarbeiter zu verdingen. Für

einen großen Teil besteht die Entlohnung zumeist in einer winzigen Parzelle minderwertigen Landes, das sie zur Erhaltung ihrer Familien mit dem lebensnotwendigen bebauen dürfen.

Heute schuften während der Erntemonate rund 500000 indianische Wanderarbeiter in Guatemala für die Plantagenbesitzer. 324 Großgrundbesitzer kontrollieren 4/5 der gesamten Kaffeeproduktion. Die 43000 Kleinbauern liefern ihren Anteil von ca. 20 % zumeist an die Großgrundbesitzer. In El Salvador beherrschen lediglich 14 Großgrundbesitzerfamilien den Kaffeeemarkt.

Zusammen mit der deutschen Familie Nottebom, die eine der reichsten Plantagenbesitzer in Guatemala sind, kontrolliert Rothfos die Firma „Ibero de Guatemala“, Rothfos ist ferner im Aufsichtsrat der Burgardt Nottebom-Bank in Guatemala. Die Firma „International Coffee Corporation“ mit Sitz in New Orleans, USA, ist eine Gemeinschaftsgründung von Rothfos und Nottebom.



Für El Salvador läßt sich Ähnliches feststellen: Cuno Rothfos ist Honorar-Generalkonsul von El Salvador in Hamburg. 1981 „rettete“ Rothfos in Zusammenarbeit mit der senatseigenen Hamburger Hafen- und Lagergesellschaft „bürgerkriegssicher“ die Einlagerung von 50 % der Kaffeernte El Salvadors vor der Guerilla. Die Kredite stellte die Deutsch-Südamerikanische Bank — Tochter der Dresdner Bank und führend im Süd- und Mittelamerikageschäft der westdeutschen Banken —, im Beirat dieser Bank: Cuno Rothfos.

Die Familie Rothfos stellt ferner einflußreichste Posten in der BRD: Cuno ist Präsident des Deutschen Kaffee-Verbandes und Jan-Beerné Präsident des Bundesverbandes der Hersteller von löslichem Kaffee e.V.

Quellenhinweis: (1) Schmidt, Susanne u.a., Schwarzbuch Hamburg — Dritte Welt, Hamburg 1983, S.8; (2) Hoch die K/Tassen — braune Bohnen mit bitterem Geschmack, hrsg. von Dritte Welt Forum e.V. Tupac Amaru, Bremen o.J., S. 43; FAZ, 12.8.88; Wegweiser durch den Supermarkt, hrsg. Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V., 6. v. überarb. Aufl., S. 53



Bundeshaushalt und Versicherungsreformpläne

Anfang September berät der Bundestag über den Haushalt 1989. Die Regierung wird die Gelegenheit nutzen, um die Stimmung auf ihre nächsten Vorhaben zu testen: Postreform, Verabschiedung der Krankenversicherungsreform noch in diesem Jahr, Einbringung der Rentenreform bis Dezember. Die Kapitalisten beharren darauf, daß keinerlei „kostenwirksame Leistungsgesetze“ mehr verabschiedet werden, vielmehr müsse die Wirtschaft weiter „entlastet“ werden. Damit ist der Rahmen für die Reformgesetze gesetzt, in dem nun Sozialhilfeordnung, Versicherungsabbau ablaufen sollen. Welche Grundzüge der Reformvorhaben bei der Rentenversicherung sind in der Haushaltsdebatte erkennbar?

Chile: Wirtschaftspolitik der Diktatur 1983-88

Ein zentraler Punkt wird sein, die Wirkungsweise und die Auswirkungen der Politik des Internationalen Währungsfonds gegenüber der chilenischen Militärdiktatur in den Jahren nach 1983 zu untersuchen. Die Politik des IWF hat entscheidend dazu beigetragen, die chilenische Wirtschaft aus der tiefen Krise zu Beginn der achtziger Jahre „herauszuführen“. Eine noch tiefergehende Krise des chilenischen Entwicklungsmodells zeichnet sich ab. Die Imperialisten haben über den IWF die Kapitalisierung der chilenischen Auslandsschuld betrieben und organisieren den vollständigen Ausverkauf des nationalen Wirtschaft und der Rohstoffe. In diesem Zusammenhang soll auch die BRD-Kapitalinteressenspolitik in Chile kritisiert werden.



Wachsende kommunalpolitische Auseinandersetzungen

Braunschweig. Eingriffe der Bezirksregierung in den Stadthaushalt in Richtung Kürzung von Personal und Versorgungsleistungen, und Förderung von Großunternehmen bei gleichzeitigem Abbau von „freiwilligen Leistungen“ durch die CDU/SPD-Ratsfraktionen sind die jüngsten Anlässe für die wachsenden kommunalpolitischen Konflikte. Die Opposition bemüht sich um eine wirksame Strategie dagegen. Dazu gehört u.a. die Initiative gegen Haushaltskürzungen und die kommunalpolitische Konferenz. Welche Strategie verfolgt die Reaktion? Welche Politik ist dagegen nötig? Wie ist der Stand der Diskussion innerhalb der Opposition? Wo liegen die Schwierigkeiten?

Unterstützt den Befreiungskampf in Südafrika/Azania

Das südafrikanische Siedlerregime verstärkt seine Vorbereitungen für den Bürgerkrieg gegen die Befreiungsbewegung. Die Unterstützung der Imperialisten dabei ist ihm gewiß. Große Teile der Befreiungsbewegung stimmen darin überein, daß das Regime nur im bewaffneten Kampf zu stürzen ist und verstärken ihre Anstrengungen, alle Fronten des Befreiungskampfes zu entfalten und den bewaffneten Kampf zur Hauptseite des Kampfes zu machen. Der Vorsitzende der Befreiungsorganisation Pan Africanist Congress of Azania (PAC) spricht auf Veranstaltungen in der BRD. Der PAC fordert die Solidaritätsbewegung hier zur Unterstützung des Befreiungskampfes und zu einer Geldsammlung für die Befreiungsarmee APLA auf.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien,
erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Walddparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken